

Lisa Arnold

**Die Patenschaft Solingen-Goldberg  
(Schlesien) als Beispiel einer „west-  
ostdeutschen Patenschaft“ zwischen den  
1950er-Jahren und der Jahrtausendwende**

Masterarbeit im Fach Geschichte  
zur Erlangung des Grades Master of Arts (M. A.)  
der Philosophischen Fakultät der  
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Prüfer: Prof. Dr. Christoph Nonn, PD Dr. Winfrid Halder

Düsseldorf, November 2012

# Inhalt

## 1. Einleitung

1.1 Beschreibung des Themas und Struktur der Arbeit .....	1
1.2 Forschungsstand und Materialbasis .....	2
1.3 Terminologie .....	6

## 2. Das Modell der Patenschaft

2.1 Die Entstehung von Patenschaft .....	10
2.2 Die Übernahme von Patenschaft .....	14
2.3 Die Ausgestaltung von Patenschaft .....	20
2.4 Die Ziele von Patenschaft .....	28

## 3. Die Entwicklung der Patenschaft

3.1 Die 1970er-Jahre – Patenschaft zwischen Rechtfertigungsdruck und Zukunftsplänen .....	35
3.2 Die 1980er-Jahre – Wendepunkt oder Stagnation? .....	42
3.3 Die 1990er-Jahre – Patenschaft und Völkerverständigung? .....	48
3.4 Patenschaft und Integration – Was wurde aus dem Leitziel? .....	55

4. Fazit .....	60
----------------	----

## 5. Quellen-, Internetquellen- und Literaturverzeichnis

5.1 Quellenverzeichnis .....	63
5.2 Internetquellenverzeichnis .....	64
5.3 Literaturverzeichnis .....	64

# 1. Einleitung

## 1.1 Beschreibung des Themas und Struktur der Arbeit

Die Betreuung von rund 12–14 Millionen Deutschen, die infolge des Zweiten Weltkriegs ihre Heimat verlassen mussten, kann in struktureller, sozialer, identifikatorischer und auch kultureller Hinsicht als bedeutende Herausforderung des bundesrepublikanischen Nachkriegsdeutschlands angesehen werden. Nach Linderung der ersten und größten Not der Vertriebenen erließ man als Maßnahmen der Integrationspolitik auf Bundesebene beispielsweise das Lastenausgleichsgesetz und das Bundesvertriebenengesetz. Eine konkrete und persönliche Betreuung der Menschen ging damit oft nicht einher. Diese war auf kommunaler Ebene viel eher möglich, da dort auch das gesellschaftliche Zusammenleben stattfand. Ein Modell, das häufig auf dieser Ebene eingeführt wurde, um zur Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie später der Aussiedler beizutragen, war das der „west-ostdeutschen Patenschaft“. Die jeweilige Gebietskörperschaft wählte eine Patenkommune, die in der Regel<sup>1</sup> auf dem Gebiet der früheren deutschen Ostgebiete lag und über deren ehemalige Bewohner man dann eine Patenschaft übernahm. Dadurch gab man den Vertriebenen die Gelegenheit, sowohl ihre frühere soziale Gemeinschaft als auch ihr kulturelles Erbe zu pflegen. Zum Patenschaftsboom in den 1950er-Jahren trug die Erkenntnis der westdeutschen Politik bei, dass es für die Eingliederung der Vertriebenen nicht zielführend war, wenn man ihnen die Artikulation ihres Sonderbewusstseins verwehrte. Viele dieser Deutschen litten unter den gemachten Erfahrungen, genauso wie unter den vielerorts ungünstigen Aufnahmebedingungen, und sie wollten nun neben der geographischen Heimat nicht auch ihre geistige, kulturelle Heimat verlieren. Eine „west-ostdeutsche Patenschaft“ nahm man als Möglichkeit wahr, das Sonderbewusstsein vieler Vertriebenen auf institutionellem Weg begleiten und steuern zu können. Obwohl mittlerweile die Ziele, Inhalte oder gar die Existenz dieser Patenschaften oft kaum noch bekannt sind, bestehen viele von ihnen noch heute.

Die Stadt Solingen nahm eine Patenschaftsbeziehung zu den ehemaligen Bewohnern der Stadt und des Kreises Goldberg in Schlesien auf. Um einen Beitrag zur Aufarbeitung dieser Thematik zu leisten, soll in dieser Arbeit die Entwicklung der Patenschaft Solingen-Goldberg von den ersten Vorverhandlungen in den 1950er-Jahren an bis zu ihrem nahezu aktuellen Stand untersucht und in den Kontext der Gesamtentwicklung des „west-ostdeutschen“ Patenschaftswerks gestellt werden. Dadurch soll der Frage auf den Grund gegangen werden, inwiefern die Patenschaft Solingen-Goldberg als Beispiel einer Patenschaft im Rahmen des „west-ostdeutschen Patenschaftswerks“ bezeichnet werden kann. Die Untersuchung der Patenschaft Solingen-Goldberg endet hier mit dem Beginn des 21. Jahrhunderts, denn seit diesem Zeitpunkt lässt sich die kommunale Überlieferungsdichte zum Thema nach und nach und zum anderen weist die einschlägige Forschungsliteratur hier noch erhebliche Lücken auf. Im Folgenden soll nun in einem ersten Teil veranschaulicht werden, welche Charakteristika die Patenschaft Solingen-Goldberg im Speziellen und das „west-ostdeutsche“ Patenschaftswerk im Allgemeinen ursprünglich hatten, und in einem zweiten Teil wird gezeigt, wie diese sich im Laufe der Jahrzehnte veränderten und welche Faktoren dabei ursächlich waren. Vor dem eigentlichen inhaltlichen Teil der Arbeit sollen noch der Forschungsstand und die Materialbasis zum Thema erläutert und einige terminologische Fragen beantwortet werden.

---

1 Die Patenschaften Mannheim-Memel und Weiden-Tachau beispielsweise bilden hier Ausnahmen.

## 1.2 Forschungsstand und Materialbasis

Die Flüchtlings- und Vertriebenenforschung machte als Teil der Geschichtswissenschaft in Westdeutschland seit ihren Anfängen in der frühen Nachkriegszeit bis heute einen deutlichen Wandel durch. Noch 1997 wurde sie als „Stiefkind der Zunft“<sup>2</sup> bezeichnet, wohingegen sie heute ein etabliertes Arbeitsfeld derselben darstellt. Betrachtet man die Vertriebenenforschung in ihrer Entwicklung, so kann man feststellen, dass sie stark von der bundesrepublikanischen Vertriebenen- und Ostpolitik sowie der öffentlichen Meinung in Deutschland beeinflusst wurde.

Paul Leidinger, der sich 2011 in seiner Publikation „Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene in Westfalen und Lippe nach 1945“ ausführlich mit der Vertriebenenforschung auseinandersetzt, macht in der Entwicklung der Vertriebenenforschung von ihren Anfängen bis zu den 1990er-Jahren drei Phasen aus.<sup>3</sup> In der ersten Phase, ab 1945, seien überwiegend statistische Untersuchungen und Erinnerungsbeiträge herausgebracht worden. Dazu zählt Leidinger unter anderem auch die von Theodor Schieder im Auftrag des Bundesministeriums für Vertriebene erarbeitete und lange unveröffentlicht gebliebene „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa“. Die zweite Phase legt der Autor auf den Zeitraum zwischen 1960 und den Anfang der 1980er-Jahre fest. Sie sei zuerst durch den Kalten Krieg und später durch die „Neue Deutsche Ostpolitik“ geprägt worden und habe zu einem abnehmenden Interesse der Bevölkerung an Vertriebenenthemen geführt. Hierbei richtet sich Leidinger nach einer These von Manfred Kittel. Kittel untersuchte den Zeitraum, den Leidinger als zweite Phase der Vertriebenenforschung beschreibt, und machte darin einen kontinuierlichen Verdrängungsprozess der Vertriebenenpolitik aus, durch den das Thema Flucht und Vertreibung aus dem kulturellen Gedächtnis der Deutschen verbannt worden sei.<sup>4</sup> Den Beginn der dritten Phase der Vertriebenenforschung sieht Leidinger in den 1980er-Jahren. In dieser Phase seien vor allem die Auswirkungen der Zwangsmigration auf die deutsche Politik, Wirtschaft und Kultur zum Untersuchungsgegenstand geworden, was durch nach Ablauf der Schutzfristen neu zugängliche Quellen bedingt sei. Ähnlich wie Leidinger sieht auch Matthias Stickler eine Wende in der Vertriebenenforschung der 1980er-Jahre. Stickler macht dort einen Paradigmenwechsel aus, der die Vertriebenenforschung für sozialwissenschaftliche Einflüsse öffnete und in den Kontext der nationalen und internationalen Migrationsforschung rückte.<sup>5</sup> Dieser Paradigmenwechsel war Anstoß für eine vermehrte Forschungstätigkeit, die ab den 1990er-Jahren noch einmal ansteigen sollte. Als wichtiger Impuls dieser Entwick-

2 Herbert Ammon: „Stiefkind der Zunft. Die deutsche Zeitgeschichtsforschung hat sich für das Thema Vertreibung wenig interessiert“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.09.1997, S. 10. Im Folgenden wird zwischen Zeitungsartikeln (wie hier) und Zeitungsausschnitten unterschieden. Zeitungsausschnitte wurden im Unterschied zu Zeitungsartikeln nicht im Entstehungszusammenhang, sprich in der Zeitung selbst, eingesehen, sondern als Auszug in einem Archivadokument. Um diese Nuance – verdeutlichen, wird bei Zeitungsausschnitten neben Angaben zu Quelle und Datum auch die Signatur des Archivguts angegeben, in dem sie gefunden wurden, während bei Zeitungsartikeln die Seitenzahl angegeben wird.

3 Paul Leidinger: Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene in Westfalen und Lippe nach 1945. Eine Einführung. In: Ders. (Hg.): Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene in Westfalen und Lippe nach 1945. Beiträge zu ihrer Geschichte und zur deutsch-polnischen Verständigung. Münster: Aschendorff 2011 (Quellen und Forschungen zur Geschichte des Kreises Warendorf 46), S. 9-40, hier S. 14-17. Ähnlich wie Leidinger sieht auch Tim Völkerling – nach einer Theorie von Helga Hirsch – Phasen in der kollektiven Erinnerung der Deutschen, die Folgen auf die Forschungstätigkeit hatten: vgl. Tim Völkerling: Flucht und Vertreibung im kollektiven Gedächtnis und im aktuellen Ausstellungswesen. In: Paul Leidinger (Hg.): Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene, S. 392-413, hier S. 397.

4 Manfred Kittel: Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961–1982). München: Oldenbourg 2007, S. 169-185.

5 Matthias Stickler: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972. Düsseldorf: Droste 2004 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 46), S. 14.

lung in jüngerer Zeit können die Geschehnisse in Jugoslawien in den 1990er-Jahren gesehen werden. Das Flüchtlingseleid ganzer Bevölkerungsgruppen auf dem Balkan erinnerte die Deutschen an die eigene leidvolle Geschichte und brachte das Thema Vertreibung wieder in ihr Bewusstsein.<sup>6</sup> Hinzu kam auch, dass die endgültige Regelung der Grenzfrage an Oder und Neiße im Zwei-plus-Vier-Vertrag eine instrumentalisierungsfreie Beschäftigung mit dem Thema möglich machte.<sup>7</sup>

Ein weiterer Forschungstrend entwickelte sich im neuen Jahrtausend. Seitdem erfahren die kulturellen, erinnerungsgeschichtlichen Gesichtspunkte der Thematik einen neuen Aufmerksamkeitshöhepunkt. Wer über „west-ostdeutsche Patenschaften“ forscht, bewegt sich zwangsläufig auf diesem Zweig der Geschichtswissenschaft, denn Patenschaften haben einen erinnerungskulturellen Schwerpunkt. Eine nähere Behandlung dieses Ansatzes bietet sich daher an dieser Stelle an.

Die Erforschung erinnerungspolitischer und kultureller Aspekte der Vertreibungsthematik wurde durch zahlreiche Faktoren angeregt. Zu nennen sind hier die beiden Ausstellungen „Flucht, Vertreibung, Integration“ und „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“. Die erste wurde im Jahr 2005 durch das Haus der Geschichte in Bonn initiiert, die zweite im Jahr 2000 durch den Bund der Vertriebenen im Rahmen des Projektes „Zentrum gegen Vertreibungen“. Beide Ausstellungen erzielten eine große Breitenwirkung, führten zu kontroversen Diskussionen und bildeten dadurch die Grundlage für weitere Forschungsarbeiten.<sup>8</sup> Als weiteren Impuls für die Untersuchung des kulturellen Aspekts der Vertriebenenforschung ist die Monographie „Kalte Heimat“ von Andreas Kossert anzuführen. In ihr tritt der Autor dafür ein, die Erinnerungen der Vertriebenen und Flüchtlinge in das Geschichtsbewusstsein der ganzen deutschen Gesellschaft aufzunehmen.<sup>9</sup> Mathias Beer deutet Kosserts Forderungen gar als Beginn einer neuen Phase in der Flüchtlings- und Vertriebenenforschung. Von nun an rücke, statt der Untersuchung des Integrationsprozesses der Ausgesiedelten, die Erinnerung an diesen Vorgang in den Vordergrund.<sup>10</sup> Da aber erst seit relativ kurzer Zeit im kulturell/erinnerungsgeschichtlichen Bereich geforscht wird, verwundert es nicht, dass hier noch einige Desiderate aufzuarbeiten sind. Über Patenschaften beispielsweise ist in der jüngeren Vergangenheit noch kaum wissenschaftlich gearbeitet worden. Auf diese Forschungslücke hatte noch 2011 der Historiker Dr. Jochen Walter hingewiesen.<sup>11</sup> Ein erster Schritt zur Aufarbeitung des Themas wurde durch die auf

---

6 Paul Leidinger (Hg.): Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene. Einführung, S. 13.

7 Bernd Faulenbach: Deutsche Erinnerungsgesellschaft in Ost und West seit 1989/90. In: Jirí Pěšek, Roman Holec, Christoph Cornelißen (Hg.): Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945. Essen: Klartext 2005, S. 453-471, hier S. 469.

8 Beispielsweise die Veröffentlichung: Tim Völkerling: Flucht und Vertreibung im Museum. Zwei aktuelle Ausstellungen und ihre geschichtskulturellen Hintergründe im Vergleich. Berlin: LIT Verlag 2008 (Zeitgeschichte, Zeitverständnis 17).

9 Andreas Kossert: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. Berlin: Siedler 2008. Deutlich wird sein Anliegen im Kapitel: Gesamtdeutsche Verpflichtung zu Dokumentation und Erinnerung, S. 335-344, passim.

10 Mathias Beer: Rezension zu: Andreas Kossert: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. Berlin 2008. In: H-Soz-u-Kult, 20.02.2009. Auf: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2009-1-148>, zuletzt abgerufen am 10.10.2012. Ähnlich bei Paul Leidinger: Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene. Einführung, S. 12. Der erinnerungsgeschichtliche Schwerpunkt zeigt sich beispielsweise in diesen beiden sehr verschiedenen Publikationen: Manfred Kittel: Vertreibung und Eva Hahn, Hans Henning Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte. Paderborn, München, Wien, Zürich: Schöningh 2010.

11 Jochen Walter: Zwischen Identitätsbewahrung und Völkerverständigung. Patenschaften von Kommunen in Westfalen und Lippe über ehemals ostdeutsche und ihr Verhältnis zu Patenschaften mit osteuropäischen Kommunen (mit einem Verzeichnis der Patenschaften mit Polen). In: Paul Leidinger (Hg.): Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene, S. 329-360, hier S. 331. Zur Forschungslücke Patenschaften vgl. auch Ingo Bautz: Die Auslandsbeziehungen der deutschen Kommunen im Rahmen der europäischen Kommunalbewegung in den 1950er- und 1960er-Jahren. Städtepartnerschaften – Integration – Ost-West-Konflikt. Diss. Universität Siegen 2002, S. 42. Darin meint Bautz vor allen Dingen die Frage,

einer Dissertation beruhende Veröffentlichung „Der vierte Stamm Bayerns“ von K. Erik Franzen gemacht. In ihr befasst sich der Autor eingehend mit einem Sonderfall des Patenschaftssystems – der Schirmherrschaft Bayerns über die „Sudetendeutsche Volksgruppe“ zwischen 1954 und 1974.<sup>12</sup> Kommunale Patenschaften werden dort nur am Rande behandelt, aber Franzens Studie stellt eine Grundlage für alle weitergehenden Arbeiten zu Patenschaften auf Länderebene dar. Zu kommunalen Patenschaften erschienen in den letzten zwanzig Jahren lediglich regionale Studien ohne dezidiert fachwissenschaftlichen Zusammenhang. Gelegentlich besitzen auch diese Veröffentlichungen wissenschaftlichen Anspruch, doch auch in diesen Fällen erschienen sie meist im Auftrag der betreffenden Kommunen oder Vertriebenengruppen.<sup>13</sup> Regionale Studien über Patenschaften, meist in Form von Festschriften, wurden seit den Anfängen des Patenschaftswerks in großem Umfang herausgebracht.<sup>14</sup> In Veröffentlichungen dieser Art ist kaum mit kritischen Auseinandersetzungen, hingegen aber mit vielen beschönigenden Darstellungen zu rechnen.<sup>15</sup>

Trotz der hohen Zahl an populärgeschichtlichen Arbeiten soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, dass es zu Patenschaften keine Untersuchungen mit wissenschaftlichem Hintergrund gab. Zu diesen zählt beispielsweise die Monographie „Das west-ostdeutsche Patenschaftswerk in Nordrhein-Westfalen“ von Alfons Perlick, die er im Auftrag des Arbeits- und Sozialministeriums Nordrhein-Westfalen 1961 verfasste.<sup>16</sup> Ein zweites Beispiel ist die Publikation von Ute Reichert-Flögel mit dem Titel „Ostdeutsche Patenschaften heute“.<sup>17</sup> Letzteres Beispiel unterlässt allerdings die Belegung der gemachten Feststellungen und diente dem Zweck, das „Patenschaftswerk“ wieder neu zu beleben,<sup>18</sup> was bei der Verwendung des Werks als Quelle beachtet werden muss. Da beide Arbeiten jedoch auch heute noch oft zitiert werden und somit zur Basisliteratur über das „west-ostdeutsche Patenschaftswerk“ zählen,<sup>19</sup> wird auch in dieser Arbeit Bezug darauf genommen. Eine für diese Untersuchung zentrale Publikation aus neues-

---

inwiefern Patenschaftsträger die Forderungen ihrer Patenkinder auf eine Rückkehr in die Heimat unterstützt haben.

12 K. Erik Franzen: *Der vierte Stamm Bayerns. Die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen 1954–1974*. München: Oldenbourg 2010 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 120).

13 Exemplarisch für neuere Arbeiten mit wissenschaftlichem Anspruch seien genannt: Christoph Thüer: *Die Patenschaft Recklinghausen – Beuthen O.S. im gesellschaftlichen Wandel 1952 bis heute*. Recklinghausen: Bitter 2002; Friedrich-Carl Schultze-Rhonhof: *Neuanfang in Münster. Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Münster von 1945 bis heute*. Münster: Die Gesellschaft 1996; Nandani Lynton [Bearb.]: *Vertriebene, Fremde, Nachbarn. Kultur und Geschichte der Ostvertriebenen im Kreis Neuss*. [Neuss]: Oberkreisdirektor des Kreises Neuss 1992 (Schriftenreihe des Kreises Neuss 17).

14 Exemplarisch für ältere Eigenpublikationen seien hier genannt: Stadt Goslar (Hg.): *Goslar machte den Anfang. Die Entstehung einer Patenschaft*. Goslar: [Eigendruck] 1954; Willi Drost, Kurt Loup: *Danzig Düsseldorf. Eine Gabe zum zehnjährigen Bestehen der Patenschaft*. Hg. v. Vertretung der Freien Stadt Danzig. Düsseldorf: Rheinisch-Bergische Druck- und Verlagsgesellschaft 1963; Fritz Fiedler, Johannes Wiedner [Red.]: *Festschrift zur 750-Jahr-Feier der Stadt Goldberg in Schlesien am 24. und 25. Juni 1961 in der Patenstadt Solingen*. Recklinghausen: Verlag Der Schlesier 1961. Ein Beispiel für eine spätere Publikation dieser Art: Heimatkreis Stuhm in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Rotenburg (Wümme) (Hg.): *Heimat bleibt Heimat. 40 Jahre Patenschaft Stuhm-Bremervörde-Rotenburg (Wümme)*. 1957–1997. Plön: Selbstverlag Heimatkreis Stuhm 1997. Eigendarstellungen der Patenschaften finden sich auch im länderübergreifenden Publikationsorgan „Der gemeinsame Weg“, in dem sich das aktuelle Meinungsbild zu Patenschaften von den 1970er-Jahren bis zur Jahrtausendwende widerspiegelte.

15 Vgl. Jochen Walter: *Zwischen Identitätsbewahrung und Völkerverständigung*, S. 331.

16 Alfons Perlick (im Auftrag des Arbeits- und Sozialministers des Landes Nordrhein-Westfalen) (Hg.): *Das west-ostdeutsche Patenschaftswerk in Nordrhein-Westfalen. Geschichte, Berichte und kulturelle Aufgaben. Mit einem Verzeichnis der west-ostdeutschen Patenschaften in der Bundesrepublik*. Troisdorf/Rhld.: Wegweiser-Verlag 1961 (Der Wegweiser. Zeitschrift für das Vertriebenen- und Flüchtlingswesen/Schriftenreihe für die Ost-West-Begegnung 38). Perlick gründete 1952 die „Ostdeutsche Forschungsstelle im Lande Nordrhein-Westfalen“, die 2004 aufgelöst wurde.

17 Ute Reichert-Flögel: *Ostdeutsche Patenschaften heute*. Hg. v. Bundesminister des Innern. o. O.: [Eigenverlag] o. J. [etwa 1987].

18 Ute Reichert-Flögel: *Ostdeutsche Patenschaften*, S. 4.

19 Vgl. Jochen Walter: *Zwischen Identitätsbewahrung und Völkerverständigung*, S. 330.

ter Zeit ist der bereits angeführte Sammelband „Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene in Westfalen und Lippe nach 1945“.<sup>20</sup> In diesem Werk wird unter anderem die Entwicklung der Kulturpflege der Vertriebenen und der Patenschaftsbeziehungen auch überregional, von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, nachgezeichnet. Sie erscheint dadurch als Basis für alle noch kommenden Abhandlungen zu kommunalen Patenschaften, besonders auf dem Gebiet Nordrhein-Westfalens.

Ein ähnliches Phänomen, wie man es bei den meisten Publikationen über kommunale Patenschaften im Allgemeinen findet, lässt sich auch bei den Primärquellen zur Patenschaft Solingen-Goldberg (Schlesien) feststellen. Auch hier finden sich oft Selbstdarstellungen, vor allen Dingen bei Texten, die publik gemacht werden sollten, oder Schreiben, die an Personen außerhalb der Verwaltung gerichtet waren. Da einige Unterlagen aber nur für den internen Gebrauch angelegt wurden, findet man darin auch kritische Anmerkungen. Bedauerlicherweise sind sowohl die Eindrücke und Ansichten der Einheimischen zu der Patenschaft Solingen-Goldberg als auch die der meisten „Patenkinder“ nicht in auswertbarer Form überliefert worden. Aus diesem Grund muss sich die vorliegende Abhandlung in großen Teilen auf die Untersuchung der kommunalen Sichtweise auf die Patenschaft beschränken. Die Quellenlage zu diesem Bereich kann als gut bezeichnet werden. Ein glücklicher Umstand ist es, dass in den Akten zur Patenschaft Solingen-Goldberg auch Materialien des früheren Heimatkreisvertrauensmanns<sup>21</sup> des Kreises Goldberg Otto Brandt vorhanden sind, die sich mit der Übernahme der Patenschaft beschäftigen, wodurch zumindest für diesen Punkt die Sichtweise des „Patenkindes“ dokumentiert wurde. Schließlich soll noch erwähnt werden, dass ein Großteil der Akten zur Patenschaft Solingen-Goldberg noch nicht endgültig verzeichnet worden ist. Häufig konnten die Unterlagen nur mithilfe der Abgabeliste der zuständigen Behörde ermittelt werden, und dadurch können auch nur die vorläufigen Signaturen der betreffenden Akten angegeben werden. Bei einer späteren Verzeichnung dieser Akten könnten diese vorläufigen Signaturen verloren gehen, wodurch eine Überprüfung der Quellenbasis dieser Arbeit potentiell erschwert wird. Im Folgenden wird in den Fußnoten kenntlich gemacht, wenn die Signaturen der zitierten Akten nur vorläufig vergeben worden sind, dort steht dann beispielsweise „Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. 123“.

---

20 Paul Leidinger (Hg.): Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene.

21 Ein Heimatkreisvertrauensmann bzw. eine Heimatkreisvertrauensfrau ist der Vertreter der Heimatgemeinschaft einer ‚ostdeutschen‘ Gemeinde oder eines Kreises und als solcher erster Ansprechpartner gegenüber dem Patenschaftsträger. Er vertritt seinen Ort unter anderem innerhalb einer Landsmannschaft, von der er auch meist eingesetzt wurde.

## 1.3 Terminologie

Zu Beginn einer wissenschaftlichen Arbeit auf dem Gebiet der Flüchtlings- und Vertriebenenforschung erscheint es sinnvoll, neben einer Darstellung des Forschungsstandes einen Überblick über terminologische Fragen zu geben. Zum einen, weil dieses Forschungsfeld bereits seit seinen Ursprüngen eine politisch hochemotionale Komponente beinhaltet.<sup>22</sup> Zum anderen ist dieser Bereich durch eine hohe Begriffsvielfalt gekennzeichnet und die Bedeutung der Begriffe in den Quellen kann sich stark von jener in der Forschungsliteratur unterscheiden. Außerdem veränderte auch der Abstand zum Vertreibungsgeschehen die Begriffe, sodass manche Ausdrücke heute als veraltet angesehen oder missverstanden werden. Das Potenzial einer linguistischen Bearbeitung des Themas wurde beispielsweise durch Karin Böke erkannt, die darüber ihre Dissertation verfasste.<sup>23</sup> Eine solch detaillierte Auswertung der Terminologie würde an dieser Stelle allerdings zu weit führen. Im Folgenden soll nur ein grober Überblick über einige Begrifflichkeiten gegeben werden, die das „west-ostdeutsche Patenschaftswerk“ als Thema der vorliegenden Arbeit betreffen, sei es in Form der Zielgruppe, des geographischen Bezugsraums der Patenschaft oder des Inhalts derselben.

Bereits für die Bezeichnung der Deutschen, die infolge des Zweiten Weltkriegs ihre Heimat verlassen mussten, beziehungsweise für das Geschehen in diesem Zusammenhang, gibt es zahlreiche Termini. Man findet die Begriffe „Heimatvertriebene“, „Flüchtlinge“, „Vertriebene“, „Ausgesiedelte“, „Ausgewiesene“, „Ostvertriebene“, „Heimatverwiesene“, „Umsiedler“, „Umgesiedelte“, „Zwangsumgesiedelte“, „Neubürger“ oder „Zwangszuwanderer“. Auf die am häufigsten verwendeten und bekanntesten Bezeichnungen in dieser Aufzählung soll nun eingegangen werden. Ob die zugewanderten Deutschen aus den historischen Ostgebieten als „Flüchtlinge“, „Vertriebene“ oder „Umsiedler“ bezeichnet wurden, hing oft vom politischen und ideologischen Standpunkt des Sprechenden ab. In der DDR-Terminologie beispielsweise wurden Flüchtlinge und Vertriebene „Umsiedler“ genannt. Dieser euphemistische Begriff spielte einerseits die Verantwortung der die Vertreibung vollziehenden Mächte herunter und betonte andererseits die Irreversibilität der Zuwanderung der „Umsiedler“. <sup>24</sup> Ab 1948 versuchte man in der DDR auch die Bezeichnungen „Neubürger“ und „ehemalige Umsiedler“ einzuführen, um so den Erfolg der Eingliederung der Vertriebenen zu betonen.<sup>25</sup> Diese Termini setzten sich jedoch im Allgemeinen nicht durch. In der Bundesrepublik wurden die Begriffe durch andere Faktoren beeinflusst. In der direkten Nachkriegszeit wurde von Behörden und Einheimischen der Begriff „Flüchtling“ benutzt. Dieser Ausdruck bezeichnete allerdings meist undifferenziert einen weiten Personenkreis. Für den Titel „Flüchtling“ war ausschlaggebend, dass die betreffende Person aufgrund der Kriegseinwirkungen ihr Zuhause verloren hatte. Das traf, neben den Zugewanderten aus dem Osten, beispielsweise auch auf ausgebombte Einheimische zu. Ab 1947 etwa wurde der „Flücht-

22 Vgl. Matthias Stickler: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 9.

23 Karin Böke: Flüchtlinge und Vertriebene zwischen dem Recht auf die alte Heimat und der Eingliederung in die neue Heimat. Leitvokabeln der Flüchtlingspolitik. In: Karin Böke, Frank Liedtke, Martin Wengeler: Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Berlin, New York: de Gruyter 1996 (Sprache, Politik, Öffentlichkeit 8), S. 131-210. Eine weitere sprachwissenschaftliche Abhandlung: Matthias Beer: Flüchtlinge – Ausgewiesene – Neubürger – Heimatvertriebene. Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsintegration im Deutschland nach 1945, begriffsgeschichtlich betrachtet. In: Mathias Beer, Martin Kintzinger, Marita Krauss (Hg.): Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel. Stuttgart: Steiner 1997 (Stuttgarter Beiträge zur historischen Migrationsforschung 3), S. 145-167.

24 Michael Schwartz: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961. München: Oldenbourg 2004 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 61), S. 3-6.

25 Vgl. Philipp Ther: Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1998 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 127), S. 92.

ling“ im offiziellen Sprachgebrauch durch den „Vertriebenen“ ersetzt. Der Begriff „Vertriebene“/„Vertreibung“ wurde als erstes von der amerikanischen Besatzungsmacht verwendet, um die Endgültigkeit des Geschehens zu verdeutlichen und dadurch revisionistischen Tendenzen entgegenzuwirken.<sup>26</sup> Interessanterweise kam auch in Westdeutschland parallel zum Vertriebenenbegriff der Begriff „Neubürger“ auf. Ähnlich der DDR-Terminologie sollte auch hier die erfolgreiche Integration der Heimatvertriebenen zum Ausdruck gebracht werden und auch hier setzte sich der Ausdruck nicht durch.<sup>27</sup> Der Begriff „Vertreibung“ wurde indes bald in breiten Kreisen gängig. Auch von den in Verbänden organisierten Vertriebenen wurde er gewählt. Hier diente er allerdings nicht zur Betonung der Endgültigkeit des Geschehens, denn das hätte den heimatpolitischen Zielen dieser Organisationen widersprochen, sondern als sprachpolitische Schlagwaffe. „Vertreibung“ sollte den Zwangscharakter des Geschehens hervorheben und die Aussiedlung der Deutschen aus ihrer östlichen Heimat als Verbrechen kennzeichnen und kritisieren. Von Parteien, die den Vertriebenen nahestanden, wurde der Vertriebenenbegriff übernommen und dadurch kam es zu einer größeren Verbreitung des Ausdrucks. So nannte sich die 1950 von Waldemar Kraft gegründete Partei mit dem Anspruch, alle Vertriebenen zu vertreten, Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). Auch der 1949 gegründete Zentralverband der vertriebenen Deutschen, ein Vorläufer des Bundes der Vertriebenen (BdV), trug den Begriff in seinem Namen. Bezeichnend ist, dass der Terminus „Vertreibung“ nach der Gründung der Bundesrepublik auch in gesetzliche Bestimmungen einging, wie etwa in das Bundesvertriebenengesetz (BVFG).<sup>28</sup> Obwohl der Vertriebenenbegriff im offiziellen Gebrauch tendenziell häufiger verwendet wurde, ersetzte er den Ausdruck „Flüchtling“ nie völlig. Im normalen Sprachgebrauch wurden die Begriffe „Flüchtling“ und „Vertriebener“ oft synonym verwendet oder sie traten in der Wortkombination „Flucht und Vertreibung“ auf.<sup>29</sup> In den 1970er- und 1980er-Jahren kam ein weiterer Terminus auf, der sich auf den Exodus der Deutschen aus dem Osten bezog: „Zwangsmigration“ oder auch „Zwangsumsiedlung“. Diese politisch neutraleren Bezeichnungen für „Vertreibung“ wurden im Rahmen der allgemeinen Migrationsforschung neu genutzt und rückten die Vertreibung der Ostdeutschen in den Kontext der internationalen Vertreibungsgeschichte. Vor allem in der breiten Öffentlichkeit behauptete sich der Ausdruck „Zwangsmigration“ jedoch nicht. Die Begriffe „Flucht“ und „Vertreibung“ sind hingegen heute noch sowohl in den Medien als auch in der Wissenschaft gängig.<sup>30</sup>

Es lässt sich festhalten, dass die Vertriebenenterminologie in der Vergangenheit von Überschneidungen geprägt war und nicht immer differenziert angewendet wurde. Zwischen dem offiziellen, politisch geprägten Sprachgebrauch, der Wissenschaftssprache und der Begriffswahl in Öffentlichkeit und Medien gab und gibt es Diskrepanzen. In dieser Arbeit soll dieser Umstand berücksichtigt werden. So werden viele Bezeichnungen synonym und frei von Wertung verwendet und auf die Setzung von Anführungsstrichen wird verzichtet. Auf die Nutzung des Begriffs „Umsiedler“ soll allerdings aufgrund seiner ideologischen Vorbelastung verzichtet werden.

26 Vgl. Matthias Stickler: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 10.

27 Ebenda.

28 Innerhalb des Gesetzes wird noch eingehender zwischen Vertriebenen und Heimatvertriebenen unterschieden, wobei Letztere ihren Wohnsitz schon zum Stichtag 31.12.1937 in den Vertreibungsgebieten haben mussten, die Vertriebenen hingegen lediglich zum Zeitpunkt ihrer Vertreibung. Das heißt: Heimatvertriebene sind auch Vertriebene, aber Vertriebene sind nicht immer auch Heimatvertriebene. Des Weiteren verwendet das Bundesvertriebenengesetz den Begriff „Flüchtling“ nur für den Personenkreis der aus der Sowjetzone geflüchteten Deutschen, eine Praxis, die allerdings nicht für diese Arbeit übernommen werden soll; vgl. Herbert Leitreiter: Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge. Bundesvertriebenengesetz vom 19. Mai 1953 (BGBl. I S. 201) und Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Einkommensteuergesetzes vom 19. Mai 1953 (BGBl. I S. 222). Köln: Heymann 1953, S. 21-26.

29 Paul Leidinger: Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene. Einführung, S. 12.

30 Maren Röger: Flucht, Vertreibung und Umsiedlung. Mediale Erinnerungen und Debatten in Deutschland und Polen seit 1989. Marburg: Verlag Herder-Institut 2011, S. 209-211.

Ein weiterer Terminus, auf den an dieser Stelle eingegangen werden soll, ist der Begriff „ostdeutsch“ beziehungsweise „Ostdeutschland“. Spricht man heute von „Ostdeutschland“, ist in der Regel das Territorium oder der Staat der Deutschen Demokratischen Republik gemeint. Dies war allerdings nicht immer so. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges und auch darüber hinaus verstand man unter „Ostdeutschland“ die zum Deutschen Reich in den Grenzen von 1937 gehörenden Gebiete östlich von Oder und Neiße, also die brandenburgische Neumark, Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien.<sup>31</sup> Das „Ostdeutschland“ nach heutigem Verständnis wurde damals als Mitteldeutschland bezeichnet. In der Nachkriegszeit veränderten sich die Bedeutungen der Begriffe „ostdeutsch“ und „Ostdeutschland“, denn spätestens seit der „Neuen Ostpolitik“ unter Willy Brandt und definitiv nach der politischen Wende von 1989 benutzte man sie in der noch heute gängigen Bedeutung.<sup>32</sup> Von den in Verbänden organisierten Vertriebenen und den ihnen nahestehenden Kreisen wurde der Begriff „Ostdeutschland“ allerdings noch häufig aus politischen Gründen in seiner früheren Bedeutung verwendet. Für die hier vorliegende Arbeit ist das von Bedeutung, denn bereits in ihrem Titel kommt der Ausdruck „ostdeutsch“ vor. Wenn im Folgenden von ostdeutschen Patenschaften die Rede ist, wird die historisch ältere Bedeutung des Wortes „ostdeutsch“ zugrunde gelegt, um auch dem zeitgenössischen Sprachgebrauch in den Quellen Rechnung zu tragen. Zudem scheint eine Umbenennung der „ostdeutschen“ Patenschaft in „Patenschaft über die ehemaligen Bewohner der ehemaligen deutschen Ostgebiete“ zwar präziser, aber weniger praktikabel. Problematisch war auch lange der Gebrauch der Namen von Orten im ehemaligen deutschen Osten. Ob man die neue Bezeichnung dieser Kommunen verwendete oder den älteren deutschen Namen, war umstritten. Hier zeigen sich ähnliche Tendenzen wie beim Gebrauch des Wortes „Ostdeutschland“, weswegen hier keine vertiefende Behandlung dieses Bereiches erfolgen soll. Im Falle Goldbergs, das unter polnischer Regierung in Złotoryja umbenannt wurde, wird im Folgenden von Goldberg und den Goldbergern gesprochen, wenn sich der Kontext auf die Heimatkreisgemeinschaft oder die historische Ortschaft bezieht. Wenn hingegen der Ort nach 1945 gemeint ist, wird von Złotoryja die Rede sein. Bei anderen Orten wird, je nach Kontext, ebenso verfahren.

Zum Abschluss dieses begriffstheoretischen Abschnitts sei noch der Begriff „Patenschaft“, als zentraler Bestandteil der vorliegenden Abhandlung, angesprochen. Die Patenschaft, im Sinne dieser Arbeit, ist nicht offiziell definiert.<sup>33</sup> Ute Reichert-Flögel unternahm in ihrer Veröffentlichung „Ostdeutsche Patenschaften heute“ allerdings den Versuch einer Beschreibung. Eine Patenschaft ist „eine freiwillig übernommene Obhutspflicht westdeutscher Kommunen gegenüber ostdeutschen Vertriebenen und deren Heimatorten“.<sup>34</sup> Im Gegensatz zu einer Städtepartnerschaft sind die Beteiligten einer Städtepatenschaft keine gleichrangigen Partner. Während eine Partnerschaft „zwischen“ zwei Parteien geschlossen wird, übernimmt bei einer Patenschaft die eine Seite eine Patenschaft „über“ eine andere Seite. Es entstanden verschiedene Formen von Patenschaften: Patenschaften von westdeutschen Städten über ostdeutsche Städte, Patenschaften von westdeutschen Kreisen über ostdeutsche Kreise sowie im größten Rahmen Patenschaften von Bundesländern über Landsmannschaften oder „Volksgruppen“. Es kam auch zu Mischformen zwischen diesen Beispielen sowie zu Mehrfachpatenschaften. Sogar Sonderpatenschaften bildeten sich, so übernahm beispiels-

31 Vgl. Andreas Kossert: *Kalte Heimat*, S. 17. Vgl. auch: Christian Lotz: *Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948–1972)*. Köln: Böhlau 2007, S. 4.

32 Vgl. Nikolaus Gussone: *Die Pflege der Kultur der deutschen Ostflüchtlinge und Ostvertriebenen in Nordrhein-Westfalen*. In: Paul Leidinger (Hg.): *Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene*, S. 361–390, hier S. 363. Vgl. auch Manfred Kittel: *Vertreibung*, S. 177.

33 Jochen Walter: *Zwischen Identitätsbewahrung und Völkerverständigung*, S. 332.

34 Ute Reichert-Flögel: *Ostdeutsche Patenschaften*, S. 63.

weise Wetzlar eine Patenschaft über das ostdeutsche Lied.<sup>35</sup> Der Begriff „Patenschaft“ stammt ursprünglich aus dem kirchlichen Bereich. Vor allem in Ostdeutschland hatten christliche Patenschaften eine hohe Bedeutung und sie gingen auch als Tradition in das ostdeutsche Volkstumsleben ein.<sup>36</sup> Ein (Tauf-)Pate war als Begleiter des Täuflings gedacht. Er sorgte für das Patenkind in geistigen und unter Umständen auch materiellen Belangen und spendete ihm solange Rat, bis es alleine zurechtkam.<sup>37</sup> An hohen Festtagen war es üblich, dass der Pate ein Patengeschenk übergab.<sup>38</sup> Oft waren die Taufpaten keine direkten Familienangehörigen, obwohl sie eng mit den Angehörigen des Täuflings verbunden waren. Diesen Bedeutungshintergrund übernahm das Patenschaftswerk in den 1950er-Jahren. Die Patenschaftsträger fühlten sich den Patenschaftsnehmern verbunden, auch wenn sie selbst keinen Vertreibungshintergrund hatten. Als Patenstadt betreute man die Patenkinder in geistiger/kultureller und bisweilen auch materieller Weise. Der Begriff „Patenschaft“ wurde für diese Art von Beziehung demnach mit Bedacht gewählt, obwohl nicht ermittelbar ist, von wem und wann der Begriff in diesem Zusammenhang zum ersten Mal aufgegriffen wurde. Neben dem eben erläuterten sprachgeschichtlichen Hintergrund hatte das „west-ostdeutsche Patenschaftswerk“ auch einen inhaltlichen Kontext. Diesen Ursprüngen soll nun im nächsten Kapitel auf den Grund gegangen werden.

---

35 Edgar Hobinka: Werben und wieder werben. 25 Jahre Patenschaft der Stadt Wetzlar für das ostdeutsche Lied. In: Der gemeinsame Weg, Heft 46, April 1986, S. 5-6, hier S. 5.

36 Alfons Perlick: Das west-ostdeutsche Patenschaftswerk, S. 9.

37 Ute Reichert-Flögel: Ostdeutsche Patenschaften, S. 63.

38 Alfons Perlick: Das west-ostdeutsche Patenschaftswerk, S. 9.

## 2. Das Modell der Patenschaft

### 2.1 Die Entstehung von Patenschaft

Wenngleich Patenschaften ihrer Funktion nach ein Phänomen der Nachkriegszeit sind, reichen ihre Wurzeln dennoch bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts zurück. Schon einmal hatten süd- und westdeutsche Städte Patenschaftsverbindungen zu deutschen Städten im Ostteil des Landes unterhalten. Als während des Ersten Weltkriegs russische Truppen nach Ostpreußen einmarschierten, wurde die dort ansässige Bevölkerung durch Hilfssendungen aus dem Westen unterstützt.<sup>39</sup> Diese Praxis nannte sich „Ostpreußenhilfe“.<sup>40</sup> Vor allem zwischen 1915 und 1916 wurden Kriegshilfevereine gegründet, die meist durch Sach- und Geldspenden den Wiederaufbau in Ostpreußen zu fördern suchten.<sup>41</sup> Im Gegensatz zu den Patenschaften nach dem Zweiten Weltkrieg schlossen diese Beziehungen, abgesehen von der materiellen Unterstützung, in der Regel keine weitere Betreuung ein.<sup>42</sup> Dass diese früheren Verbindungen dennoch von hoher Bedeutung für das „west-ostdeutsche Patenschaftswerk“ der Nachkriegszeit waren, wird dann deutlich, wenn sie wieder aufgenommen wurden. Beispiele hierfür sind die Patenschaft zwischen Mannheim und Memel (Ostpreußen)<sup>43</sup> sowie die Patenschaft zwischen Kassel und Stallupönen/Ebenrode (Ostpreußen).<sup>44</sup> Im Jahr 1915 wurde in Mannheim der „Kriegshilfeverein Baden für den Kreis Memel“ gegründet. In Erinnerung an diese historische Relation nahm Mannheim 1953 eine Patenschaft über die Angehörigen des Heimatkreises Memel auf.<sup>45</sup> Und auch Kassel knüpfte 1954 an die bereits während des Ersten Weltkriegs geschlossene Verbindung zu den Bewohnern von Stallupönen/Ebenrode an. Ebenso nahm auch die Stadt Solingen an der „Ostpreußenhilfe“ teil. Im Rahmen der Patenschaft der „Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land“ über den Kreis Treuburg (Ostpreußen) brachte Solingen, zusammen mit Wuppertal, Remscheid und anderen bergischen Städten, Spendenleistungen auf<sup>46</sup> und die „Ostpreußenhilfe Bergisches Land“ unternahm sogar eine Reise in den ehemaligen Kreis Treuburg, um den Wiederaufbau mithilfe der gespendeten Mittel der Stiftung zu begutachten.<sup>47</sup> Die Beziehung zu Treuburg wurde 1953 wieder aufgenommen, hatte aber, was die Beteiligung der Stadt Solingen betrifft, keine konkreten Folgen. Zumindest sind Aktivitäten auf Solinger Seite in den Unterlagen des Stadtarchivs nicht überliefert. Die geringe Resonanz kann auch daher rühren, dass die Stadt Opladen 1956 ebenfalls eine Patenschaft über Treuburg übernahm und es so zu einer Interessenüberschneidung kam.<sup>48</sup> Die Patenschaft Bergisch Land-Treuburg sollte allerdings später noch einmal von Bedeutung sein, als es um die Übernahme einer anderen Pa-

39 Vgl. Leonore Leonhart: Das unsichtbare Fluchtgepäck. Kulturarbeit ostdeutscher Menschen in der Bundesrepublik. Köln u. a.: Grote 1970, S. 205f.

40 Ingo Bautz: Die Auslandsbeziehungen der deutschen Kommunen, S. 38.

41 Johannes Hoffmann: Von Patenschaften zu Partnerschaften. Ostdeutsche kommunale Patenschaften nach 1945 in Westfalen und ihre Wandlung zu deutsch-polnischen Städte- und Gemeindespartnerschaften in der Gegenwart. In: Paul Leidinger (Hg.): Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene, S. 315-328, hier S. 316.

42 Ute Reichert-Flögel: Ostdeutsche Patenschaften, S. 63f.

43 Ebenda.

44 Jochen Walter: Zwischen Identitätsbewahrung und Völkerverständigung, S. 332.

45 Johannes Hoffmann: Von Patenschaften zu Partnerschaften, S. 316.

46 Konzept eines Schreibens der Stadtverwaltung Solingen (ohne Angabe des Autors) an die Landsmannschaft Ostpreußen vom 23.02.1954 und Antwortschreiben der Landsmannschaft Ostpreußen (Paul Wagner) vom 08.03.1954. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4878.

47 Bericht über eine Reise in den Patenkreis Oletzko vom 14. bis 17.10.1915 durch die Stiftung „Ostpreußenhilfe Bergisches Land“ vom 13.11.1915. Stadtarchiv Solingen, Sign. S 5868.

48 Alfons Perlick: Das west-ostdeutsche Patenschaftswerk, S. 159.

tenschaft durch die Stadt Solingen ging. Darauf wird im Folgenden noch eingegangen werden.

Neben den Patenschaften im Rahmen der „Ostpreußenhilfe“ gab es vor 1950 noch eine weitere Form von patenschaftsähnlichen Kontakten. In der Weimarer Republik bestanden Verbindungen zwischen reichsdeutschen Städten und Gebieten, die nach dem Versailler Vertrag abgetreten oder besetzt worden waren. Ingo Bautz nennt die Tätigkeit des „Kieler Patenschaftsbund[s] für Sonderburg, Augustenburg und Umgebung“ als Beispiel für ein solches Verhältnis.<sup>49</sup> Die Insel Alsen, auf der die Städte Sonderburg und Augustenburg liegen, war nach einer Volksabstimmung im Jahr 1920 vom Deutschen Reich an Dänemark abgetreten worden. Im Jahr 1925 wurde daraufhin der „Kieler Patenschaftsbund“ gegründet, der es sich zur Aufgabe gesetzt hatte, die deutsche Minderheit auf Alsen zu unterstützen und so das Deutschtum im Ausland zu erhalten. Er wurde noch bis weit in die 1960er-Jahre hinein von der Stadt Kiel, die auch Mitglied des Patenschaftsbunds war, durch eine jährliche Zahlung gefördert. Bautz deutet diese Art von Beziehung als „Teil einer historischen Kontinuitätslinie, die von der Deutschums- und Revisionspolitik der Weimarer Republik in die frühe Bundesrepublik weist“.<sup>50</sup> Die Methoden der bundesrepublikanischen Patenschaften weisen tatsächlich Parallelen zu den Patenschaften während des Ersten Weltkriegs und in der Zwischenkriegszeit auf. Dennoch muss festgestellt werden, dass sich die Zielsetzung und die Umstände dieser Modelle erheblich unterscheiden. Das zeigt sich schon daran, dass es später nicht darum ging, eine Minderheit im Ausland zu unterstützen, sondern dass diese „Minderheit“ Teil der eigenen Gesellschaft war. Die Unterschiede werden noch deutlicher, wenn an anderer Stelle auf die Inhalte und Grundlagen der „west-ostdeutschen Patenschaften“ eingegangen wird.

Infolge des Zweiten Weltkrieges und der damit verbundenen territorialen Neuaufteilung wurde das soziale und kulturelle Umfeld von etwa 12–14 Millionen Deutschen zerstört. Ehemalige Nachbarn, Kollegen, Freunde und sogar Angehörige lebten nun zum Teil hunderte Kilometer voneinander entfernt, waren unter Umständen sogar durch Grenzen getrennt und so war der unmittelbare Kreis der Menschen, mit denen man Erinnerungen teilen konnte, drastisch reduziert worden. Das bedeutet jedoch nicht, dass das Bedürfnis der Vertriebenen zum Austausch mit dem ehemaligen sozialen Umfeld und zur Wahrung der eigenen kulturellen Werte nicht vorhanden gewesen wäre. Nach Aufhebung des Koalitionsverbots<sup>51</sup> durch die Alliierten wurden aufseiten der Vertriebenen bald Bestrebungen aufgenommen, sich in Gemeinschaften wiederzufinden und Treffen der Angehörigen der einzelnen Heimatkreise zu organisieren. Die Patenschaften boten zu diesem Zweck ideale Voraussetzungen. Die Patenstadt stellte die nötigen Mittel und Örtlichkeiten für Heimattreffen zur Verfügung, diente als Ansprechpartner und Auskunftsstelle und erklärte sich zudem oft bereit, auch die kulturellen Errungenschaften der früheren Wohnorte zu bewahren. So kam es bis gegen Ende der 1980er-Jahre zum Abschluss von etwa 400 Patenschaften.<sup>52</sup> Die genaue Anzahl der Patenschaften wurde jedoch nicht offiziell festgehalten. Dadurch kann auch die langfristige Entwicklung der Patenschaften, das Zustandekommen von Doppelpatenschaften oder die Aufkündigung von Patenschaftsbeziehungen nicht festgestellt oder kontrolliert werden.

Die erste verzeichnete Patenschaft übernahm am 13. August 1950 die Stadt Goslar.<sup>53</sup> Sie schloss eine „Wahlverwandschaft“ mit der Stadt Brieg (Schlesien) anlässlich der

49 Zu den Grundlagen der Patenschaftsbeziehung zwischen dem „Kieler Patenschaftsbund“ und Alsen: vgl. Ingo Bautz: Die Auslandsbeziehungen der deutschen Kommunen, S. 39.

50 Ebenda, S. 39f.

51 <http://www.landesbeirat.nrw.de/geschichte/02-Neuanfang/index.php>, zuletzt abgerufen am 09.12.2013.

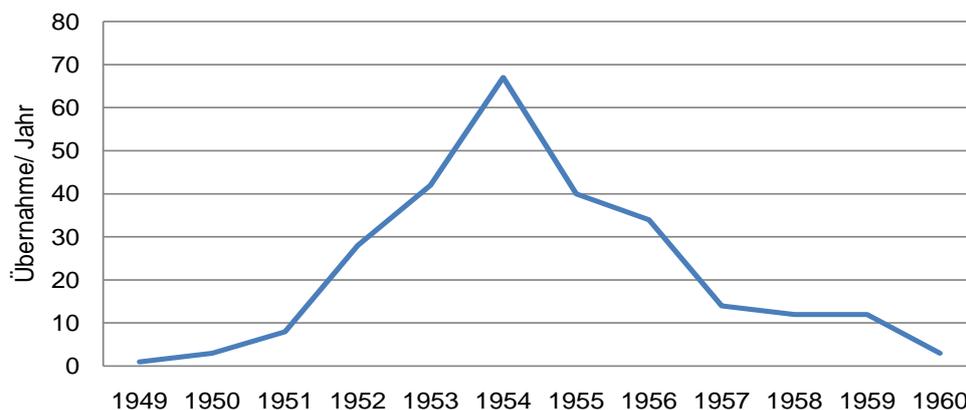
52 Johannes Hoffmann: Von Patenschaften zu Partnerschaften, S. 315.

53 Im Verzeichnis von Alfons Perlick (in: Alfons Perlick: Das west-ostdeutsche Patenschaftswerk, S. 154) wird auch eine Patenschaft der Stadt Erlangen über die Stadt Brück aufgeführt, die schon im Jahr 1949 geschlossen wurde. Diese Patenschaft wurde allerdings (laut K. Erik Franzen: Der vierte Stamm, S.

700-Jahrfeier letzterer.<sup>54</sup> Noch im selben Jahr folgte mit der Patenschaft Köln-Breslau die erste Patenschaft in Nordrhein-Westfalen. Ihrem Beispiel sollten viele weitere nordrhein-westfälische Städte folgen. Alfons Perlick erarbeitete im Jahr 1961 ein Verzeichnis mit bundesdeutschen Patenschaften.<sup>55</sup> Aus diesem geht hervor, dass Nordrhein-Westfalen mit 78 kommunalen und zwei überregionalen Patenschaften unter den Patenschaftsträgern von allen Bundesländern am stärksten vertreten war.<sup>56</sup> Diese Häufung weist auf die Eigenschaft Nordrhein-Westfalens als Hauptaufnahmeland für Flüchtlinge hin. Denn dort, wo viele Vertriebene lebten, war auch das Interesse an einer Patenschaft lebendiger.

Solingen schloss im Jahr 1955 die Patenschaft über Goldberg. Damit lag die Stadt im bundesdeutschen Trend, denn in der Mitte der 1950er-Jahre hatte das „west-ostdeutsche“ Patenschaftswerk eine Hochphase erreicht, was die Anzahl der Patenschaftsabschlüsse anbelangt. Jochen Walter schätzt, dass mindestens die Hälfte aller Patenschaften in den 1950er-Jahren geschlossen wurde.<sup>57</sup> Man spricht sogar von einem regelrechten „Patenschaftsboom“ in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren.<sup>58</sup> Der Höhepunkt in der Mitte der 1950er-Jahre ist im folgenden Diagramm deutlich erkennbar.<sup>59</sup>

Tabelle: Abb. 1: Entstehung von Patenschaften (1949 bis 1960)



177) erst in den 1960er-Jahren urkundlich verbrieft, weswegen sie hier nicht als erste Patenschaft aufgeführt wird.

54 Stadt Goslar (Hg.): Goslar machte den Anfang. Die Entstehung einer Patenschaft. Goslar [Eigendruck] 1954, S. 1.

55 Alfons Perlick: Das west-ostdeutsche Patenschaftswerk, S. 153ff.

56 Bis 1975 schienen nur wenige Patenschaften in Nordrhein-Westfalen hinzugekommen zu sein, so listet Ludwig Landsberg 84 kommunale Patenschaften auf. Vgl. Ludwig Landsberg: Patenschaft oder Partnerschaft? Patenschaft und Partnerschaft. Die „Patenkinder“ des Landes Nordrhein-Westfalen. In: Der gemeinsame Weg, Heft 1, 1975, S. 7-8, hier S. 8.

57 Jochen Walter: Zwischen Identitätsbewahrung und Völkerverständigung, S. 348. Vgl. auch Ute Reichert-Flögel: Ostdeutsche Patenschaften, S. 64.

58 Ingo Bautz: Die Auslandsbeziehungen der deutschen Kommunen, S. 41.

59 Dieses Diagramm basiert auf einem Verzeichnis der „west-ostdeutschen Patenschaften“ in der Bundesrepublik von Alfons Perlick, in: Alfons Perlick: Das west-ostdeutsche Patenschaftswerk, S. 153-162. Es ist auf dem Stand vom 1. September 1960. Im Verzeichnis sind 296 Patenschaften aufgeführt, von denen bei 33 keine Angabe zum Jahr der Übernahme gemacht wird. Im Verzeichnis konnten einige Ungenauigkeiten festgestellt werden: Die Patenschaft von Goslar wurde komplett ausgelassen (sie wurde für dieses Diagramm noch ergänzt, deshalb zählen hier 297 Patenschaften), die Patenschaft Solingen-Goldberg wurde auf das Jahr 1953 statt auf das Jahr 1955 datiert (dies wurde für dieses Diagramm geändert), die Patenschaftsübernahme Bad Harzburg-Schreiberhau war eigentlich 1950 und wurde auf das Jahr 1952 verlegt und auch die Angaben zur Patenschaft Köln-Breslau enthalten einen Fehler, sie wurde nämlich vom Jahr 1950 auf das Jahr 1956 verschoben (dies wurde ebenfalls für dieses Diagramm geändert). Außerdem werden nicht nur reine Städtepatenschaften, sondern auch die von Län-

Dennoch kam es auch später noch zu Patenschaften. Die Patenschaft des Kreises Paderborn über die Kreise Meseritz und Schwerin an der Warthe wurde beispielsweise erst 1985 eingegangen.<sup>60</sup> Ein weiteres Beispiel für eine später gegründete Patenschaft ist die 1984 geschlossene Verbindung zwischen der niederrheinischen Stadt Neuss und dem ostpreußischen Kreis Rößel. Die ehemaligen Bewohner des Kreises Rößel waren bereits zuvor einmal eine Patenschaft eingegangen. Dieses erste, 1955 aufgenommene Patenschaftsverhältnis mit dem Kreis Meppen wurde „wegen interner Differenzen“ bereits 1961 wieder aufgegeben.<sup>61</sup> Nach diesem frühen Ende der ersten Patenschaft hätten die ehemaligen Bewohner Rößels lange nach einer neuen Patenstadt gesucht, bis sich Neuss schließlich zu einer Übernahme bereit erklärt habe. Damit ist die Patenschaft Neuss-Rößel gleichzeitig auch ein Beispiel für die nochmalige Übernahme einer Patenschaft nach einer zuvor gescheiterten Patenschaft.

Der Vorgang, der zur Aufnahme einer Patenschaft führt – dies wird am Beispiel Neuss-Rößel deutlich –, kann eine hohe Bedeutung für den Verlauf der Patenschaft haben. Denn dort werden die Grundlagen der Beziehung festgelegt und die Richtung, in die diese gehen soll, wird eingeschlagen. Deswegen erfolgt im nächsten Kapitel nun eine genauere Untersuchung dieses wichtigen Schritts.

---

den, Kreisen und ähnlichen Gebietskörperschaften aufgelistet. Für die Angaben Perlicks und die darauf basierende Repräsentativität dieser Grafik kann daher keine Gewähr übernommen werden.

60 Johannes Hoffmann: Von Patenschaften zu Partnerschaften, S. 323.

61 Zu den Umständen der Übernahme der Patenschaft Neuss-Rößel: Aloys Sommerfeld: Patenschaft mit dem ehemaligen ostpreußischen Kreis Rößel. In: Nandani Lynton [Bearb.]: Vertriebene, Fremde, Nachbarn, S. 181-183, hier S. 181f.

## 2.2 Die Übernahme von Patenschaft

Die Patenschaften nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, anders als die bereits erwähnten Patenschaften während des Ersten Weltkriegs und in der Weimarer Republik, meist ad hoc und ungesteuert auf Anregung von Einzelnen. In den häufigsten Fällen kamen diese Einzelnen aus Vertriebenenkreisen. Alfons Perlick nennt als Initiatoren besonders die ehemaligen Amtsträger der ostdeutschen Kreise, Vertreter von Landsmannschaften, Vertrauensleute der einzelnen Heimatkreise sowie ostdeutsche Heimatforscher.<sup>62</sup> Ute Reichert-Flögel betont, dass auch die Vertreter der Kommunen für das Zustandekommen einer Patenschaft eine wichtige Rolle spielten. Ohne ihre Kooperation wären die Bemühungen der Patenschaftswilligen schnell gescheitert oder die Patenschaft wäre nach ihrem Zustandekommen auf eine rein formelle, inhaltslose Beziehung beschränkt geblieben.<sup>63</sup> Das Entgegenkommen der Gemeindevertreter sei auch häufig dadurch beeinflusst worden, dass Flüchtlinge und Vertriebene in den 1950er-Jahren bereits an Stadträten und anderen städtischen Gremien beteiligt waren und so auf eine Patenschaft hinwirken konnten.<sup>64</sup> Zudem stellten die Neubürger ein nicht zu vernachlässigendes Wählerpotenzial dar, was sie zu einer „politisch durchaus umworbene Gruppe“ machte.<sup>65</sup> Die Übernahme einer Patenschaft stellte dabei, da sie mit einem überschaubaren Aufwand verbunden war, eine attraktive Maßnahme zur Wählergewinnung dar. Dennoch blieben viele Kommunen zunächst skeptisch. Man fürchtete hohe Kosten und oft wurden Zweifel am Zweck von Patenschaften geäußert. So gingen der Übernahme einer Patenschaft nicht selten langwierige Verhandlungen voraus.<sup>66</sup> Bei der Patenschaft Hilden-Wohlau (Schlesien) beispielsweise wurden schon 1954 erste Sondierungsgespräche geführt, zu einer offiziellen Übernahme der Patenschaft mit Übergabe einer Patenschaftsurkunde kam es allerdings erst 1957.<sup>67</sup>

Eine längere Vorgeschichte gibt es auch bei der Patenschaft Solingen-Goldberg. Die Verbindung mit Goldberg war nämlich nicht die erste Patenschaft, die Solingen angefragt wurde. Lange bevor es zum Thema wurde, dass Solingen eine Patenschaft übernehmen sollte, war Solingen selbst als Patenkind im Gespräch. Ende des Jahres 1947 ließ der Regierungspräsident in Düsseldorf bei der Stadtverwaltung anfragen, ob zwischen Solingen und einer Stadt in den USA eine Patenschaft bestünde oder ob solche Beziehungen zurzeit angestrebt würden, denn die Militärregierung würde sich für solche Verbindungen interessieren.<sup>68</sup> Tatsächlich gab es Kontakte zu einem Hilfskomitee von ehemaligen Solingern in Newark (New Jersey). Dieses versandte Hilfspakete an einzelne Familien in Solingen.<sup>69</sup> Der Patenschaftsgedanke wurde in diesem Zusammenhang aber nicht weiter verfolgt, obwohl es an anderen Stellen durchaus zu amerikanisch-deutschen Patenschaften kam.<sup>70</sup> Im Dezember 1953 gab es erste Bestrebungen, Solingen als Träger einer ostdeutschen Patenschaft zu gewinnen. Die Landsmannschaft Ostpreußen, Referat Patenschaften, fragte an, ob sich Solingen zu

---

62 Alfons Perlick: Das west-ostdeutsche Patenschaftswerk, S. 12.

63 Ute Reichert-Flögel: Ostdeutsche Patenschaften, S. 64.

64 Ebenda.

65 Bernd Faulenbach: Flucht und Vertreibung in der individuellen und kollektiven Erinnerung und als Gegenstand von Erinnerungspolitik. In: Flucht und Vertreibung. Europa zwischen 1939 und 1948. Mit einer Einleitung von Arno Surminski. Hamburg: Ellert & Richter 2004, S. 224-231, hier S. 226.

66 Jochen Walter: Zwischen Identitätsbewahrung und Völkerverständigung, S. 336.

67 Vgl. ebenda.

68 Rundverfügung des Regierungspräsidenten Kurt Baurichter an (u. a.) die Stadtverwaltung Solingen vom 23.12.1947. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4878. Auch die weiteren Angaben dieses Absatzes stammen aus dieser Akte und werden im Folgenden nicht speziell ausgewiesen, außer wenn sie im Text nicht ausreichend kenntlich gemacht wurden.

69 Antwortschreiben des Solinger Oberbürgermeisters (Gerhard Hebborn) auf die Verfügung des Regierungspräsidenten vom 23.12.1948 am 26.01.1948. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4878.

70 Leonore Leonhart: Das unsichtbare Fluchtgepäck, S. 206.

einer Patenschaft über eine ostpreußische Stadt bereit erklären würde.<sup>71</sup> Zu dieser Frage wurde in Solingen am 12. Januar 1954 eine Verwaltungskonferenz einberufen, die zu dem Ergebnis kam, „dass man durch [die] Übernahme einer derartigen Patenschaft Hoffnungen erwecke, die doch nicht eingelöst werden könnten“. Es folgte am 23. Februar 1954 durch den Oberstadtdirektor Gerhard Berting eine Absage an den Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen, mit der Begründung, dass Solingen bereits im Rahmen der oben erwähnten Patenschaft des Bergischen Landes über den Kreis Treuburg eine Patenschaftsverpflichtung gegenüber einer ostpreußischen Stadt eingegangen sei. Paul Wagner schrieb als Vertreter der ostpreußischen Landsmannschaft daraufhin am 8. März 1954 zurück, eine solche Patenschaft sei den Umständen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr angemessen, da diesmal nicht nur Ostpreußen, sondern der gesamte deutsche Osten betroffen und somit Hilfe in größerem Umfang notwendig geworden sei. Wagner schlug deshalb eine Patenschaft von Solingen über verschiedene Nachbarkreise Treuburgs vor. In Solingen fand dazu am 31. März 1954 eine zweite Verwaltungskonferenz statt, die einen ähnlichen Ausgang wie die erste nehmen sollte. Oberbürgermeister Eugen Maurer (SPD) „versprach sich nichts“ von der Übernahme einer Patenschaft und meinte, „man solle die Angelegenheit ruhen lassen“. Trotz einer erneuten Rückfrage Wagners am 9. April 1954 wurden die Patenschaftsverhandlungen nicht wieder aufgenommen. Umso erstaunlicher ist es, dass nur ein knappes Jahr später Gespräche über eine Patenschaft mit den Vertretern des Kreises Goldberg geführt wurden, bei denen Berting, der bei der Anfrage der Landsmannschaft Ostpreußen noch eine entschieden ablehnende Haltung vertreten hatte, einer der größten Befürworter der Patenschaft war.

Auch aufseiten des Heimatkreises Goldberg war Solingen nicht die erste Stadt, mit der Gespräche über eine Patenschaft geführt wurden. Im Gegensatz zu Solingen aber lehnte der Heimatkreis keine Patenschaftsanfragen ab, sondern seine Anfragen wurden abgelehnt. Das dürfte nicht untypisch für Patenschaftsverhandlungen gewesen sein, da, wie oben gezeigt, die Initiative für Patenschaften meist von Vertriebenen ausging.<sup>72</sup> Der Heimatkreis bildete schon vor dem Zustandekommen der Städtepatenschaft eine virtuelle soziale Gemeinschaft, die trotz der räumlichen Trennung noch erstaunlich intakt war. Es gab seit 1950 ein Publikationsorgan, die „Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten“, 1953 hatte man einen Heimatkreisvertrauensmann ernannt, der eine Heimatkartei des Kreises führte, und auch erste regionale Heimattreffen wurden abgehalten, zum Beispiel ab 1949 in Köln, Goldenstedt (Niedersachsen), Hannover, Hamburg oder Wolfen (Sachsen-Anhalt) und weiteren Städten.<sup>73</sup> Es gab auch feste Heimatgruppen, zum Beispiel in Braunschweig, Bielefeld, West-Berlin und München. Eine Patenschaft, gleichsam als Zentrum, durch das all diese Aktivitäten leichter zu koordinieren gewesen wären, fehlte jedoch noch Anfang der 1950er-Jahre. Laut Werner Müller wurden im September 1952 erste Patenschaftsverhandlungen mit der Stadt Hagen unterhalten, die aber zu keinem Ergebnis führten.<sup>74</sup> 1954 wurde eine weitere Patenschaftsanfrage an den Stadtdirektor von Alfeld (Leine) gerichtet. Dieser erteilte dem Heimatkreisvertrauensmann Goldbergs, Otto Brandt, am 17. Mai 1954 eine Absage mit der Begründung, dass Alfeld finanziell bereits stark belastet sei und deswegen

71 Schreiben der Landsmannschaft Ostpreußen (Paul Wagner) an die Stadtverwaltung Solingen vom 29.12.1953. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4878.

72 Ähnlich erging es beispielsweise auch der Kreisgemeinschaft Angerburg, die bis zur Übernahme der Patenschaft durch Rotenburg im Jahr 1954 lange nach einer Patenstadt gesucht hatte. Vgl. Ute Flögel: Paradebeispiel einer Patenschaft. Rotenburg/Wümme-Angerburg/Ostpreußen. In: Der gemeinsame Weg, Heft 46, April 1987, S. 1-4, hier S. 1.

73 Zur Geschichte des Heimatkreises Goldberg bis zur Patenschaftsübernahme vgl. Werner Müller: Solingen und sein Patenkreis Goldberg in Schlesien. Duisburg: Verlag für Wirtschaft und Kultur Renckhoff 1963 (Anker und Schwert, Sonderreihe 1), S. 21ff.

74 Vgl. ebenda, S. 25. Belege dieser Verhandlungen finden sich allerdings nicht in den Unterlagen des Heimatkreisvertrauensmanns im Stadtarchiv Solingen, daher ist ihre Existenz nur zu vermuten.

eine kostspielige Patenschaft nicht gerechtfertigt werden könne.<sup>75</sup> Daraufhin verhandelte Brandt ab November 1954 mit dem Landkreis Mettmann, jedoch auch hier ohne Erfolg. Am 28. Januar 1955 schrieb der Heimatkreisvertrauensmann schließlich noch die Stadt Haan an, da er wenigstens für die im Kreis Goldberg gelegene Stadt Haynau eine Patenstadt finden wollte. Der Stadtdirektor Haans, Dr. Werner Rees, beendete diese Bemühungen schon vier Tage später: Aus dem Kreis Goldberg sei „nur eine sehr geringe Anzahl von Flüchtlingen in Haan untergebracht“, eine personelle Verbindung bestehe daher nicht und Haan wolle keine beliebige Stadt zum Paten nehmen.

Wie kam nun noch im gleichen Jahr die Patenschaft zwischen Solingen und Goldberg zustande, da noch kurz zuvor Solingen eine Patenschaft abgelehnt und der Heimatkreis Goldberg vergeblich eine solche gesucht hatte? Eine wichtige Rolle spielte hierbei der Oberstadtdirektor Solingens, Gerhard Berting. Er nahm am 13. November 1954 an einem Schlesier-Abend teil, bei dem er dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Dr. Julius Doms, begegnete und sich mit ihm wohl auch über eine Patenschaft unterhielt.<sup>76</sup> Berting besaß einen persönlichen Bezug zu Schlesien, denn er hatte laut eigener Aussage einen großen Teil seiner Schulzeit auf einem Gymnasium in Breslau verbracht und über sechs Jahre lang bei der Oppelner Regierung gearbeitet.<sup>77</sup> Zudem hatte er, wie er an gleicher Stelle betont, mütterlicherseits schlesische Vorfahren und auch schlesische Freunde. Einer Patenschaft über eine schlesische Gemeinde war er aus diesem Grunde nicht grundsätzlich abgeneigt. Dr. Doms ergriff nach diesem ersten Treffen die Initiative und schickte am 18. November 1954 eine Anfrage, ob Solingen denn bereit wäre, eine Patenschaft zu übernehmen, wie es Berting auf dem Schlesier-Abend geäußert hätte. Er könne den Landkreis Breslau anbieten, da dieser der Stadt Solingen sehr ähnlich sei. Der Kreis Breslau sei zu 60 Prozent protestantisch und zudem in erheblichem Maße industriell, aber auch landwirtschaftlich geprägt. Wie aus dem Antwortschreiben Bertings vom 19. November hervorgeht, war dieser von einer Realisierung der Patenschaft nicht so überzeugt wie Doms. Er habe sich vielmehr nur dazu bereit erklärt, Patenschaftsbestrebungen zu unterstützen, wobei die Art des Patenkreises aber von hoher Bedeutung sei. Eine protestantische, rein industriell geprägte Gemeinde sei zu wünschen und der Kreis Breslau, den er kenne, sei ja doch überwiegend landwirtschaftlich geprägt. In diesem Schreiben schätzte Berting auch die Chancen für ein Zustandekommen einer Patenschaft ab: „Bisher ist die Neigung, eine Patenschaft zu übernehmen, nicht sehr groß. Ich könnte mir jedoch denken, dass ich die Widerstände überwinden könnte, wenn eine Industriestadt infrage käme.“ An dieser Äußerung zeigt sich erneut, wie wichtig das Engagement von Einzelpersonen bei der Übernahme von Patenschaften war. Wie bereits oben erwähnt, war dies kein Einzelfall in der Geschichte des Patenschaftswerks. Es kam zu einem neuen Schreiben des Vertreters der Landsmannschaft Schlesien am 24. November 1954, in dem Doms noch weitere Vorschläge unterbreitete. Er merkte aber auch an, dass es keine überwiegend protestantische schlesische Industriestadt ohne Patenstadt mehr gebe, vor allem da (angeblich) 90 Prozent der schlesischen Städte katholisch geprägt gewesen seien. Es seien jedoch noch Patenschaften zu Stadt- oder Landkreisen offen, denn nur flächendeckend hätten Patenschaften im Falle einer Rück siedlung „einen Wert“. Er führt diese letzte Äußerung nicht weiter aus, aber es wird doch deutlich, dass zu Beginn des Patenschaftswerks in den 1950er-Jahren, zumindest aus Sicht der Landsmannschaft, mit den Patenschaften durchaus „große“ Politik verbunden sein konnte und sollte. Patenschaften beinhalteten in diesem Zusam-

75 Zu den Patenschaftsverhandlungen des Heimatkreises Goldberg hier und im Folgenden vgl. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4880.

76 Schreiben der Landsmannschaft Schlesien (Dr. Doms) an den Oberstadtdirektor (ObStD) Gerhard Berting vom 18.11.1954. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4879. Zu den Patenschaftsverhandlungen zwischen der Landsmannschaft Schlesien und der Stadtverwaltung Solingen auch im Folgenden vgl. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4879.

77 Schreiben des Solinger Oberstadtdirektors Berting an den Heimatkreisvertrauensmann Otto Brandt vom 22.02.1955. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4879.

menhang also ohne Frage eine politische Komponente, auf die noch an anderer Stelle eingegangen wird, genauso wie auf die Zielsetzung und die Inhalte der Patenschaft. Den Aspekt der Patenschaft über einen Landkreis führt Doms noch weiter aus. Er argumentiert, dass Solingen doch eine reiche Stadt sei und somit problemlos eine Patenschaft auch über eine Heimatgemeinschaft eines schlesischen Kreises übernehmen könne. Zudem hätten viele Kreise eine viel geringere Einwohnerzahl als Städte und dadurch wären auch die Kosten einer Patenschaft geringer. Eine Patenschaft über einen ländlichen Kreis würde außerdem an die Wurzeln Solingens erinnern, denn schließlich sei jede Stadt früher einmal agrarisch geprägt gewesen. Wie aus dem weiteren Briefwechsel hervorgeht, rückte der Oberstadtdirektor Solingens immer weiter von seinen ursprünglichen Forderungen ab. Die konfessionelle und infrastrukturelle Ähnlichkeit wurde bald als Auswahlkriterium verworfen, obwohl Berting noch am 26. November 1954 schrieb: „Immerhin könnte ich mir vorstellen, daß bei der grundsätzlichen Abneigung der Übernahme von Patenschaften der Weg erleichtert würde, wenn der Patenkreis konfessionell den hiesigen Verhältnissen entspräche.“ Nun rückten vielmehr finanzielle Gesichtspunkte in den Vordergrund: In demselben Schreiben bemerkte Berting, dass Solingen, im Gegensatz zu Doms' vorheriger Andeutung, keine reiche Stadt sei, und fragte, was eine Patenschaft denn kosten würde. Spätestens zu diesem Zeitpunkt entsprachen die Patenschaftsverhandlungen nicht mehr den vorgegebenen Rahmenbedingungen, die der Verband der Landsmannschaften und die Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände am 6. Juli 1953 in Richtlinien festgelegt hatten. Diese sollten Ordnung in die zunehmend unsystematische Patenschaftslandschaft bringen und Orientierungshilfe bei Patenschaftsgründungen bieten.<sup>78</sup> In den Richtlinien zur Übernahme von Patenschaften gab es, bezüglich der Auswahl einer Patenschaft, die folgenden Prinzipien:

1. *Doppelpatenschaften sollen für den west- und auch den ostdeutschen Partner grundsätzlich vermieden werden.*
2. *Bei den Partnern soll es sich nach Möglichkeit um Gemeinden (GV) etwa der gleichen Größe und Struktur handeln. Große Städte sollen also nur Patenschaften für große Städte, Landkreise nur für Landkreise usw. übernehmen. Kreisangehörige ostdeutsche Gemeinden, ausgenommen größere kreisangehörige Städte, sollen in der Regel keine eigenen Patenschaften erhalten. Es soll vielmehr die Patenschaftsübernahme für den ganzen Landkreis durch einen westdeutschen Landkreis angestrebt werden.*
3. *Bei der Auswahl sollen für beide Partner die Wirtschafts- und die soziale Struktur, die konfessionellen Verhältnisse sowie historische und persönliche Beziehungen berücksichtigt werden. Maßgebend soll für den westdeutschen Partner vor allem sein, daß in seiner näheren und weiteren Umgebung besonders viele Bürger des ostdeutschen Partners eine neue Heimat gefunden haben.*
4. *Die Bundesvereinigung und der VdL [Verband der Landsmannschaften] sind bei der Auswahl der Partner behilflich. Beide werden bemüht sein, alle Landsmannschaften entsprechend ihrer Größe anteilig zu berücksichtigen.<sup>79</sup>*

Besonders dem dritten Punkt dieser Aufzählung widersprach der bisherige Stand der Patenschaftsverhandlungen in Solingen bereits. Und das sollte sich auch mit dem Zustandekommen der Patenschaft mit Goldberg nicht ändern, vielmehr verstärkte sich diese Tendenz noch: Solingen hatte keine bekannten historischen Beziehungen zum

<sup>78</sup> Ute Reichert-Flögel: Ostdeutsche Patenschaften, S. 65.

<sup>79</sup> Abgedruckt in: Ministerium für Arbeit, Soziales und Vertriebene des Landes Schleswig-Holstein (Hg.): Richtlinien und Empfehlungen für die ostdeutsche Kulturarbeit. Mit einem Veranstaltungsplan des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Vertriebene sowie des Landesverbandes der Vertriebenen Deutschen / Vereinigte Landsmannschaften Schleswig-Holstein für das Jahr 1961. Kiel: [Eigendruck], S. 26f.

Kreis Goldberg,<sup>80</sup> die infrastrukturelle<sup>81</sup> und konfessionelle Struktur der beiden Beteiligten war unterschiedlich. Der Kreis Goldberg war, im Gegensatz zu Solingen, katholisch und ländlich geprägt und in Solingen und Umgebung lebten auch nicht „besonders viele“ Bürger aus Goldberg.<sup>82</sup> Ehemalige Goldberger wohnten damals in der Regel in der DDR.<sup>83</sup> Werner Müller nennt auch das Ruhrgebiet, Hannover, Westfalen, Bremen (für Haynauer) und den Harz, Mainfranken und Bayern (für Goldberger) als meist gewählte neue Wohnorte.<sup>84</sup> Auch war der zweite Punkt der Richtlinien nicht erfüllt worden, denn die *Stadt* Solingen übernahm eine Patenschaft über den *Kreis* Goldberg und nicht etwa über eine der *Städte* Goldberg, Haynau oder Schönau. Nicht zuletzt hatte die Stadt mit dieser zweiten Patenschaft auch den ersten Punkt der Richtlinien verletzt, auch wenn die erste Patenschaft (über Treuburg), wie gezeigt, von nachrangigem Interesse für Solingen zu sein schien. Es entsteht der Eindruck, dass bei dieser Patenschaft vielmehr die persönlichen Beziehungen des Oberstadtdirektors zu Schlesien ausschlaggebend waren. Die Richtlinien jedenfalls wurden, obwohl sie bei den Patenschaftsverhandlungen bekannt waren, nicht bei der Auswahl der Patenschaft herangezogen.<sup>85</sup> Zusammengefasst wird hieran deutlich, wie bedeutend das Engagement von Einzelnen war. Der Oberstadtdirektor Berting setzte eine Patenschaft durch, die er wohl als einziger Vertreter Solingens so vehement befürwortete und welche zudem keinerlei Ansätze bot, die eine Verbindung zwischen Goldberg und Solingen historisch, kulturell, wirtschaftlich oder sozial gerechtfertigt hätten.

Bevor es aber zu den entscheidenden Gesprächen zwischen dem Heimatkreisvertrauensmann Goldbergs und Oberstadtdirektor Berting kam, wurden zunächst noch weitere Patenschaften in Erwägung gezogen: über den Landkreis Militsch (Schlesien) und den Stadtkreis Glogau (Schlesien).<sup>86</sup> Erst bei diesem Stand der Verhandlungen, zwei Monate nach dem ersten Kontakt zwischen Berting und Doms, wurde der Patenschaftsgedanke auch in ein größeres Solinger Gremium getragen. Am 5. Januar 1955 wurde in einer Verwaltungskonferenz die Patenschaft zwischen Solingen und Militsch diskutiert. Dabei wurde die allgemeine Skepsis gegenüber Patenschaften durch einen nicht namentlich genannten Stadtdirektor deutlich geäußert, denn „er halte es für richtiger, wenn sich die geflüchteten Bewohner der früheren Ostgebiete in das Kulturleben ihres neuen Heimatlandes eingliederten und nicht versuchten, ihre eigenen bodenständigen Gebräuche unter allen Umständen hochzuhalten“. Dieser Meinung schien offenbar nicht nur er allein zu sein, denn er schilderte zur Unterstützung seiner Position, dass auch der Kulturausschuss, dem er seine Auffassungen zu Patenschaften erläutert habe, diese teilte. Umso erstaunlicher ist es, dass die Verwaltungskonferenz dennoch eine Befürwortung der Patenschaft beschloss und man plante, die Sache auch im Hauptausschuss der Stadt zu beraten. Wie es trotz der großen Widerstände zu diesem Ergebnis kommen konnte, ist nicht überliefert. Im Zusammenhang eines

80 Auf eine solche gründete sich beispielsweise die Patenschaft zwischen Köln und Breslau, siehe Ute Reichert-Flögel: Ostdeutsche Patenschaften, S. 54f.

81 Die industrielle, zum Teil durch historische Verbindungen verbürgte Prägung als Verbindungsglied war einer der häufigsten Gründe für Patenschaften zwischen Gemeinden im Ruhrgebiet und Industriestädten im historischen Ostdeutschland, zum Beispiel die Patenschaften Gelsenkirchen-Allenstein oder Recklinghausen-Beuthen: Johannes Hoffmann: Von Patenschaften zu Partnerschaften, S. 316f.

82 Dr. Werner Müller erarbeitete 1961 eine Aufstellung von Einzelpersonen aus Goldberg, die um 1960 in Solingen ansässig waren, darauf finden sich lediglich 64 Namen (zum Vergleich: der Kreis Goldberg hatte 1945 etwa 70.000 deutsche Einwohner). Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4895.

83 Vgl. Bericht des Büros des Rates (Dezernent ObStD Peter Hölz) über die bisherige Entwicklung von Partner- und Patenschaften aus dem Jahr 1985 (das genaue Datum wird nicht genannt, erarbeitet wohl zwischen Februar und April 1985). Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 1128.

84 Werner Müller: Solingen und sein Patenkreis, S. 25.

85 Sie wurden als Anlage des Schreibens der Landsmannschaft Schlesien (Dr. Doms) an ObStD Berting am 08.12.1954 mitgeschickt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4879.

86 Schreiben der Landsmannschaft Schlesien (Dr. Doms) an ObStD Berting vom 08.12.1954. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4879. Auch die weiteren Angaben in diesem Absatz stammen aus dieser Akte und werden nur gesondert ausgewiesen, wenn sie im Text nicht ausreichend kenntlich gemacht wurden.

Gesprächs zwischen Oberstadtdirektor Berting und Alfred Schirmel, dem Vorsitzenden des Solinger Vertriebenenbeirats und Mitglied des Schlesierverbands Ortsgruppe Solingen, wurde zum ersten Mal Goldberg als möglicher Partner zur Sprache gebracht.<sup>87</sup> Infolge dieses Gesprächs bot die Landsmannschaft Schlesien eine Patenschaft über den Kreis Goldberg an und stellte den Kontakt zwischen der Stadtverwaltung Solingen und dem Heimatkreisvertrauensmann Goldbergs, Otto Brandt, her. Von der Landsmannschaft Schlesien ging demnach sowohl der erste Kontakt als auch der entscheidende Schritt hin zur Patenschaft für Goldberg aus. Und wie noch gezeigt werden wird, spielte sie auch bei der Ausgestaltung der Patenschaft in den Folgejahren eine große Rolle. Welche Bedeutung die Landsmannschaften den Patenschaften beimaßen und welche Ziele sie mit ihrer Beteiligung verfolgten, ist ein Bereich, der aufgrund seines Umfangs in dieser Arbeit nicht behandelt werden kann. Hier tut sich aber eine Forschungsfrage für weitergehende Untersuchungen auf.

Zur Entscheidung, ob man Goldberg zum Partner nehmen sollte, wurde außerdem auch Literatur über den Kreis Goldberg, in erster Linie das von Otto Brandt erarbeitete Heimatbuch, herangezogen, wie aus einem Auszug der Niederschrift einer Verwaltungskonferenz vom 18.02.1955 ersichtlich ist. Dies zeigt, dass es aufseiten Solingens nicht unerheblich war, mit welcher ostdeutschen Stadt eine Verbindung aufgenommen wurde. Für eine „Wahlverwandschaft“ mit Goldberg sprach auch, dass Solingens Nachbarstadt Wuppertal eine Patenschaft über den Nachbarkreis Goldbergs, Liegnitz, aufgenommen hatte. Dadurch wurden die ehemaligen geographischen Verhältnisse in der „Neuen Heimat“ gespiegelt,<sup>88</sup> so zumindest sah es Otto Brandt, mit dem nach einem ersten persönlichen Kontakt ein reger Schriftverkehr aufgenommen worden war. Brandt sowie seine Nachfolger dienten von nun an als Ansprechpartner, mit denen alle Fragen der Patenschaft, auch organisatorischer Natur, erläutert wurden. Bevor es zu einer Entscheidung des Hauptausschusses über die Patenschaft kam, wurden noch einmal die möglichen Kosten erörtert – eine Anfrage vom 15. Januar 1955 bei der Nachbarstadt Remscheid ergab, dass es nicht die Aufgabe einer Patenstadt sei, Bittgesuche von „Patenkindern“ zu bearbeiten, auch wenn diese durchaus eingehen würden.<sup>89</sup> Diese Auskunft befreite die Solinger Stadtverwaltung von ihren Bedenken, dass eine Patenschaft eine zu kostspielige soziale Verantwortung mit sich bringen könnte. In der Sitzung des Hauptausschusses am 8. Juni 1955 wurde die Übernahme der Patenschaft beschlossen, eine endgültige, formelle Entscheidung für sie fiel daraufhin in der Sitzung des Stadtrats am 27. Juli 1955. Die Patenschaftsfeier mit der offiziellen Übergabe der Patenschaftsurkunde fand am 11. September 1955, dem Tag der Heimat, statt; zu ihr kamen um die 500 frühere Goldberger.<sup>90</sup>

Neben den finanziellen und strukturellen Aspekten waren auch die Inhalte der Patenschaft Teil der Erwägungen vor der Patenschaftsübernahme. Schließlich hatten diese einen hohen Einfluss auf die Kosten der Patenschaft und würden die Patenschaft erst lebendig machen. Diesem Aspekt soll deshalb im Weiteren größere Beachtung geschenkt werden.

---

87 Aktenvermerk vom 02.02.1955 über ein Gespräch (ohne Datumsangabe) zwischen ObStD Berting und dem Vorsitzenden des Vertriebenenbeirats in Solingen Alfred Schirmel. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4879.

88 Aktenvermerk über ein Gespräch (ohne Datumsangabe) zwischen dem Presse- und Verkehrsamt (Heinz Sinne) und dem Heimatkreisvertrauensmann Otto Brandt vom 02.05.1955. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4879.

89 Aktenvermerk des Presse- und Verkehrsamts (Heinz Sinne) vom 15.01.1955. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4879. Auch die weiteren Angaben in diesem Absatz stammen aus dieser Akte.

90 Zum genauen Ablauf der Feierlichkeiten siehe Werner Müller: Solingen und sein Patenkreis, S. 27-29.

## 2.3 Die Ausgestaltung von Patenschaft

Über die Inhalte einer Patenschaft hatte man von der Seite Solingens lange keine konkreten Vorstellungen.<sup>91</sup> Es lässt sich vermuten, dass Unkenntnis in nicht wenigen Fällen mit ein Grund dafür war, dass viele der frühen Patenschaftsanfragen, wie auch die Anfrage der Landsmannschaft Ostpreußen in Solingen, abgelehnt wurden. Für den Fall Solingen zeigt dies die oben erwähnte Anfrage bei der Stadt Remscheid. Auch ein Gespräch mit dem Heimatkreisvertrauensmann Otto Brandt Ende April 1955 machte deutlich, dass die Stadtverwaltung sich vor hohen Kosten durch aufwendige Maßnahmen fürchtete.<sup>92</sup> Brandt schlug vor, dass man sich bei den Aufgaben, die die Stadt zu erfüllen habe, nach den Richtlinien der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände und des Verbunds der Landsmannschaften richten solle. Dort heißt es:

*3. Auf folgende Einzelmaßnahmen kann verwiesen werden:*

- a) Führung von Heimatkarteien und Einrichtung von Auskunftsstellen,*
- b) Abhalten von Heimattreffen,*
- c) Schaffung einer „Heimatstube“ oder eines „Hauses“ der betreuten Gemeinde (GV),*
- d) Benennung von Straßen, Plätzen oder Gebäuden nach der ostdeutschen Gemeinde (GV) oder nach ihren hervorragenden Bürgern,*
- e) Anbringung des Wappens oder regelmäßige Hissung der Flagge der ostdeutschen Gemeinde (GV); Ausschmückung der öffentlichen Gebäude mit Bildern aus der alten Heimat,*
- f) Besondere Berücksichtigung ostdeutscher Kulturgüter in den öffentlichen Büchereien, in den Museen, in den Ausstellungen, im Schulunterricht, in den Volksschulen usw.,*
- g) Sammlung von Kulturgut und Archivgut der ostdeutschen Gemeinde (GV),*
- h) Gewährung von Unterstützung und Stipendien, von Erholungsaufenthalten für Kinder und sonstige Fürsorgemaßnahmen, Beteiligung an Hilfsaktionen für die in der alten Heimat verbliebenen Bürger.<sup>93</sup>*

Diese Auflistung zeigt, dass Patenschaften im Allgemeinen in den 1950er-Jahren bereits einen kulturellen Schwerpunkt hatten,<sup>94</sup> wenn auch daneben zunächst der soziale Aspekt von hoher Bedeutung war. Die Leistungen der meisten Patenschaften bewegten sich inhaltlich im Rahmen dieser acht Maßnahmen. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass die Ausgestaltung dieser Punkte, je nach Patenstadt, stark variieren konnte. So wurden beispielsweise manche Heimatstuben langfristig gut gepflegt und sogar zu Heimatmuseen ausgebaut, andere wurden bald vernachlässigt.<sup>95</sup> Ähnlich sah es auch

91 Vgl. Gerhard Berting: Die Leistungen der Stadt Solingen für den Patenkreis Goldberg/Schlesien. In: Fritz Fiedler, Johannes Wiedner [Red.]: Festschrift, S. 9-14, hier S. 9.

92 Aktenvermerk über ein Gespräch (ohne Datumsangabe) zwischen dem Presse- und Verkehrsamt (Heinz Sinne) und dem Heimatkreisvertrauensmann Otto Brandt vom 02.05.1955. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4879.

93 Ministerium für Arbeit, Soziales und Vertriebene des Landes Schleswig-Holstein (Hg.): Richtlinien und Empfehlungen für die ostdeutsche Kulturarbeit. Mit einem Veranstaltungsplan des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Vertriebene sowie des Landesverbandes der Vertriebenen Deutschen / Vereinigte Landsmannschaften Schleswig-Holstein für das Jahr 1961. Kiel: [ohne Verlag] 1961, S. 27.

94 Vgl. auch Leonore Leonhart: Das unsichtbare Fluchtgepäck, S. 208.

95 Manfred Kittel: Vertreibung, S. 98. Vgl. auch Heinrich von zur Mühlen: Die Förderung der Kulturarbeit durch die öffentliche Hand. In: Hans Joachim von Merkatz (Hg.): Aus Trümmern wurden Fundamente. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler: 3 Jahrzehnte Integration. Düsseldorf: Rau 1979, S. 304-308, hier S. 307f.

mit anderen Maßnahmen der Patenschaften und den Mitteln aus, die für diese aufgewendet wurden. In Solingen war die Bereitschaft, die Patenschaftsverpflichtung ernst zu nehmen, groß. Das bereits erwähnte erste Gespräch mit Brandt hatte eine Auflistung von Maßnahmen zur Folge, die er und auch die Vertreter der Stadt für angemessen hielten: 1. die Führung einer Heimatkartei und einer Auskunftsstelle bei der Stadt, 2. die Benennung einer Straße in Solingen nach Goldberg, 3. die Beschaffung einer Goldberger Stadtfahne, 4. die organisatorische Mitarbeit der Stadt bei den Heimattreffen alle zwei Jahre, 5. die Einrichtung eines Goldberger Zimmers. Als einzige soziale Maßnahme, da auch der Heimatkreisvertrauensmann weitergehende materielle Zugeständnisse für unrealistisch hielt, schlug Brandt 6. einen Kur- und Ferienaufenthalt von Goldberger Kindern in der Patenstadt vor.<sup>96</sup> Unmittelbar nach der Feier anlässlich der Übergabe der Patenschaftsurkunde wurden bereits die ersten der besprochenen Maßnahmen umgesetzt.

Die Heimatkartei, die Otto Brandt in Eigenarbeit angelegt hatte und die 1955 bereits 16.000 bis 17.000 Einträge umfasste,<sup>97</sup> wurde übernommen. Sie wurde aber auch parallel in Braunschweig von Otto Brandt und später in Wolfenbüttel von einer weiteren früheren Goldbergerin, Johanna Dedig, weitergeführt, was im Hinblick auf die Solinger Heimatkartei noch eine Rolle spielen sollte. Die Kopie der Kartei und eine dazugehörige Auskunftsstelle wurden beim Presse- und Verkehrsamt der Stadt Solingen angesiedelt, dem von da an die gesamte Betreuung der Patenschaft oblag. Man stellte hierfür auch eine halbe Stelle zur Verfügung. Hauptansprechpartner der Goldberger in Sachen Patenschaft wurde der Stadtamtmann Heinz Sinne, der sich im Laufe seiner Tätigkeit häufig für die Patenschaft stark machte.<sup>98</sup> Dr. Werner Müller, der später auch eine Veröffentlichung über die Patenschaft verfasste, wurde mit der Betreuung der Kartei beauftragt. Zweck derselben war laut Dienstanweisung: „Sie dient dazu, Nachforschungen nach Vermisstenschicksalen klären zu helfen und auseinandergerissene Familien wieder zusammenzuführen. Außerdem soll sie zu Auskünften über die ehemaligen Bewohner des Kreises herangezogen werden, soweit sie sich auf Angaben zur Person und zum Wohnsitz im Kreise Goldberg beziehen.“<sup>99</sup> Bis zum Jahr 1961 wuchs die Kartei auf 20.000 Einträge an. Demnach wurde ein Großteil der 70.000 vertriebenen Goldberger erfasst, denn die Einträge zählten nur Adressen und nicht einzelne Personen auf.<sup>100</sup> Um die Heimatortskartei zu erweitern wurden unter anderem Fragebögen an ehemalige Goldberger versandt, die aber kaum auf Resonanz stießen, denn etwa die Hälfte der Bögen blieb unbeantwortet. In Solingen führte man dies darauf zurück, dass die Eingliederung der Goldberger in die Bundesrepublik erfolgreich war.<sup>101</sup> Da auch kaum Anfragen nach Adressen eingingen und trotz gegenteiliger Absprache die Kreisheimatortskartei in Wolfenbüttel parallel weitergeführt wurde, stellte die aktive Fortfüh-

96 Aktenvermerk vom 02.05.1955 über ein Gespräch (ohne Datumsangabe) zwischen dem Presse- und Verkehrsamt (Heinz Sinne) und dem Heimatkreisvertrauensmann Otto Brandt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4879.

97 Aktenvermerk vom 02.05.1955 über ein Gespräch (ohne Datumsangabe) zwischen dem Presse- und Verkehrsamt (Heinz Sinne) und dem Heimatkreisvertrauensmann Otto Brandt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4879.

98 Das Engagement Heinz Sinnes wurde sogar noch in den 1970er-Jahren von Herbert Hupka gelobt: „Ich komme in vielen Patenstädten mit Vertriebenen zusammen, aber diese Herzlichkeit und dieses Pflichtbewußtsein eines Mannes um der Sache willen gibt es in dieser Form nur bei Herrn Sinne in Solingen“. Diese Herzlichkeit gibt es wirklich nur in Solingen. Zum achten Mal Goldberger Heimattreffen. Aus: Solinger Tageblatt, 01.06.1970. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 12927.

99 Dienstanweisung für die Führung der Heimatkartei des Patenkreises Goldberg/Schlesien, erstellt von ObStD Berting am 11.01.1956. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4890.

100 Bericht über die Patenschaft an den Landesbeirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen beim Arbeits- und Sozialminister des Landes NRW und an die Ostdeutsche Forschungsstelle von Anfang April 1958, verfasst von ObStD Gerhard Berting. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4892. Veröffentlicht auch in: Alfons Perlick: Das west-ostdeutsche Patenschaftswerk, S. 129f.

101 Ebenda.

nung der Kartei laut Stadtamtman Sinn einen zu hohen Aufwand für die Stadt dar.<sup>102</sup> Im Grunde wurde mit dieser Feststellung im Jahre 1959 bereits die praktische Stilllegung der Solinger Kartei in die Wege geleitet. Auf Bitten Johannes Thiels, der seit 1958 Heimatkreisvertrauensmann Goldbergs war, wurde sie aber dennoch weitergeführt.<sup>103</sup> Thiel begründete seinen Wunsch damit, dass die Kartei als Dokumentation der Einwohnerschaft des Kreises Goldberg zur Zeit der Vertreibung diene. Mit diesem Bedeutungshintergrund wurde die Erhaltung der Kartei als Teil der Goldberger Heimatstube gerechtfertigt. Mit ein Grund dafür, dass die Kartei schon früh nur mehr wenig erfolgreich war, dürfte sein, dass noch eine dritte Kartei mit Anschriften ehemaliger Goldberger, aber auch anderer Menschen aus dem früheren deutschen Osten, beim Kirchlichen Suchdienst, einem Zusammenschluss von Caritas und Diakonie, geführt wurde.<sup>104</sup> Die Heimatkartei war, zusammenfassend gesagt, eine Maßnahme der Patenschaft über Goldberg, die mit als erste angegangen und auch mit als erste vernachlässigt wurde.

Eine zweite Maßnahme, die sich Solingen als Patenstadt zur Aufgabe gemacht hatte, war das Einrichten einer Heimatstube im Stadtarchiv Solingen. Ostdeutsche Heimatstuben waren, da sie oft im Rahmen von Patenschaften entstanden, häufig an kommunale Behörden angeschlossen.<sup>105</sup> Nicht immer waren es wie in Solingen Archive. Im Idealfall wurden ostdeutsche Heimatstuben in die örtlichen Heimatmuseen integriert. Es kam aber auch vor, dass sie an Schulen oder andere öffentliche Einrichtungen angebunden wurden und deshalb nicht unbegrenzt zugänglich waren.<sup>106</sup> Ziel der „Goldberger Gedenkstätte“, wie die Heimatstube zunächst genannt wurde, war das Sammeln und Erhalten von allem für den Kreis Goldberg und seine Bewohner relevanten Kulturgut.<sup>107</sup> Nach einer 1989 erarbeiteten Kategorisierung von Hans-Jürgen Schuch, dem damaligen Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Westpreußen, zählt das Goldberger Zimmer zu den regionalen Heimatstuben.<sup>108</sup> Im Gegensatz zu den „ostdeutschen Heimatstuben“ sind diese einer bestimmten Stadt, einem Kreis oder einer Ortschaft gewidmet und nicht dem ganzen historischen deutschen Osten. Schuch unterteilt die Heimatstuben weiterhin nach Primäraufgaben: 1. Versammlungsraum, 2. Büro, 3. Heimatsammlung und 4. Heimatmuseum. Die Goldberger Heimatstube diente nicht als Versammlungsraum für die Vertriebenen, dazu war sie zu klein. Besucht wurde die Heimatstube fast ausschließlich dann, wenn sich alle zwei Jahre die Goldberger zum Heimattreffen in Solingen befanden. Bezeichnend ist, dass zumindest 1962 für jeden Besucher der Heimatstube für die Dauer seines Aufenthalts dort eine Kerze an-

102 Schreiben des Presse- und Verkehrsamts (Heinz Sinne) an den Heimatkreisvertrauensmann Johannes Thiel vom 13.05.1959. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4893.

103 Bericht über die Patenschaft an den Landesbeirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen beim Arbeits- und Sozialminister des Landes NRW und an die Ostdeutsche Forschungsstelle von Anfang April 1958, verfasst von ObStD Gerhard Berting. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4892. Veröffentlicht auch in: Alfons Perlick: Das west-ostdeutsche Patenschaftswerk, S. 129f.

104 Schreiben des Kirchlichen Suchdiensts an die Stadtverwaltung Solingen vom 11.04.1962. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4883. Darin wird auch darauf hingewiesen, dass alle Heimatortskarteien, die bei Städten geführt würden, nur eine Parallelkartei zu der des Kirchlichen Suchdienstes darstellen könnten.

105 Hans-Jürgen Schuch: Ostdeutsche Heimatstuben: Wem gehören sie? Wer kennt sie? In: Der gemeinsame Weg, Heft 53, Januar 1989, S. 10.

106 Vgl. Leonore Leonhart: Das unsichtbare Fluchtgepäck, S. 212. Vgl. auch Manuela Schütze: Zur musealen Aneignung verlorener Heimat in ostdeutschen Heimatstuben. In: Kurt Dröge (Hg.): Alltagskulturen zwischen Erinnerung und Geschichte. Beiträge zur Volkskunde der Deutschen im und aus dem östlichen Europa. München: Oldenbourg 1995 (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte 6), S. 96-111, hier S. 100.

107 Zur Einrichtung der „Goldberger Gedenkstätte“ siehe Werner Müller: Die Goldberger Gedenkstätte im Solinger Stadtarchiv. In: Fritz Fiedler, Johannes Wiedner [Red.]: Festschrift, S. 87-96. Dort sind auch noch weitere Erwerbungen der Gedenkstätte näher beschrieben, die aber hier nicht alle aufgezählt werden sollen.

108 Zur Unterteilung und Kennzeichnung von Heimatstuben vgl. Hans-Jürgen Schuch: Ostdeutsche Heimatstuben, S. 5ff.

gezündet wurde.<sup>109</sup> Für ein reges Kommen und Gehen spricht dies nicht. Das würde durchaus auch einer Beobachtung des Volkskundlers Utz Jeggle entsprechen, der sogar über das um einiges größer angelegte Ostpreußische Landesmuseum bemerkte: „Nicht einmal politisch sind diese musealen Fossilien interessant. Es kommt niemand!“<sup>110</sup> Auch ein Büro für eine der Vertriebenenorganisationen wurde in der Goldberger Heimatstube nicht untergebracht.<sup>111</sup> Sie war und ist vielmehr zwischen Heimatsammlung und Heimatmuseum anzusiedeln. Hier wurde die Geschichte und Kultur des Kreises Goldberg in den Mittelpunkt einer Schausammlung gestellt, auch wenn nicht alle Gegenstände gezeigt wurden. Eine deutlich erkennbare oder wechselnde Konzeption gab es allerdings nie und das gesammelte Kulturgut wurde auch nicht weiter für Ausstellungen aufbereitet.

Zu den Objekten, die das Goldberger Zimmer beherbergte, zählten Fotografien, Schriftstücke aller Art, Literatur und auch museale Gegenstände, wie zum Beispiel Gemälde oder ein Stempelset des Rathauses von Schönau. Das meiste Material der Heimatstube wurde schon im ersten Jahrzehnt der Patenschaft gestiftet. Da aber, bedingt durch Flucht und Vertreibung, in der Regel kaum Kulturgut in die Bundesrepublik gerettet wurde, hielt sich der Umfang der Spenden zunächst in Grenzen. Das lag auch oft daran, dass die mitgebrachten Gegenstände für die Vertriebenen einen hohen persönlichen Wert hatten, waren sie doch einige der wenigen Erinnerungsstücke, die sie aus der „alten Heimat“ retten konnten. Das hatte zur Folge, dass die Goldberger Heimatstube zum einen zunächst lediglich aus einer Vitrine, die im Foyer des Archivs aufgestellt wurde, bestand und dass zum anderen scheinbar auch wenig museumstaugliche Gegenstände aufbewahrt wurden, die allerdings erinnerungsbeladen waren. So gelangten zum Beispiel ein Bierfilz der Brauerei Neumann in Goldberg oder die Kleiderbügel eines Goldberger Geschäfts in die Heimatsammlung. Utz Jeggle meint, dass Heimatstuben, weil sie solche hoch emotionalisierten, aber auch „schläfrig geworden“ Erinnerungsstücke beherbergen, eine Art „Schrein für kulturelle Reliquien“ seien, ähnlich „der jüdischen Genisah, wo die ausgebrauchten heiligen Schriften schlummern dürfen“.<sup>112</sup> Jeggle führt des Weiteren an, dass ein solches Heimatmuseum eben nicht nur „die überkommenen Gedenkstücke“ festhält, sondern „es verweist auch auf die Zerstörung einer Kultur. Die offizielle Erinnerung ist gleichzeitig ein Zeichen des Untergangs.“<sup>113</sup> Diese These kann auch im Hinblick auf die Entwicklung der Goldberger Heimatstube konstatiert werden. Der Verwaltungsbeamte Sinne, der mit der Betreuung der Patenschaft beauftragt worden war, bemühte sich dennoch, die „Goldberger Gedenkstätte“ mit Inhalt zu beleben. Dazu schaltete er Anzeigen in den „Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten“ mit der Bitte um Stiftung relevanter Gegenstände und bat auch während der Heimattreffen immer wieder um Abgaben an das Stadtarchiv.<sup>114</sup> Es blieb nicht allein bei Stiftungen, Sinne erwarb auch selbst Literatur und Gegenstände für die Heimatstube, wenn er auf diese aufmerksam wurde. Als Beispiel hierfür kann eine Handwerkerrolle der Goldberger Fleischerinnung aus dem 17. Jahrhundert im

109 Schreiben des Presse- und Verkehrsamts (Heinz Sinne) an den Heimatkreisvertrauensmann Johannes Thiel vom 28.05.1962. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4883.

110 Utz Jeggle: Kaldaunen und Elche. Kulturelle Sicherungssysteme bei Heimatvertriebenen. In: Dierk Hoffmann (Hg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. München: Oldenbourg 2000 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), S. 395-407, hier S. 405.

111 Allerdings wurde am 13. Mai 1985 noch eine weitere ostdeutsche Heimatstube in einem Solinger Flüchtlingsheim eingerichtet, die den Charakter eines Büros der Beratungsstelle des Vertriebenenbeirats trug, siehe Protokolle des Geschäftsführenden Ausschusses des Vertriebenenbeirats. Stadtarchiv Solingen, Sign. VA 152 1 vom 31.08.1971–07.06.1993. Da diese Heimatstube allerdings nicht im Zusammenhang mit der Patenschaft Solingen-Goldberg steht, soll sie hier nicht weiter berücksichtigt werden.

112 Utz Jeggle: Kaldaunen und Elche, S. 406.

113 Ebenda, S. 407.

114 Dies geht beispielsweise aus einem Schreiben des Presse- und Verkehrsamts (Werner Müller) an den ehemaligen Goldberger Alfred Unger vom 15.04.1964 hervor. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4886.

Original genannt werden. Eine sachkundige Fachkraft für die Goldberger Stube wurde nicht angestellt, vielmehr lief die Betreuung der Heimatstube von Beginn an neben dem übrigen Archivbetrieb her.

Im Maßnahmenkatalog der Richtlinien des Verbandes der Landsmannschaften und der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände wird auch auf die Benennung von Straßen, Plätzen oder Gebäuden nach der Patengemeinde verwiesen. In Solingen wurde auch dieser Vorschlag aufgegriffen. In einer Neubausiedlung wurden 1957 vier Straßen nach Orten im Kreis Goldberg benannt, und zwar nach Goldberg, Haynau, Schönau und Kauffung, sowie eine nach dem Gröditzberg.<sup>115</sup> Die städtebaulichen Hinweise sind ein allgemein beliebtes Mittel der kommunalen Patenschaftspflege. Zumindest wurden häufig Straßen nach der Patengemeinde benannt.<sup>116</sup> Man kann vermuten, dass diese Maßnahme auch deshalb gern genutzt wurde, weil sie der Stadt keine hohen Kosten verursachte.

Auch andere kleinere Maßnahmen, die mit Otto Brandt besprochen worden waren, wurden umgesetzt. Bereits beim ersten Heimattreffen 1956 wurde die Goldberger Stadtfahne gehisst. Sie wurde zudem zu allen Gelegenheiten, bei denen in Solingen allgemein Beflaggung angeordnet wurde, neben der Flagge Solingens angebracht. Außerdem wurden zweimal, 1955 und 1956, einige Kinder von ehemaligen Goldbergern als Patengeschenk zu einem sechswöchigen Erholungsaufenthalt in ein Solinger Kinderheim eingeladen.<sup>117</sup> 1959 stellte das Kinderheim am Odenthaler Weg jedoch seine Erholungsabteilung ein.<sup>118</sup> Ferienaufenthalte für Goldberger Kinder fanden von da an nicht mehr statt. Ein Berichtsentwurf aus dem Jahr 1964 offenbart einen weiteren Grund, weshalb die Erholungsaufenthalte beendet wurden. Demzufolge wurde diese rein soziale Aufgabe nicht länger wahrgenommen, weil die Kinder von ehemaligen Goldbergern mittlerweile „groß geworden“ seien und Vertriebene zudem nicht mehr eine „sozial hilfsbedürftige Schicht“ darstellten.<sup>119</sup> Eine andere soziale Maßnahme wurde nicht so bald aufgegeben wie die der Ferienaufenthalte. An „bedürftige“ ehemalige Goldberger in der DDR und in Złotoryja, dem früheren Goldberg, wurden zu Weihnachten Hilfspakete, hauptsächlich mit Lebensmitteln, verschickt. Auch an besonders arme Goldberger in der Bundesrepublik gingen einige wenige Geldgeschenke.<sup>120</sup> Mit dieser Hilfsaktion wurde 1957, auf eine Anregung des Generalsekretariats des Deutschen Roten Kreuzes hin, begonnen.<sup>121</sup> Im ersten Jahr wurden 21 Pakete im Gesamtwert von 1.050 DM verschickt.<sup>122</sup> In den Folgejahren reduzierte sich die Anzahl

---

115 Siehe Schreiben des Presse- und Verkehrsamts (Heinz Sinne) an den Heimatkreisvertrauensmann Otto Brandt vom 17.10.1957, in dem Ersterer den Letzteren um seine Meinung zu dem Vorschlag bittet, den Gröditzberg als fünften Namensgeber für die neuen Straßen zu wählen. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4880.

116 Vgl. Ute Reichert-Flögel: Ostdeutsche Patenschaften, S. 14f.

117 Das geht hervor aus der Akte Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4889, passim. Sie handelt ausschließlich von Kindererholungsaufenthalten.

118 Vgl. Niederschrift der Sitzung zwischen Vertretern der Stadt Solingen und den Heimatortsvertrauensleuten des Kreises Goldberg in Köln am 28.08.1959. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4893. Vgl. auch: Bericht über die Patenschaftsarbeit der Stadt Solingen von ObStD Berting im April 1960 (genaues Datum fehlt). Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4894.

119 Vgl. Konzept eines Berichts des Presse- und Verkehrsamtes (ohne Angabe des Autors) vom 09.10.1964. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4886.

120 Schreiben des Presse- und Verkehrsamts (Heinz Sinne) an die Firma Alimex vom November 1970 (genaues Datum fehlt). Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31220.

121 Vgl. Aufstellung des Amtes für Informations- und Wirtschaftsförderung (ohne Datums- oder Autorenangabe) zum Zweck der Vorbereitung der Sitzung eines Ad-hoc-Arbeitskreises „Patenschaft Goldberg“ vom 04.09.–06.09.1975. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31187.

122 Vgl. Bericht über die Patenschaft Solingen-Goldberg an den Landesbeirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen beim Arbeits- und Sozialminister des Landes NRW und an die Ostdeutsche Forschungsstelle über Patenschaft von Anfang April 1958, verfasst von ObStD Gerhard Berting. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4892.

der Pakete sowie die dafür aufgewendete Summe etwas.<sup>123</sup> Bei den Empfängern im ehemaligen Ostdeutschland und in der DDR waren die Paketsendungen gern gesehen. So geht es zumindest aus den zahlreichen Dankesbriefen, die das Presse- und Verkehrsamt sammelte, hervor.<sup>124</sup> Eine weitere kleine Weihnachtstradition stellte der Weihnachts- und Neujahrsgruß des Oberbürgermeisters und des Oberstadtdirektors an die Patenkinder dar. Er wurde in den „Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten“ alljährlich veröffentlicht. In ihm wurde meist ein Überblick über die im vergangenen Jahr geleisteten städtischen Patenschaftsmaßnahmen gegeben und der aktuellen politischen Lage gedacht. Des Weiteren versandte die Stadtverwaltung Solingens zu besonderen Anlässen wie Goldenen Hochzeiten und runden Geburtstagen in fortgeschrittenem Alter Glückwunschkarten an ehemalige Goldberger, wenn diese der Stadt bekannt gemacht wurden.<sup>125</sup> Es sei noch erwähnt, dass auch kleinere finanzielle Unterstützungen geleistet wurden. Aufgrund der Vielfalt dieser Leistungen sollen hier nur in Kürze einige aufgezählt werden. So erhielt der Heimatkreisvertrauensmann Goldbergs jeden Monat eine geringe finanzielle Entschädigung für seine Tätigkeit<sup>126</sup> und kleinere Publikationen Goldberger Autoren oder Werke mit Bezug zu Goldberg wurden bezuschusst.<sup>127</sup> Man versuchte Kirchenglocken, die früher in Goldberg genutzt worden waren, für die Stadt Solingen zu erwerben, was allerdings nach längeren Verhandlungen misslang,<sup>128</sup> oder man stiftete ein hölzernes Wappen für die Einrichtung der Kantine einer Grenzschutzabteilung in Hangelar.<sup>129</sup> Eine besondere Geste, die zeigte, dass die Patenschaft auch vertieft werden sollte, war die Übernahme einer Patenschaft des Solinger Turnverbands e. V. über den Männerturnverein Schönau/Katzbach.<sup>130</sup> Diese kleine Auswahl an Beispielen zeigt, wie sehr man in Solingen die Patenschaftsverpflichtung, zumindest in den ersten 15 Jahren, ernst nahm. Man war bereit, mehr als das „Übliche“ für die Patenschaft zu leisten, denn auch wenn die genannten Aktionen nur geringen Umfangs waren, waren sie dennoch zum Teil mit großem Arbeitsaufwand verbunden.

Als letzte Solinger Patenschaftsmaßnahme soll nun das Abhalten der Heimatkreistreffen<sup>131</sup> näher ausgeführt werden. Sie stellte wohl eine der Hauptaufgaben dar und ist bis

123 1958 waren es 14 Pakete, 1959 13 und 1960 12. Zu Paketaktionen 1958–1959 vgl. Auszug aus der Niederschrift über die Verwaltungskonferenz der Stadt Solingen am 17.11.1959. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4893. Zur Paketaktion im Jahr 1960 vgl. Schreiben des DRK an die Stadtverwaltung Solingen vom 29.11.1960. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4894.

124 Vgl. etwa Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4892, passim.

125 Vgl. zahlreiche Dankeschreiben als Reaktion auf die Glückwünsche aus dem Jahr 1960. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4894, passim.

126 Vgl. Bericht über die Patenschaft Solingen-Goldberg an den Landesbeirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen beim Arbeits- und Sozialminister des Landes NRW und an die Ostdeutsche Forschungsstelle von Anfang April 1958, verfasst von ObStD Gerhard Berting. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4892. Veröffentlicht auch in: Alfons Perlick: Das west-ostdeutsche Patenschaftswerk, S. 129f.

127 Beispielhaft sei hier die 1966 bewilligte Bezuschussung der Reproduktion einer Chronik von Probsthain durch das Amt für Information und Wirtschaftsförderung genannt. Siehe dazu den Schriftwechsel. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4887, passim.

128 Vgl. Schriftverkehr aus den Jahren 1969 und 1970 zwischen ObStD Berting und dem Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands sowie der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Hamburg-Bergedorf. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4893 und SG 4894.

129 Vgl. Schreiben des Bundeswehr-Majors Reininghaus an das Presse-, Verkehrs- und Werbeamt (Heinz Sinne) vom 16.09.1965, in dem er sich für die Stiftung des Wappens bedankt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4888. Darin heißt es zum Beispiel auch: „Ich verspreche mir gerade durch die Wappen alter deutscher Städte einen nachhaltigen Eindruck auf die jungen Leute. Sie sollen immer wieder daran erinnert werden, daß Deutschland nicht an der Oder-Neiße endet, sondern noch weitere Gebiete umfaßt.“ Eine 1965 dem politischen Grundtenor der Zeit noch entsprechende Äußerung, die allerdings heute anachronistisch, wenn nicht gar revanchistisch anmutet, vor allem da sie aus dem Munde eines Bundeswehrmajors stammt.

130 Schreiben des Solinger Turnverbands e. V. an Erich Menzel als Vertreter des MTV Schönau vom 24.02.1962. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4883.

131 Im Folgenden werden die Begriffe „(Goldberger) Heimattreffen“ und „(Goldberger) Heimatkreistreffen“ gleichermaßen verwendet. Auch in den Quellen kommen die verschiedenen Begriffe vor. „Heimattreffen“ ist die gebräuchlichere Kurzform.

heute elementarer Bestandteil der Patenschaft Solingen-Goldberg. Der Bürgermeister Solingens, Dr. Oskar Bachteler, hatte den Goldbergern bereits bei der feierlichen Übergabe der Urkunde Heimattreffen versprochen. Otto Brandt hatte bei einer Besprechung im April 1955 geschätzt, dass etwa 600 bis 1.000 Personen an solchen Treffen teilnehmen würden.<sup>132</sup> Ein nicht unerheblicher Organisationsaufwand schien sich bereits bei dieser Zahl anzudeuten. Das erste Treffen der Goldberger fand dann am Wochenende des 2. und 3. Juni 1956 statt, ein knappes Jahr nach der Urkundenübergabe.<sup>133</sup> Zu ihm erschienen mit 2.000 ehemaligen Goldbergern etwa zwei- bis dreimal so viele Besucher wie erwartet.<sup>134</sup> Sie waren zum Teil von weit her und sogar aus der „Ostzone“ angereist.<sup>135</sup> Da in Solingen nicht genügend Übernachtungsgelegenheiten für diese hohe Anzahl an Teilnehmern vorhanden waren, wurden manche Goldberger bei Solinger Familien untergebracht, woraus sich auch Freundschaften entwickelt haben sollen. Aus einem Artikel in der „Rheinischen Post“ zum Goldberger Heimattreffen 1956 geht jedoch hervor, dass die Bereitschaft der Einwohner Solingens zur Aufnahme von Goldbergern lange eher gering war, obwohl die Stadt viel Werbung dafür machte und zudem eine kleine finanzielle Entschädigung garantierte.<sup>136</sup> Inwiefern das auf eine mangelnde Akzeptanz der Patenschaft durch die Einheimischen hinweist oder sogar für Vorurteile derselben gegenüber den sogenannten „Fremden aus dem Osten“ spricht, soll dahingestellt bleiben.<sup>137</sup> Wie bereits erwähnt, kann dies im Rahmen dieser Arbeit nicht umfassend behandelt werden, da sonst deren Rahmen gesprengt würde. Fest steht jedenfalls, dass außer einigen Solinger Honoratioren kaum Bürger der Stadt zu den Heimattreffen kamen, obwohl für diese zuvor in allen lokalen Zeitungen geworben wurde. Die vertriebenen Goldberger hingegen erschienen auch zu den darauf folgenden Treffen in großer Zahl, 1958 waren es bereits 2.500, 1961, anlässlich der 750-Jahr-Feier der Stadt Goldberg, kamen sogar 3.000 Gäste.<sup>138</sup> Diese hohe Beteiligung beindruckt auch deshalb, weil in Solingen kein geeigneter Versammlungsraum zur Verfügung gestellt werden konnte. 1957 war die Stadthalle, der einzige Raum mit ausreichendem Fassungsvermögen, abgebrannt und die Neuerrichtung einer geeigneten Alternative dauerte bis 1963. Deshalb wurden Heimatkreistreffen verschoben und ein-

---

132 Aktennotiz vom 02.05.1955 über ein Gespräch (ohne Datumsangabe) zwischen dem Presse- und Verkehrsamt (Heinz Sinne) und dem Heimatkreisvertrauensmann Otto Brandt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4879.

133 Vgl. Aufstellung des Amts für Informations- und Wirtschaftsförderung (ohne Datums- oder Autorenangabe) zum Zweck der Vorbereitung der Sitzung eines Ad-hoc-Arbeitskreises „Patenschaft Goldberg“ vom 04.09.–06.09.1975. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31187.

134 Die Besucherzahlen sind einsehbar in: Aufstellung des Amts für Informations- und Wirtschaftsförderung (ohne Datums- oder Autorenangabe) zum Zweck der Vorbereitung der Sitzung eines Ad-hoc-Arbeitskreises „Patenschaft Goldberg“ vom 04.09.–06.09.1975. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31187.

135 Vgl. Schreiben des Presse- und Verkehrsamts (Heinz Sinne) an die ehemalige Goldbergerin Dorothea Jehn vom 28.4.1956. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4896. Darin wird die finanzielle Unterstützung für Besucher aus der „Ostzone“ abgelehnt, da schon die Anreise einer 40 Personen umfassenden Reisegruppe aus Berlin, auch mit Personen aus der „Ostzone“, komplett übernommen würde. Weite Anreisewege hatten beispielsweise Goldberger aus Cuxhaven, München und dem Schwarzwald; siehe Gerhard Berting: Die Leistungen der Stadt Solingen, S. 11.

136 Sind die Solinger weniger gastfreundlich?. Aus: Rheinische Post, 28.05.1956. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4896.

137 Irritierend ist beispielsweise auch ein Artikel in dem KPD-Publikationsorgan „Freies Volk“, das bald danach illegal wurde, mit dem Titel: „Menschen wie du und ich. Die Goldberger trafen sich in ihrer Patenstadt – Bekenntnis zu Frieden und Einheit“. Aus: Freies Volk vom 05.06.1956. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4896. Darin heißt es unter anderem: „In der Stadt fielen die Teilnehmer durch ihr weißes Bändchen am Rockaufschlag auf. Ansonsten sahen sie genau aus wie wir alle.“

138 Die Besucherzahlen sind einsehbar in: Aufstellung des Amts für Informations- und Wirtschaftsförderung (ohne Datums- oder Autorenangabe) zum Zweck der Vorbereitung der Sitzung eines Ad-hoc-Arbeitskreises „Patenschaft Goldberg“ vom 04.09.–06.09.1975. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31187.

mal, 1961, fand das Heimattreffen provisorisch in einem Zelt statt.<sup>139</sup> Das Abhalten der Treffen wurde jedoch nie infrage gestellt.

Alle Heimattreffen des ersten Jahrzehnts der Patenschaft hatten einen ähnlichen Ablauf und fanden, auf zwei Tage verteilt, an einem Wochenende statt. Samstags wurde ein „gemütliches Beisammensein“ der Goldberger, manchmal auch nach einzelnen Orten oder Gruppen wie Schulen oder Vereinen unterteilt, organisiert. Darauf gab es folkloristische Unterhaltung beispielsweise in Form von Darbietungen durch Gesangsvereine oder Tanzgruppen, zum Teil mit schlesischem, aber auch mit bergischem Bezug. Tags darauf fanden Gottesdienste statt und es gab eine große Kundgebung, bei der von Ehrengästen wie Prof. Dr. Will-Erich Peuckert (1955) oder Dr. Herbert Hupka (1966 und 1970)<sup>140</sup> und Solinger Honoratioren Reden gehalten wurden. Man konnte auch an Fahrten in die Umgebung teilnehmen, um das „Patenland“ besser kennenzulernen, oder die Goldberg-Stube im Stadtarchiv besichtigen.<sup>141</sup> Organisiert wurden die Treffen federführend vom Presse- und Verkehrsamt, wobei zur inhaltlichen Gestaltung und zum Teil auch zur personellen Besetzung die Landsmannschaft Schlesien, Ortsgruppe Solingen, und der Heimatkreisvertrauensmann zu Rate gezogen wurden. Gerade wenn man die Zusammensetzung des Organisationsteams betrachtet, stellt sich die Frage, welchem Zweck die Heimattreffen eigentlich dienten. Da diese Frage jedoch stark mit den Zielen der Patenschaft insgesamt verbunden ist – schließlich waren die Treffen die Herzstücke derselben –, soll dem Zielaspekt ein eigenes Kapitel gewidmet werden. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Patenschaftsarbeit in den ersten zehn Jahren von hohem Engagement aller Beteiligten charakterisiert war und auch aufseiten des Heimatkreises Goldberg beständiges Interesse an ihr gehegt wurde.

---

139 So wurde das Treffen von 1960 auf 1961 verlegt und ein Treffen, das für 1962 geplant war, musste, um wieder in einen abwechselnden Turnus zu den großen Schlesiertreffen zu kommen, auf das Jahr 1963 verschoben werden. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4883, passim, und SG 4894, passim. Vgl. auch Gerhard Berting: Die Leistungen der Stadt Solingen, S. 11.

140 Peuckert als Ehrengast: Aktennotiz des Presse- und Verkehrsamts (ohne Autorengabe) vom 29.07.1955. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4879; Hupka als Ehrengast: Schreiben des Presse- und Verkehrsamts (Heinz Sinne) an den Heimatkreisvertrauensmann Johannes Thiel vom 16.11.1965. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4901. Darin wurden Bedenken geäußert, dass Hupka als „prononcierter Vertriebenenpolitiker“ womöglich nicht geeignet sei für die unpolitischen Goldberger Heimattreffen. Diese Bedenken wurden jedoch später vom örtlichen Leiter der Kreisgruppe des BDV Drutschmann zerstreut, der meinte, „ein solcher Mann habe auch die Fähigkeit und den Willen, den Tenor seiner Ausführungen der Gelegenheit entsprechend zu halten“; vgl. Protokoll der Vorbesprechung für das 6. Goldberger Heimattreffen in Solingen am 11. und 12.06.1966 vom 12.11.1965. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4901. Zu Herbert Hupka als Ehrengast im Jahr 1970 vgl. Aufstellung des Amts für Informations- und Wirtschaftsförderung (ohne Datums- oder Autorengabe) zum Zweck der Vorbereitung der Sitzung eines Ad-hoc-Arbeitskreises „Patenschaft Goldberg“ vom 04.09.–06.09.1975. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31187.

141 Zur Ausgestaltung der ersten Patenschaftstreffen vgl. Gerhard Berting: Die Leistungen der Stadt Solingen, S. 11.

## 2.4 Die Ziele von Patenschaft

Gerade die Zielsetzung der Patenschaften wurde bereits seit den Anfängen des Patenschaftswerks von „ostzonalen Machthabern“<sup>142</sup> sowie aus bundesrepublikanischen linken Kreisen<sup>143</sup> stark kritisiert. Man warf den Patenschaften Revanchismus beziehungsweise Revisionismus vor. Es erscheint daher von hoher Bedeutung, die Frage nach den tatsächlichen Zielen der Patenschaft zu klären. Zudem kann, ohne die frühen Ziele der Patenschaftsarbeit zu kennen, auch ihre spätere Entwicklung nicht verstanden werden.

Ausschlaggebend für die Übernahme von Patenschaften scheint ein Punkt zu sein, den Christoph Thüer in der Folge nennt: „Es hatte sich gezeigt, dass es eigentlich nicht möglich und politisch sogar schädlich war, den Vertriebenen Möglichkeiten vorzuenthalten, ihr Sonderbewusstsein zu artikulieren[,] und in der Vertriebenenpolitik allein auf eine Strategie der Assimilation zu setzen.“<sup>144</sup> Thüer meint weiterhin, dass Patenschaften durchaus „mehrdimensionale Ansprüche“ hatten und sowohl zur politischen Befriedigung als auch zur Integration der Vertriebenen beigetragen hätten.<sup>145</sup> Auch Jochen Walter erkennt in der Zielsetzung des Patenschaftswerks mehrere Teilkomponenten: eine *strukturelle*, eine *seelische*, eine *soziale*, eine *kulturelle*, eine *heimatrechtliche*, eine *politische*, eine *christliche* und eine *informativ* Komponente.<sup>146</sup> Das Leitmotiv all dieser Faktoren sei dabei die Integration der Vertriebenen gewesen.<sup>147</sup> Als wichtig habe man erachtet, den Flüchtlingen und Vertriebenen „Sammel- und Mittelpunkte“ zu bieten, an denen sie ihre sozialen Kontakte pflegen konnten.<sup>148</sup> Die dadurch eingerichtete *strukturelle* Komponente „Ersatzheimat“ habe die Vertriebenen *seelisch* dabei unterstützen sollen, den Schmerz über den Verlust der eigenen Heimat zu bewältigen, was besonders für die Erlebnisgeneration<sup>149</sup> bedeutend gewesen sei. Hilfestellung sei für diesen Kreis auch in materieller und *sozialer* Hinsicht geleistet worden, zum Beispiel durch Erholungsfahrten für Kinder und Paketaktionen in die alte Heimat, wie auch Solingen sie durchführte. Die *kulturelle* Komponente äußerte sich in der Pflege des ostdeutschen Kulturgutes des „Patenkindes“. Dieser Faktor sei unter anderem deshalb wichtig gewesen, weil diese Demonstration der Kulturleistung den Vertriebenen

142 Vgl. Statistisches Amt der Stadt Solingen (Hg.): Verwaltungsbericht der Stadt Solingen vom 01. April 1949 bis 31. Dezember 1966. Solingen: [Eigendruck] o. D., S. 22.

143 Georg Herde: Unverändert auf Revisionskurs. „Ostdeutsche Kulturarbeit“ der Vertriebenenverbände und Patenschaftspolitik von Ländern, Städten und Gemeinden der Bundesrepublik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Monatszeitschrift, 26. Jahrgang, Heft 1, 1981, S. 48-56, hier S. 48 (Herde gilt als linksradikal und war Autor zahlreicher vertriebenenfeindlicher Propaganda. Daneben war er auch Herausgeber der oben zitierten „Blätter für deutsche und internationale Politik“; vgl. Matthias Stickler: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 18).

144 Christoph Thüer: Die Patenschaft Recklinghausen-Beuthen O.S., S. 30. Ähnlich auch bei Heinrich von zur Mühlen: Leistung und Förderung im Wechselspiel. Drei Jahrzehnte Patenschaften in der Bundesrepublik Deutschland. In: Der gemeinsame Weg, Heft 17, März 1980, S. 7-9, hier S. 8.

145 Christoph Thüer: Die Patenschaft Recklinghausen-Beuthen O.S., S. 29ff.

146 Vgl. Jochen Walter: Zwischen Identitätsbewahrung und Völkerverständigung, S. 337. Zu den Zielkomponenten der Patenschaften auch im Folgenden vgl. ebenda, S. 337-339.

147 Ebenda, S. 337. Auch bei Hans-Werner Retterath findet sich eine ähnliche Annahme der Zielsetzung von Patenschaften, vor allem mit einem Hinweis auf die Verbindung zwischen Kultur und Integration; vgl. Hans-Werner Retterath: Von der Ablehnung zum Engagement? Einstellungen von Vertriebenen und Aussiedlern zu kommunalen Partnerschaften mit dem östlichen Europa vor und nach der politischen Wende. In: Ders. (Hg.): Kommunale Partnerschaften zwischen West und Ost. Referate der Tagung des Johannes-Künzig-Instituts für ostdeutsche Volkskunde vom 7. bis 9. November 2007. Freiburg i. Br.: Johannes-Künzig-Institut für ostdeutsche Volkskunde 2009 (Schriftenreihe des Johannes-Künzig-Instituts 11), S. 55-103, hier S. 60.

148 Vgl. hierzu auch Leonore Leonhart: Das unsichtbare Fluchtgepäck, S. 206.

149 Unter Erlebnisgeneration wird in dieser Untersuchung die Generation Deutscher verstanden, die den Verlust der Heimat in den Ostgebieten unmittelbar miterlebt haben, sei es als Erwachsene oder als Kinder.

Selbstbewusstsein gegeben und auch den Vorurteilen der Einheimischen entgegenwirkt haben soll. Die *heimatrechtliche* und *politische* Komponente sieht Walter darin, dass in vielen Patenschaften schon in den Urkunden festgehalten wurde, dass sie das „Bewusstsein der Einheit Deutschlands wachhalten und damit die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, und zwar einschließlich der Ostgebiete, in Frieden und Freiheit vorbereiten“ sollten. Walter meint, dass diese politische Zielsetzung der Patenschaften aber nicht immer gleich stark ausgeprägt gewesen sei. Der Grund für solche Äußerungen sei, dass es in der ersten Nachkriegszeit die Auffassung gegeben habe, die Vertreibung der Deutschen sei nur bis zu einem endgültigen Friedensvertrag akut. Spätestens ab Beginn der 1950er-Jahre, so Walter, konnte davon jedoch keine Rede mehr sein. Den Anspruch des Rechts auf Heimat, den vor allem die in Landsmannschaften organisierten Vertriebenen nach wie vor erhoben, hätten die Patenschaften nicht forcieren können. Walter spricht auch eine *christliche* Zielsetzung der Patenschaften an. Hier nennt er das Beispiel der Patenschaft Fulda-Leitmeritz, welche eine Integration auf christliche Weise befürwortet haben soll, führt diesen Gedanken aber nicht weiter aus. Die letzte Komponente ist *informativer* Art. Durch Patenschaften, so Walter, sei auch die Information der einheimischen Bevölkerung über ihre neuen Nachbarn und deren Kultur gefördert worden, wodurch Vorurteilen der Bevölkerung entgegenwirkt werden sollte. Zusammenfassen lassen sich diese Beobachtungen in einem Zitat von Leonore Leonhart:

„Auf diese Weise konnten sich Sammel- und Mittelpunkte herausbilden, wo die Vertriebenen ihre jeweiligen kommunalen Traditionen in allen möglichen Formen zu pflegen Gelegenheit hatten, auf diese Weise konnte das Gedächtnis an jeden einzelnen der ostdeutschen Orte aufrechterhalten und gleichzeitig das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit zwischen Alt- und Neubürgern einer Gemeinde gestärkt werden.“<sup>150</sup>

In den meisten Punkten stimmen die hier genannten Feststellungen mit den im Zuge dieser Arbeit gemachten Beobachtungen zur Patenschaft zwischen Solingen und Goldberg überein. So fällt auch hier eine Verbindung aus politischer, struktureller, sozialer, kultureller und informativer Komponente auf. Die christliche Komponente spielte allerdings in Solingen, abgesehen von den Gottesdiensten auf den Heimattreffen, keine größere Rolle. Die anderen Faktoren werden jedoch bereits in der Urkunde zur Patenschaftsübernahme am 11. September 1955 angesprochen. Darin heißt es über die Patenschaft:

„[Sie] soll die Verbundenheit bekunden, die Rat und Bürgerschaft der Stadt Solingen allen deutschen Menschen gegenüber empfinden, denen ein unerbittliches Schicksal ihre angestammte Heimat nahm. Den Bürgern seines Patenkreises möchte Solingen eine geistige Heimat sein und ihnen helfen, ihr Volkstum zu wahren, bis eine glückliche Fügung die Heimkehr möglich macht. Als sichtbarer Ausdruck des festen Willens, die kulturellen und politischen Anliegen des Kreises Goldberg zu fördern, wird seinen Vertretern diese Urkunde übergeben.“<sup>151</sup>

Bei diesem Text fällt eines sofort auf: das deutliche Bekenntnis zur Unterstützung der politischen Ziele der vertriebenen Goldberger. Zunächst sollte gesagt werden, dass es für Patenschaftsurkunden in den 1950er-Jahren nicht unüblich war, wenn man in ihnen auch politische Inhalte thematisierte.<sup>152</sup> Der Text der Solinger Urkunde zählt dabei noch zu der eher nüchtern und vorsichtig formulierten Variante. So spricht man bei-

150 Leonore Leonhart: Das unsichtbare Fluchtgepäck, S. 206.

151 Urkunde über die Patenschaft Solingen – Goldberg (Schlesien): Stadtarchiv Solingen, Sign. U 39.

152 Auch Ute Flögel, die spätere Ute Reichert-Flögel, bemerkt, dass in vielen Patenschaftsurkunden eine deutlich politische Zielsetzung geäußert wird: Ute Flögel: Im Bewußtsein der Zusammengehörigkeit. Die ostdeutschen Patenschaften sind nicht eine Sache von gestern. In: Der gemeinsame Weg, Heft 52, Oktober 1988, S. 4-7, hier S. 5.

spielsweise in der Urkunde anlässlich der Patenschaft Gelsenkirchens über Allenstein (Ostpreußen) von 1953 davon, es „möge die Zeit nicht mehr fern sein, dass diese heute mit dem Namen Olsztyn einer polnischen Verwaltung unterworfenen Gebiete wieder zu Deutschland zurückkehren!“<sup>153</sup> Und in der Urkunde zur Übernahme der Patenschaft von Bremervörde über den Kreis Stuhm (Westpreußen) aus dem Jahr 1956 heißt es, dass „der Kreis Bremervörde bekunden [will], daß der heute unter polnischer Verwaltung stehende Kreis Stuhm dennoch ein Bestandteil des gesamten Deutschlands ist und bleibt. Während der Dauer der Fremdherrschaft [...]“.<sup>154</sup> Es wäre aber falsch zu behaupten, dass alle Patenschaftsurkunden einen derartig deutlich politischen Grundtenor aufweisen. In der Patenschaftsurkunde der Stadt Hagen über den Kreis Lyck (Ostpreußen) aus dem Jahr 1955 bestimmt man beispielsweise den Zweck der Patenschaft so:

„Mit der Übernahme möchte die Stadt Hagen den Willen bekunden in ihrer Stadt den aus ihrer Heimat vertriebenen Angehörigen insbesondere des Kreises Lyck eine neue Heimat zu geben. Zugleich möge hierdurch aber auch der einmütige Wunsch seinen Ausdruck finden das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerung des Deutschen Ostens mit den Bürgern unserer Stadt im besonderen Masse zu pflegen und den Gedanken der Bedeutung des Deutschen Ostens für die Gesamtdeutsche Bevölkerung zu bewahren.“<sup>155</sup>

Ein anderes Beispiel liefert die Urkunde der Stadt Weiden über den Heimatkreis Tachau (Böhmen) von 1956. Darin heißt es: „Alle früheren Bewohner der Stadt und des Kreises Tachau sollen in der Max-Reger-Stadt eine seelische Heimstatt und die Möglichkeit der Pflege stammesbrüderlicher Tradition ihrer unvergesslichen Heimat finden.“<sup>156</sup> Spätere Patenschaftsgründungen enthielten in ihren Urkunden, dem Zeitgeist entsprechend, in der Regel keine Hinweise auf politische Motivationen mehr.<sup>157</sup> Zu verstehen sind diese Äußerungen vor allem im zeitlichen Kontext, in dem sie entstanden. Die 1950er-Jahre waren geprägt durch den Kalten Krieg und es gehörte zur „politischen Kultur“ aller demokratischen Parteien der Bundesrepublik, die Grenzregelung an Oder und Neiße nicht als endgültig zu betrachten und auch die Forderungen nach dem Heimatrecht der Vertriebenen zu unterstützen.<sup>158</sup> Ganz im Gegensatz dazu hatte die DDR im Görlitzer Vertrag bereits 1950 die Grenze an Oder und Neiße als endgültig festgelegt. In der Bundesrepublik aber wurde als Zielsetzung sogar im Grundgesetz neben der Wiedervereinigung auch die Rechtsgültigkeit der Grenzen von 1937 festgeschrieben.<sup>159</sup> Einig war man sich darin, dass dieses Ziel nur über friedliche Mittel zu erreichen war und so noch lange Zeit bis zu einer Wiedervereinigung vergehen konnte. Unterstützung dieser Politik fand sich auch bei den Vertriebenen als stärksten Befürwortern des Rechts auf Heimat und Vertretern eines großen Wählerpotenzials. Sie hatten in der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ vom 5. August 1950 auf Rache und Vergeltung in Bezug auf den Verlust der ehemaligen deutschen Ostgebiete verzichtet,<sup>160</sup> aber über die Hälfte der Heimatvertriebenen hielten noch bis in die 1960er-Jahre hinein an ihren Rückkehrabsichten fest.<sup>161</sup> Als Rechtfertigungs-

153 Heinrich von zur Mühlen: Leistung und Förderung, S. 8.

154 Heimatkreis Stuhm in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Rotenburg (Hg.): Heimat, S. 30.

155 Kreisgemeinschaft Lyck e. V. (Hg.): 1955–2005. 50 Jahre Patenschaft Stadt Hagen Westfalen Kreis Lyck Ostpreußen. o. O.: [Selbstverlag] 2005, [unpaginiert, S. 6 nach eigener Zählung].

156 Wolf-Dieter Hamperl: Vertreibung und Flucht aus dem Bezirk Tachau im südlichen Egerland. Bd. 4: Was bleibt. Dokumentation. 50 Jahre Patenschaft der Stadt Weiden in der Oberpfalz über Stadt und Kreis Tachau. 50 Jahre Heimatkreistreffen in Weiden. Altenmarkt: Mediform-GmbH 2006, S. 38.

157 Vgl. Urkunde der Stadt Neuss über den Kreis Rößel. In: Nandani Lynton [Bearb.]: Vertriebene, S. 182.

158 Vgl. Manfred Kittel: Vertreibung, S. 171.

159 Katarzyna Stokłosa: Polen und die deutsche Ostpolitik 1945–1990. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011, S. 95.

160 Der Text der Charta findet sich unter anderem bei Ute Reichert-Flögel: Ostdeutsche Patenschaften, S. 69f.

161 Andreas Kossert: Kalte Heimat, S. 88f.

grund der damaligen Ostpolitik kann gesehen werden, dass im Potsdamer Abkommen 1945 die Grenzregelung an Oder und Neiße einem späteren Friedensvertrag vorbehalten wurde.<sup>162</sup> Es entsprach demnach der Rechtslage, wenn die Endgültigkeit der deutsch-polnischen Grenzen nicht anerkannt wurde. Diese Politik konnte in den 1950er-Jahren im Übrigen deshalb vertreten werden, weil auch die alliierten Westmächte die Grenze an Oder und Neiße nicht offiziell anerkannt hatten.<sup>163</sup> Die Verurteilung der Vertreibung als Unrecht fand überdies einen breiten Konsens in der westdeutschen Bevölkerung, da in den 1950er-Jahren, im Zusammenhang mit der Suche nach einer eigenen Vergangenheit, der deutsche Opferdiskurs – zur Kategorie der Opfer wurden auch die Vertriebenen gezählt – gerade seine Hochphase erlebte. Schon in den 1960er-Jahren aber wurde der nationale Opferdiskurs vom Täterdiskurs abgelöst, die Vertreibung wurde nun als Ursache-Folge-Wirkung gesehen und auf Holocaust und Weltkriegsschuld zurückgeführt.<sup>164</sup> Die Vertriebenen und Flüchtlinge wurden daraufhin nach und nach aus dem Fokus des Opferdiskurses „vertrieben“, und das Interesse an der Vertriebenenthematik nahm dadurch deutlich ab.

Erst mit dem Ende der Adenauer-Regierung im Jahr 1963, als sich die internationale Entspannungspolitik anzudeuten begann, wurde endgültig deutlich, dass eine Revision der Grenzen illusionär geworden war.<sup>165</sup> Die Westintegration der Bundesrepublik hatte Priorität gegenüber der Lösung der „Deutschen Frage“, wie die Thematik rund um eine mögliche Wiedervereinigung damals bezeichnet wurde. Auf die Entwicklung der Politik in den Folgejahrzehnten wird aber noch eingegangen werden. Betrachtet man den Stellenwert der politischen Komponente für die Patenschaft Solingen-Goldberg genauer, so fällt auf, dass diese in den ersten fünfzehn Jahren des Bestehens der Patenschaft zwar präsent, aber von sehr untergeordneter Bedeutung war. Das soll an einem Beispiel veranschaulicht werden: Anlässlich eines Heimattreffens fragte 1963 der für einen Redebeitrag eingeplante Rechtsanwalt und Notar Georg Jaeckel bei der Stadt an, ob diese damit einverstanden sei, wenn er nicht auf politische Themen eingehen würde, da das ohnedies in ausreichendem Maß auf den großen Schlesier-Treffen der Fall sei.<sup>166</sup> Die Antwort des Verwaltungsbeamten Sinne erfolgte drei Tage später. Nach dessen Auffassung gehöre Politik nicht auf Heimatkreistreffen und das habe er auch den bisherigen Festrednern stets mitgeteilt.<sup>167</sup> Stattdessen betonte Jaeckel in seiner Rede dann die Erinnerung an die Heimat vor der Vertreibung. An anderer Stelle wird diese Einschätzung noch einmal ausdrücklich formuliert: „Menschliche Begegnungen mit Freunden und Verwandten stehen im Mittelpunkt, während das Herausstellen der politischen Forderungen den Landsmannschaften und den großen Schlesiertreffen in Köln vorbehalten bleibt.“<sup>168</sup> Die Politik zählte wohl auch für die Besucher der Goldber-

162 Katarzyna Stokłosa: Polen, S. 99.

163 Ebenda, S. 86.

164 Mathias Beer: Verschlussache, Raubdruck, autorisierte Fassung. Aspekte der politischen Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik Deutschland (1949–1989). In: Jiri Pěsek, Roman Holec, Christoph Cornelißen (Hg.): Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945. Essen: Klartext 2005 (Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission 13, Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa 26), S. 369-401, hier S. 400. Vgl. auch Manfred Kittel: Vertreibung, S. 169.

165 Katarzyna Stokłosa: Polen, S. 103.

166 Schreiben des ehemaligen Goldbergers Georg Jaeckel an die „Stadt Solingen“ vom 19.08.1963. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4899.

167 Antwortschreiben des Presse-, Verkehrs- und Werbeamts (Heinz Sinne) an den ehemaligen Goldberger Georg Jaeckel vom 22.08.1963. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4899.

168 Konzept eines Berichts des Presse-, Verkehrs- und Werbeamts (ohne Angabe des Autors) vom 09.10.1964. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4886. Darin heißt es auch, die Landsmannschaften seien zu Unrecht in die Kritik geraten, da sie doch erheblich zur Eingliederung der Vertriebenen beigetragen hätten; auch an anderen Stellen wird immer wieder die politische Neutralität der Heimattreffen betont, so zum Beispiel hier: Schreiben des Presse- und Verkehrsamts (Heinz Sinne) an den Heimatkreisvertrauensmann Johannes Thiel vom 17.10.1960. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4894. Darin schreibt

ger Heimattreffen nicht als entscheidender Grund für ihre Teilnahme. Ein Brief von Willi Langner, der häufig für Unterhaltungsbeiträge engagiert wurde, deutet dies zumindest an. Langner beschwerte sich in seinem Schreiben darüber, dass das Publikum seinen Darbietungen und den politischen Vorträgen seiner Vorredner nicht gefolgt sei, da es mehr mit sich selbst beschäftigt gewesen sei, und deswegen solle man die langen Vorträge lieber streichen.<sup>169</sup> Von der Seite der Stadtverwaltung wurde das in gleicher Weise wahrgenommen, so sprach ein Mitarbeiter des Presse-, Verkehrs- und Werbeamts davon, dass die Heimattreffen den „Charakter von Familienfesten“ tragen würden.<sup>170</sup> Das soll aber nicht heißen, dass Politik überhaupt kein Thema auf den Treffen war. Nicht selten waren es gerade die Ansprachen des Oberbürgermeisters, die politische Aspekte herausstellten. So beschrieb Heinz Dunkel in einer Rede anlässlich des Heimattreffens 1966 den Zweck der Patenschaften folgendermaßen: Sie „sind zugleich eine Mahnung an das angetane Unrecht der Vertreibung, ein Appell an den Sinn für Recht und Gerechtigkeit, aber auch ein Ausdruck der Hoffnung auf eine friedliche Rückkehr mit einem neuen Beginnen im Geiste der Versöhnung und der guten Nachbarschaft.“<sup>171</sup> Wie auch bei diesem Beispiel wurde von den Rednern stets die Friedfertigkeit der Absichten betont. Selbst Herbert Hupka, der, wie bereits erwähnt, als Festredner zum Heimattreffen 1966 eingeladen war, meinte, dass es „kein Zurück zur Stunde Null“ gebe und man die Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn suchen solle.<sup>172</sup> In den Zeitungsartikeln über das Treffen im Jahr 1966 wurde darauf Bezug genommen und man betonte, dass das Treffen insgesamt frei von Revanchismus gewesen sei.<sup>173</sup>

Der politische Aspekt konnte nicht das vordringlichste Ziel der kommunalen Patenschaft in Solingen sowie – mit hoher Wahrscheinlichkeit auch – der Patenschaften anderer kommunaler Gebietskörperschaften sein,<sup>174</sup> denn die Kommunen besaßen keine reale außenpolitische Kompetenz. Alle außenpolitischen Fragen wurden zunächst auf Bundesebene, wenn nicht gar aufgrund des Alliierten Vorbehalts in Bezug auf Gesamtdeutschland durch die Alliierten behandelt und ein eigenmächtiges Vorgehen der Stadtverwaltungen war von daher ausgeschlossen. Selbst auf Landesebene war der Handlungsspielraum nicht viel größer, wie K. Erik Franzen für das Land Bayern feststellt: „Ohne direkte Kontakte zur Tschechoslowakei und ohne die Kompetenz und Zuständigkeit in außenpolitischen Fragen handelte es sich um den Versuch der Bayerischen CSU, Wähler aus dem Milieu der Sudetendeutschen möglichst dauerhaft an sich zu binden.“<sup>175</sup> Eine Bestätigung der Interessen der landsmannschaftlich organisierten Vertriebenen konnte damit ohne das Risiko weiterer Folgen vertreten werden. Dieses Vorgehen ist demnach eher als symbolischer Akt zu sehen, mit Hilfe dessen man das

---

Heinz Sinne, dass die Treffen unpolitisch bleiben sollen, damit dem Vorwurf des Revisionismus keine Nahrung geliefert wird.

169 Schreiben des Moderators der Heimattreffen Willi Langner an das Presse-, Verkehrs- und Werbeamt (Heinz Sinne) vom 15.06.1964. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4900.

170 Schreiben des Presse-, Verkehrs- und Werbeamts (Werner Müller) an einen Dr. Schulz vom 19.09.1963. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4884.

171 Grußwort des Oberbürgermeisters Heinz Dunkel (SPD) auf dem Goldberger Heimattreffen am 12.06.1966. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4901. Ähnlich äußerte sich auch der Oberbürgermeister Otto Voos (CDU) in einem Zeitungsartikel zum Zweck der Patenschaften, darin meint Voos, die Bundesregierung solle weiterhin auf dem Recht auf Heimat beharren und nur bis zu einer Rückkehr würden Patenschaften einen Sammel- und Mittelpunkt für die Goldberger darstellen. Nur für Afrika und Asien? Oberbürgermeister Otto Voos über die Aufgaben der Patenstädte. Aus: Rheinische Post, 26.06.1961. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4898.

172 „Guten Willens zur Versöhnung sein!“. Aus: Solinger Tageblatt, 13.06.1966. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4896.

173 2000 „Patenkinder“ feierten in Solingen ein Wiedersehen. Ausgezeichnete städtische Organisation für Goldberg-Treffen. Aus: Rheinische Post, 13.06.1966. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG. 4896.

174 Auch Andreas Kossert betont, dass Patenschaften nicht vorrangig politischen Zielen dienen; vgl. Andreas Kossert: Kalte Heimat, S. 157.

175 K. Erik Franzen: Der vierte Stamm, S. 442.

Wohlwollen und die Wählerstimmen der Vertriebenen zu gewinnen suchte. Dieser symbolpolitische Faktor sollte allerdings nicht unterschätzt werden, denn auch er diente dem höheren Ziel der Integration. Man zeigte so, dass die Interessen der Vertriebenen wahrgenommen wurden. Die politische Komponente weist hierbei deutliche Parallelen zur sozialen Komponente der Patenschaft auf. Denn auch bei Letzterer waren die Leistungen an die Goldberger eher symbolischer Natur. Die Paketaktionen beispielsweise waren einem kleinen Kreis von in Höchstzeiten etwa 30 Personen vorbehalten und fanden nur einmal im Jahr statt. Dennoch zeigte sich hierbei das Bemühen um eine Wahrnehmung der Vertriebeneninteressen. Gerade die Möglichkeit, sich in Solingen alle zwei Jahre zu versammeln, sah die Stadt als Ausdruck ihrer Verpflichtung, den Goldbergern eine „geistige Heimat“ zu schaffen. Eine soziale Funktion erfüllte auch die kulturelle Komponente der Patenschaft. Indem das Kulturgut der Goldberger in der Heimatstube gesammelt wurde und den Vertriebenen durch die Goldberger Heimatkreistreffen die Möglichkeit geboten wurde, ihre Traditionen zu bewahren, trug die Patenschaft auch dazu bei, dass sich die Goldberger in ihrer „neuen Heimat“ angenommen fühlten. Zumindest für die Landsmannschaft Schlesien scheint die kulturelle Komponente der Patenschaften von besonderem Interesse gewesen zu sein. Alfons Perlick, der, wie erwähnt, Autor einer der wenigen zeitgenössischen wissenschaftlichen Abhandlungen zu Patenschaften ist, äußerte sich auf einer Tagung der Landsmannschaft Schlesien in Goslar im Jahr 1956 dazu wie folgt:

„Da es bei dieser Betreuungsaufgabe darauf ankommt, das geistige Gesicht, den Kulturcharakter der ostdeutschen Gebietskörperschaften zu erhalten, seine einstige nationale Bedeutung und seinen vaterländischen Leistungsbeitrag nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, liegt der Schwerpunkt der übernommenen Patenverpflichtung auf der Traditions- und Kulturpflege.“<sup>176</sup>

Für die Landsmannschaften stellten Patenschaften daher offenbar eine wichtige Basis dar, wobei die Landespatenschaften, bei denen sie direkter Ansprechpartner waren, wohl noch von höherrangigem Interesse waren als kommunale Patenschaften. Abgesehen von der Bedeutung, die der kulturelle Aspekt für die Landsmannschaften hatte, muss auch betrachtet werden, welchen Stellenwert dieser für die Stadt hatte. Schließlich stellte er einen Rechtfertigungsgrund für die Existenz der Patenschaft dar, denn durch ihn leisteten die kommunalen Gebietskörperschaften auf lokaler Ebene einen Beitrag zur Umsetzung des § 96 BVFG.<sup>177</sup> Dieser Paragraph sah vor, dass die Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern und zu erhalten seien. Den Beitrag, den die kommunalen Patenschaften zur Umsetzung des § 96 BVFG leisteten, erkannte im Falle Solingens auch das Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen an. Es wurden Mittel zur Unterstützung der Heimattreffen bewilligt, mit der Begründung, dass diese eine Form der „kulturellen, heimat- und gesellschaftspolitischen Förderungsmaßnahmen für Vertriebene und Deutsche aus der SBZ“ darstellten.<sup>178</sup> Die besondere Betreuung, die den Vertriebenen besonders auf kultureller Ebene zukam, konnte auch den Einheimischen zeigen, dass die Goldberger keine „wilden Barbaren aus dem Osten“ waren. Das erste Heimattreffen 1956 sollte laut Oberstadtdirektor Berting auch dazu dienen, Einheimische und Zugewanderte einander

176 Abschrift der Rede von Alfons Perlick auf einer Tagung der Landsmannschaft Schlesien in Goslar am 09.05.1956 mit dem Titel: „Bedeutung der kulturellen Patenschaftsarbeit“. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4891.

177 Vgl. Georg Simnacher, Ortfried Kotzian: Ostdeutsche Kulturarbeit im vereinten Deutschland. Möglichkeiten und Perspektiven. In: Der gemeinsame Weg, Heft 67, Juli 1992, S. 1-5, hier S. 2. Hier beziehen sich die Autoren zwar auf einen anderen Zeitraum, doch diese Funktion erfüllten Patenschaften auch bisher.

178 Verwendungsnachweis der Stadt Solingen zum Bewilligungsbescheid vom 17.06.1964. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4900.

näherzubringen und den Heimatgedanken zu stärken.<sup>179</sup> So wurden die alteingesessenen Solinger auch in der Folgezeit immer wieder zu den Goldberger Heimatkreistreffen eingeladen. Diese Bemühungen scheinen aber insgesamt nicht von großem Erfolg gekrönt gewesen zu sein. Zumindest wird in einem Zeitungsartikel von 1963 das Ergebnis einer Befragung unter Passanten erläutert, wonach die Hälfte der Befragten noch nie von Goldberg oder der Patenschaft gehört hatte.<sup>180</sup> Das war umso erstaunlicher, als am Tag der Umfrage gerade das Goldberger Heimattreffen mit rund 2.000 Besuchern in Solingen stattfand.

Betrachtet man zusammenfassend die zu den Zielen der Patenschaft gemachten Überlegungen und Erkenntnisse, so lässt sich feststellen, dass in den ersten fünfzehn Jahren die Übergänge zwischen der politischen, sozialen und kulturellen Komponente stets fließend waren. Der politische Aspekt enthielt eine soziale Komponente, die soziale eine kulturelle und die kulturelle wieder eine soziale und politische, darüber hinaus gab es noch weitere Wechselwirkungen. Auf einen Satz heruntergebrochen könnte man sagen, dass sich die Patenschaft in den 1950er- und 1960er-Jahren als Gratwanderung zwischen politischer und sozialer Komponente über das Medium Kultur mit dem Leitziel der Integration darstellte. Dabei waren die Maßnahmen, die zur Umsetzung dieser Ziele ergriffen wurden, vornehmlich symbolische Akte der Solidarität. Die folgenden Jahrzehnte standen unter völlig anderen außen- und innenpolitischen Voraussetzungen, die auch auf das Modell der „west-ostdeutschen Patenschaften“ nicht ohne Einfluss bleiben konnten. Eine von den ersten Jahrzehnten des Patenschaftswerks abgegrenzte Behandlung der Thematik scheint daher angebracht.

---

179 Gruß des Oberbürgermeisters und des Oberstadtdirektors: Ein herzliches Willkommen in der Patenstadt. Aus: Solinger Tageblatt, 02.06.1956. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4896.

180 Es ist schön, ein Patenkind zu haben! Aber eine Reihe von Solingern konnte über Goldberg keine Auskunft geben. Aus: Solinger Tageblatt, 14.09.1963. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4899.

### 3. Die Entwicklung der Patenschaft

#### 3.1 Die 1970er-Jahre – Patenschaft zwischen Rechtfertigungsdruck und Zukunftsplänen

Das Ende der 1960er-Jahre brachte die Bundesrepublik in eine neue geopolitische Lage, denn das Kabinett unter Willy Brandt hatte mit seiner „Neuen Ostpolitik“ die Verständigung mit dem Warschauer Pakt in die Wege geleitet. Das neue politische Konzept sah eine langfristige Annäherung an die Staaten im europäischen Osten vor und gipfelte in den Ostverträgen. Zu diesen zählt auch der Warschauer Vertrag aus dem Jahr 1970, den es hier besonders zu erwähnen gilt, da er mit Polen das Land betrifft, auf dessen Gebiet der größte Teil der deutschen Ostgebiete lag und das damit den Hauptbezugspunkt der Patenschaften darstellt. Im Warschauer Vertrag wurden die Unverletzlichkeit der Grenze an Oder und Neiße und die diesbezügliche Gewaltfreiheit im Sinne der Vereinten Nationen festgeschrieben. Die Endgültigkeit dieser Grenze wurde jedoch nicht verbindlich anerkannt, da die Bundesrepublik aufgrund des Vorbehaltsrechts der Alliierten noch bis 1990 keine volle Souveränität in diesem Bereich besaß.<sup>181</sup> Bei den Vertriebenenverbänden, aber auch aufseiten der CDU, stießen die Verträge dennoch teilweise auf heftige Kritik. Man warf der Regierung vor, deutsche Interessen, respektive die Ostgebiete leichtfertig aufzugeben. An der einmal eingeschlagenen politischen Linie änderte diese Kritik nichts. Für das „west-ostdeutsche Patenschaftswerk“ konnte die infolge der Ostverträge entstandene politische Stimmung nicht ohne Auswirkungen bleiben, stand es doch bisher schon unter Revanchismusverdacht, und nun warf man ihm zudem Entspannungsfeindlichkeit vor.<sup>182</sup> Die Patenschaften gerieten dadurch zunehmend unter Rechtfertigungsdruck vonseiten des polnischen und tschechischen Auslands, aber auch und vor allem von innerdeutscher Seite.<sup>183</sup> Warum fast 30 Jahre nach Kriegsende eine solch intensive Betreuung von Vertriebenen noch notwendig sein sollte, war vielen Zweiflern nicht bewusst, vor allem, da das Interesse an Vertriebenenthemen seit den 1960er-Jahren, wie gezeigt, allgemein nachzulassen begann.<sup>184</sup> Dieses Ausmaß an Kritik am Patenschaftssystem hatte es bisher nicht gegeben, obwohl auch zuvor über den Nutzen der Patenschaften diskutiert worden war. In Solingen beispielsweise hatte schon 1964 Heinz Sinne für sich den Schluss gezogen, dass

„[...] die Assimilation unter den heimatvertriebenen Flüchtlingen so groß [ist], daß man manchmal den Eindruck gewinnt, weite Teile dieses Personenkreises sind an der Patenschaftsarbeit nur noch wenig, um nicht zu sagen, völlig uninteressiert, weil die Heimat durch heutige bessere Lebensverhältnisse in eine schemenhafte Ferne gerückt ist.“<sup>185</sup>

Nach Sinnes Ansicht müsse man das bei den Budgetüberlegungen zur Patenschaft berücksichtigen. Obwohl die Summe der veranschlagten Mittel für die Patenschaften tatsächlich leicht rückläufig war, änderte sich faktisch nichts an der Patenschafts-

181 Zur Geschichte der Souveränität Deutschlands siehe Hanns Jürgen Küsters: Von der beschränkten zur vollen Souveränität Deutschlands. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 17/2005, 25. April 2005, S. 3-9.

182 Henning Schwarz: Die Patenschaften gehen uns alle an. Aus der Sicht des Landes Schleswig-Holstein. In: *Der gemeinsame Weg*, Heft 7 III, 1977, S. 28-29, hier S. 28.

183 Manfred Kittel: *Vertreibung*, S. 139.

184 Manche Patenschaftsträger merkten den ausgeübten Druck deutlich, wie Manfred Kittel am Beispiel Münchens zeigt. Dort wurde bei der Unterstützung sudetendeutscher Anliegen zunehmend Zurückhaltung gezeigt; vgl. Manfred Kittel: *Vertreibung*, S. 138f.

185 Aktennotiz beim Presse- und Verkehrsamt (Heinz Sinne) vom 21.10.1964. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4886.

arbeit.<sup>186</sup> Die Beteiligung an den Heimatkreistreffen war ungebrochen groß, 1961/1963 erreichte sie mit 3.000 Besuchern sogar ihren Höhepunkt. Die Annahme Sinnes hatte sich also nicht bestätigt und so waren auch keine grundlegenden Veränderungen der Patenschaftsarbeit notwendig geworden.

Mit einer der größten Auswirkungen auf die Patenschaften hatte die Politik des „Wandels durch Annäherung“ dadurch, dass von nun an Politik rigoros aus den Programmen der Patenschaften gestrichen wurde.<sup>187</sup> Auch kam es ab Mitte der 1970er-Jahre erstmals zur Gründung von Partnerschaften mit Städten im europäischen Osten.<sup>188</sup> Das Modell der Städtepartnerschaft hatte zuvor bei der Westanbindung, vor allem bei der Gestaltung der Beziehung Westdeutschlands zu Frankreich, gute Erfolge gezeigt und diese sollten nun auf die Aussöhnung mit dem Ostblock übertragen werden.<sup>189</sup> Unter Umständen standen diesen Partnerschaften Patenschaften im Weg, denn der Partner aus dem Ostblock weigerte sich häufig, eine Partnerschaft mit einer Stadt einzugehen, die zugleich eine Patenschaft über die ehemaligen deutschen Bewohner der eigenen Stadt hatte.<sup>190</sup> In solchen Fällen war nicht daran zu denken, die Vertriebenen an der Partnerschaft zu beteiligen. Laut Jochen Walter wären viele Vertriebene dazu jedoch durchaus bereit gewesen, wenn der Partner im Osten die Aufarbeitung der gemeinsamen Vergangenheit angestrebt hätte.<sup>191</sup> Vonseiten der organisierten Vertriebenen wurde laut dem Volkskundler Hans-Werner Retterath aber auch harte Kritik geäußert. Retterath meinte, dass man die Konkurrenz der Partnerschaft fürchtete, auch wenn diese nur indirekt durch die Mittelverteilung erfolgte, und zudem die Landsmannschaften ihre politischen Zielsetzungen durch die Partnerschaften bedroht sahen.<sup>192</sup> In Solingen fand die Idee einer Partnerschaft mit einer Stadt im Bereich des Warschauer Pakts noch keine ausreichende Plattform,<sup>193</sup> in anderen Städten hingegen durchaus. So kamen beispielsweise die Verbindungen Bremen-Gdańsk (früher: Danzig) im Jahr 1976 und Hannover-Poznań (früher: Posen) im Jahr 1979 zustande.<sup>194</sup> Diesen Partnerschaften gingen allerdings keine Patenschaften voraus und so musste hier kein erhöhtes Konfliktpotenzial überwunden werden. Insgesamt waren Partnerschaftsverhandlungen jedoch aufgrund der ideologischen Unterschiede äußerst schwierig.<sup>195</sup> Die Partnerschaftsverhandlungen zwischen der Stadt Goslar und Brzeg (früher: Brieg) beispielsweise scheiterten 1975 schon nach dem ersten Besuch einer Delegation aus Goslar.<sup>196</sup> Der Trend zu West-Ost-Partnerschaften setzte sich so erst in den 1980er-Jahren und vor allem nach 1990, als die politischen Gegensätze schwanden, richtig

186 Ab dem Jahr 1960 wurden die folgenden Mittel für die Patenschaftsarbeit veranschlagt: 6.000 DM (1960); 6.000 DM (1961); 4.000 DM (1962); 12.000 DM (1963); 12.000 DM (1964); 3.000 DM (1965); 8.000 DM (1966); 3.000 DM (1967); 9.500 DM (1968); 1.300 DM (1969); 9.500 DM (1970). In: Haushaltssatzungen und Haushaltspläne der Stadt Solingen für die Rechnungs-/Haushaltsjahre 1960 bis 1970. Einsehbar unter: Stadtarchiv Solingen, Sign. IV A 7. Da nur alle zwei Jahre Heimatkreistreffen abgehalten wurden, wechselt die Höhe des Budgets erheblich in zweijährigem Turnus. 1963 und 1964 wurden entgegen dieser Regel zwei Heimattreffen abgehalten, da zuvor aufgrund des Brands der Stadthalle ein Treffen ausgefallen war.

187 In den Fällen, in denen das nicht gelang, wie Kittel am Beispiel Warendorf-Reichenbach und Grottkau zeigt, führte das langfristig zum Ende der Patenschaften; vgl. Manfred Kittel: Vertreibung, S. 141.

188 Johannes Hoffmann: Von Patenschaften zu Partnerschaften, S. 328.

189 Vgl. ebenda.

190 Jochen Walter: Zwischen Identitätsbewahrung und Völkerverständigung, S. 342. Vgl. auch Manfred Kittel: Vertreibung, S. 139.

191 Jochen Walter: Zwischen Identitätsbewahrung und Völkerverständigung, S. 342.

192 Hans-Werner Retterath: Von der Ablehnung zum Engagement?, S.72.

193 Laut Protokoll einer Sitzung des Ältestenrates von 1976 würden Partnerschaften mit Orten im Bereich des Warschauer Pakts abgelehnt, da mit diesen kein Austausch möglich sei, den Einwohnern der Partnerorte nicht geholfen werden könne und zudem Solingen bereits ausreichend Partnerschaften eingegangen sei und eine weitere finanzielle Belastung nicht vertreten werden könne. Vgl. Protokoll der 5. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Solingen am 18.12.1976. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. ZZ Abl. Sta. 13, Nr. 588.

194 Johannes Hoffmann: Von Patenschaften zu Partnerschaften, S. 324.

195 Manfred Kittel: Vertreibung, S. 140.

196 Hans-Werner Retterath: Von der Ablehnung zum Engagement?, S. 73.

durch. Dennoch schienen bereits zu diesem Zeitpunkt die Zeichen der Zeit mehr für Partnerschaften als für Patenschaften zu sprechen.

Wie ging man in Solingen mit dem Rechtfertigungsdruck, unter dem das Patenschaftswerk allgemein stand, um? Der Betreuer der Patenschaftsarbeit Heinz Sinne schilderte in einem Brief von Dezember 1971 dem Heimatkreisvertrauensmann Hanns-Ulrich Pusch seine Sorgen in Bezug auf die weitere Entwicklung der Patenschaft. Ihn selbst würden die ergreifenden Briefe von dankbaren Goldbergern aus Schlesien<sup>197</sup> zum engagierten Fortführen der Patenschaft motivieren, aber auch er merke den deutlichen Druck, der auf der Patenschaft laste.<sup>198</sup> In einem anderen Schreiben an Pusch, etwa ein Jahr später, wurden die Bedenken der Stadtverwaltung noch einmal deutlich gemacht und auch die möglichen Konsequenzen der politischen Entwicklungen aufgezeigt. So heißt es dort, die Goldberger Heimattreffen seien zwar bisher immer betont unpolitisch, man müsse nun aber dennoch mit Kritik, vor allem an den Kosten der Patenschaft, rechnen. Zwar würden die hohen Besucherzahlen im Jahr 1970 das Abhalten der Goldberger Heimattreffen noch rechtfertigen, aber man fürchte doch, dass die Resonanz aufgrund des momentanen öffentlichen Meinungsbilds bald nachlassen könne.<sup>199</sup> Im Vergleich zum Jahr 1961, als etwa 3.000 Besucher das Treffen aufgesucht hatten, war das Heimattreffen im Jahr 1970 wesentlich weniger stark frequentiert. Mit der Anreise von 1.500 ehemaligen Goldbergern wurde nur die Hälfte der Besucherzahl von vor zehn Jahren erreicht.<sup>200</sup> Der Rückgang der Teilnehmerzahl spricht durchaus dafür, dass hier die zunehmende Meidung des Themas Flucht und Vertreibung sowie die fortschreitende Eingliederung der Vertriebenen ihren Niederschlag fanden. Die rückläufige Tendenz kann zum Teil aber auch darauf zurückgeführt werden, dass nicht alle Goldberger regelmäßig an den Treffen teilnahmen. Manche kamen nur einmal, knüpften in Solingen an frühere Kontakte an und trafen sich von da an privat, als Einzelpersonen oder in kleineren Gruppen, mit den neuen, alten Bekannten. Der Stadt Solingen schien die Anzahl von 1.500 Besuchern jedenfalls noch hoch genug zu sein, um an den Goldberger Heimattreffen auch weiterhin festzuhalten. Im Unterschied zu bisher wurden mit der offiziellen Begründung, dass die Goldberger sich auf den Treffen unterhalten wollten und längere Beiträge dabei störten, jedoch ab 1972 keine Festredner mehr eingeladen.<sup>201</sup> Dadurch wurde auch verhindert, dass die Festreden für politische Ansprachen genutzt wurden. Die Patenschaftstreffen wurden also beibehalten und in nur wenigen Punkten eingeschränkt, andere Leistungen der Patenschaft hingegen wurden offensichtlich gekürzt und das bereits Anfang des Jahrzehnts. Ab 1970 wurden endgültig keine Auskünfte mehr zur Heimatkartei erteilt, man verwies lediglich auf die Parallelkartei in Wolfenbüttel.<sup>202</sup> Außerdem erhielten die wenigen „bedürftigen“ ehemaligen Bewohner Goldbergs in der Bundesrepublik Deutschland im

197 Einige Dankeschreiben aus den 1970er-Jahren (1973–1978) finden sich in: Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31189, passim.

198 Schreiben des Presse- und Verkehrsamts (Heinz Sinne) an den Heimatkreisvertrauensmann Hanns-Ulrich Pusch vom 21.12.1971. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31220.

199 Vgl. Konzept eines Schreibens des Amts für Informations- und Wirtschaftsförderung (ohne Autorenangabe) an den Heimatkreisvertrauensmann Hanns-Ulrich Pusch vom 23.11.1971. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31220.

200 Zur Entwicklung der Besucherzahlen von 1955 bis 1975: 300 (1955); 2.000 (1956); 2.500 (1958); 3.000 (1961); 3.000 (1963); 2.500 (1964); ? (1966); 2.000 (1968); 1.500 (1970); 1.500 (1972); 1.500 (1974); vgl. Aufstellung des Amts für Informations- und Wirtschaftsförderung (ohne Datums- oder Autorenangabe) zum Zweck der Vorbereitung der Sitzung eines Ad-hoc-Arbeitskreises „Patenschaft Goldberg“ vom 04.09.–06.09.1975. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31187.

201 Schreiben des Amts für Informations- und Wirtschaftsförderung (i. A. Heinz Sinne) an die Landmannschaft Schlesien (Bundesgeschäftsführung) vom 23.02.1972. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 12928.

202 Aufstellung des Amts für Informations- und Wirtschaftsförderung (ohne Datums- oder Autorenangabe) zum Zweck der Vorbereitung der Sitzung eines Ad-hoc-Arbeitskreises „Patenschaft Goldberg“ vom 04.09.–06.09.1975. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31187. Zu erwähnen ist auch, dass die Heimatkartei seit den 1960er-Jahren im Stadtarchiv Solingen aufbewahrt wurde, das genaue Datum der Übergabe wurde allerdings nicht festgehalten.

Winter 1970 zum ersten Mal kein Weihnachtsgeld, sondern lediglich einen Kalender.<sup>203</sup> Der Weihnachtsgruß bereitede dem Amt für Informations- und Wirtschaftsförderung, wie das Presse- und Verkehrsamt seit 1966 hieß, zudem im Winter 1970 erstmals Kopfzerbrechen. Man meinte, den „Stimmungshintergrund der Verhandlungen in Warschau mit einbeziehen zu müssen“, und fragte deshalb beim Heimatkreisvertrauensmann an, ob dieser nicht einen Vorschlag habe, wie man mit diesem schwierigen Thema umgehen solle.<sup>204</sup> In einem Entwurf zum Weihnachtsgruß hieß es dann schließlich:

„In diesen Wochen [...] macht eine frei gewählte deutsche Regierung den Versuch, zu einer Aussöhnung mit den Nutznießern der Vertreibung zu kommen. [...] Über den Weg zum Frieden darf und muß in einer Demokratie gestritten, legale Mehrheitsentscheidungen aber müssen auch von denen anerkannt werden, die anderer Meinung waren.“<sup>205</sup>

Die große Politik wurde in Solingen, zu diesem Zeitpunkt unter Leitung eines Oberbürgermeisters aus der SPD, im Kleinen vertreten. Revisionistischen Tendenzen sollte in der Patenschaft kein Podium mehr geboten werden, wenn dieses überhaupt je bestanden hatte. Inwiefern diese Klarstellung für die Goldberger nötig gewesen war, kann an dieser Stelle nicht beurteilt werden. Sieht man sich eine Aussage des Heimatkreisvertrauensmanns von 1975 an, so fällt auf, dass dieser, obwohl Mitglied der Landsmannschaft Schlesien, ebenfalls sehr realpolitische Ansichten vertrat:

„Wir sind im Jahre 1975 keine Illusionisten. Jedoch sind wir dankbar dafür, daß die Patenschaft, die Solingen uns gewährt, uns Rückhalt gibt bei jeder Wiederbegegnung mit unserer Heimat, die wir als Touristen, als Gäste auch der nun dort angesiedelten, der dorthin umgesiedelten Bevölkerung besuchen können und besuchen, so oft das möglich ist.“<sup>206</sup>

An einem Beispiel soll gezeigt werden, dass die Patenschaft Solingens intern dennoch zunehmend infrage gestellt wurde. So wurde 1974 überlegt, ob die Patenstadt Goldberg auf einer geplanten Hinweistafel zu Partnerschaften am Ortseingang genannt werden sollte, was in den 1960er-Jahren wohl noch selbstverständlich gewesen wäre. Außerdem fragte man sich in Solingen schon 1973, ob für die Patenschaft noch etwas „getan werden könne und müsse“.<sup>207</sup> Diese Erwägung war im Zusammenhang mit Gesprächen über den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 1974 zur Sprache gekommen, die Mittel für die Patenschaft wurden aber dennoch wieder bereitgestellt.<sup>208</sup> So zeigte

203 Schreiben des Amtes für Informations- und Wirtschaftsförderung (Heinz Sinne) an Firma Alimex vom November 1970 (genaues Datum fehlt). Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31220.

204 Schreiben des Presse- und Verkehrsamts (Heinz Sinne) an den Heimatkreisvertrauensmann Hanns-Ulrich Pusch vom 03.11.1970. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31220.

205 Entwurf des Weihnachtsgrußes (ohne Angabe des Autors) vom 11.11.1970. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31220.

206 Abschrift der Ansprache des Heimatkreisvertrauensmanns Hanns-Ulrich Pusch bei der Übergabe einer Erinnerungsgabe an den Oberbürgermeister Otto Voos am 05.09.1975. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31187. Ähnlich hatte sich Pusch bereits 1972 geäußert, als er in einem Radiobeitrag davon sprach, dass es auf den Solinger Heimattreffen keinerlei Bedürfnisse für politische Diskussionen gebe: vgl. Textform eines Radiobetrags von Hanns-Ulrich Pusch in der Sendung „Alte und neue Heimat“, ausgestrahlt am 23.09.1972 um 13.45 Uhr beim Sender NDR. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 12928.

207 Auszug aus der Verwaltungskonferenz der Stadt Solingen vom 05.11.1974. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 1936.

208 Andere Patenschaften hatten in den 1970er-Jahren dagegen durchaus unter Mittelkürzungen zu leiden, so gezeigt von Geerd Bellmann am Beispiel der Patenschaft des Kreises Rendsburg-Eckernförde über den Kreis Gerdauen. Vgl. Geerd Bellmann: Die Patenschaft. 50 gemeinsame Jahre. Festansprache anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Patenschaft Kreis Gerdauen – Kreis Rendsburg-Eckernförde am 12. Oktober 2003 in Rendsburg. In: Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen e. V. (Hg.): 50 Jahre Patenschaft. Sonderband des Heimatbriefes Kreis Gerdauen, Nr. 34, Dezember 2004. Husum: Husum Druck- und Verlagsgesellschaft, S. 131-144, hier S. 139.

sich anhand der veranschlagten Gelder nicht, dass die Patenschaft ernsthaft hinterfragt wurde. Zumindest blieb die Summe der zur Verfügung gestellten Mittel über das gesamte Jahrzehnt relativ stabil. Bis 1974 stieg sie im Vergleich zu den Vorjahren sogar leicht an.<sup>209</sup> Ebenso wurden kleinere Maßnahmen im Rahmen der Patenschaft weiter fortgeführt. Man stiftete zum Beispiel eine Kachel für ein Personenschiff mit dem Namen „Schlesien“<sup>210</sup> und unterstützte auch weiterhin die Herausgabe von Publikationen zum Kreis Goldberg.<sup>211</sup> Diese Leistungen erkannten wohl auch die vertriebenen Goldberger als besondere an und sie schienen mit der Patenschaftsarbeit auch weiterhin einverstanden zu sein. Der Heimatkreisvertrauensmann äußerte sich beispielsweise folgendermaßen über das Heimattreffen im Jahr 1974: „Das Solinger Ereignis hob sich großartig ab von aller routinemäßigen Pflichtübung“.<sup>212</sup> Hier hört man deutlich die Kritik an anderen, wohl weniger geförderten und dadurch ruhenden Patenschaften heraus. Auch Herbert Hupka schickte anlässlich des Heimattreffens 1976 ein Telegramm an Hanns-Ulrich Pusch, in dem er diesem auftrug, seine Glückwünsche zu der vorbildlichen Patenschaft auszurichten.<sup>213</sup> Vonseiten der Stadt nahm man dennoch wahr, dass es der Patenschaft an neuen Impulsen fehlte, die notwendig waren, wenn man die Verbindung auch langfristig erhalten wollte. Im September 1975 wurde deshalb eine Delegation von ehemaligen Goldbergern nach Solingen eingeladen, um mit ihnen die Möglichkeit einer Neugestaltung der Patenschaft zu besprechen. Zur Begrüßung hielt der Oberbürgermeister Solingens Otto Voos eine Rede, bei der er in Aussicht stellte, dass Solingen zu einer „Sammelstelle historisch-kultureller Dokumente des Kreises Goldberg“ und auch der Leistungen, die die Goldberger in der Bundesrepublik vollbrachten, werden könne, wenn die Goldberger dazu beitragen würden.<sup>214</sup>

Die starke Betonung des kulturellen Aspekts war wohl einer der Trends, die das Patenschaftswerk allgemein seit den 1970er-Jahren charakterisierten.<sup>215</sup> Der Ad-hoc-Arbeitskreis erarbeitete aber noch andere Vorschläge, durch die man die Patenschaft Solingen-Goldberg wieder neu beleben wollte: 1. die Beteiligung der Goldberger an der Patenschaft sollte größer werden, 2. die zunehmende Zuwanderung von Aussiedlern, auch aus Schlesien, könnte eine stärkere Betreuung derselben im Rahmen der Patenschaft rechtfertigen, 3. die Begegnungen zwischen jungen Menschen aus Ost und West sollten gefördert werden und man wollte westdeutsche Bürger bei Reisen nach Polen unterstützen. Nur einer der genannten Punkte, die Aussiedlerbetreuung, wurde in der Folgezeit angegangen. Diesem Punkt kam in den 1970er-Jahren vor allem dadurch, dass die Entspannungspolitik eine Migrationswelle von Aussiedlern aus dem Ostblock auslöste, allgemein eine hohe Bedeutung zu. Bestätigung fand das Solinger

209 Laut den Haushaltsplänen der Stadt Solingen wurden veranschlagt: 9.500 DM (1970); 1.300 DM (1971); 12.000 DM (1972); 2.000 DM (1973); 12.000 DM (1974); 3.500 DM (1975); 12.000 DM (1976); 3.500 DM (1977); 12.000 DM (1978); 3.500 DM (1979); 12.000 DM (1980).

210 Schreiben des Amtes für Information und Wirtschaftsförderung (Jürgen Nieswand) an die Bundesgeschäftsführung der Landsmannschaft Schlesien vom 22.03.1974. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31186.

211 So zum Beispiel: „Erinnerungen an ein schlesisches Dorf“ von Richard Groke; siehe Schreiben des Amtes für Information und Wirtschaftsförderung (Heinz Sinne) an Richard Groke vom 26.01.1971. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31221.

212 Verwendungsnachweis der Stadtverwaltung Solingen zum Bewilligungsbescheid des Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 23.10.1974. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31192. Auch 1975 hatte der Heimatkreisvertrauensmann Pusch sich für die bisher vorbildliche Patenschaftsarbeit bei der Stadt bedankt, siehe Ansprache des Heimatkreisvertrauensmanns Hanns-Ulrich Pusch bei der Übergabe einer Erinnerungsgabe an den Oberbürgermeister Otto Voos am 05.09.1975. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31187.

213 Telegramm des Präsidenten der Landsmannschaft Schlesien und MdB Herbert Hupka an den Heimatkreisvertrauensmann Hanns-Ulrich Pusch (genaue Datumsangabe fehlt, wohl am 29. oder 30.05.1976). Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31194.

214 Rede des Solinger Oberbürgermeisters Otto Voos anlässlich des Empfangs eines Ad-hoc-Arbeitskreises Patenschaft Goldberg am 04.09.1975. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31187.

215 Kurt Schebesch: Auf die Zukunft ausgerichtet. Patenschaften und Partnerschaften – zwei aktuelle Themen. In: Der gemeinsame Weg, Heft 12 IV, 1978, S. 5-9, hier S. 7.

Vorhaben so auch auf Landesebene. In einem Schreiben des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 1977 wird erläutert, dass Patenschaften in den letzten Jahren aktiv oder notleidend gewesen seien, dass sie nun aber weitergeführt werden sollten, um den Aussiedlern die Eingliederung zu erleichtern. Das hätten die Patenschaften schließlich bereits bei der „Neubeheimatung“ der Ostdeutschen leisten können.<sup>216</sup> Konkret bedeutete das im Fall Solingen, dass man sich darum bemühte, möglichst viele der insgesamt wenigen Aussiedler aus dem Kreis Goldberg/Złotoryja in die Klingenstadt zu holen, und zu diesem Zweck für die Aussiedler sogar Besichtigungsfahrten nach Solingen organisierte.<sup>217</sup> Man informierte die Aussiedler im Übergangslager Unna-Massen außerdem über die Möglichkeiten, die die Stadt Solingen ihnen bieten konnte. Anscheinend hatte die Maßnahme Erfolg, denn die Zahl der Einweisungen von Aussiedlern nach Solingen soll sich im Jahr 1976 im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt haben.<sup>218</sup> Viel weiter schien die Betreuung der Aussiedler im Rahmen der Patenschaft allerdings auch nicht gegangen zu sein, zumindest finden sich hierfür keine Anhaltspunkte. Viele, vor allem junge Aussiedler aus Polen, konnten aufgrund der Polonisierungspolitik und der Unterdrückung der deutschen Minderheit im Herkunftsland die deutsche Sprache nicht und hatten vielfach auch keine enge Beziehung zur ostdeutschen Kultur mehr. In Deutschland wurden sie dadurch als Polen angesehen, wohingegen zuvor in Polen ihr Deutschtum kritisiert worden war.<sup>219</sup> Das könnte mit dazu beigetragen haben, dass die Aussiedler nicht für die Patenschaftsarbeit gewonnen werden konnten. So lässt sich insgesamt feststellen, dass in Solingen keine neuen Maßnahmen der Patenschaftsarbeit begründet wurden, eher stagnierte die Patenschaft auf dem Stand, den sie Ende der 1960er-Jahre erreicht hatte. Ein Wandel und eine Neuausrichtung der Patenschaft, wie sie 1975 angedacht waren, fanden jedenfalls nicht statt – ein Grund wohl auch für das fehlende Engagement der Jugend.<sup>220</sup> Die Patenschaft Solingen-Goldberg verlor an Beteiligten. Ende der 1970er-Jahre hätte sie sich grundsätzlich nicht mehr ausschließlich auf die Erlebnisgeneration ausrichten können, da diese langsam zu schwinden begann. Ohne die nachfolgenden Generationen oder die Aussiedler aus der Region Złotoryja zu gewinnen, musste das langfristig zum Ende der Patenschaft führen, aber noch war die Bezugsgruppe der Vertriebenen erster Generation ausreichend groß. Anderen Patenschaften gelang das Aufhalten dieser Entwicklung eher. Sie boten beispielsweise geführte Touren in den ehemaligen Osten Deutschlands an, die auch speziell Jugendliche ansprechen sollten<sup>221</sup> – ein Punkt, der auch von der Ad-hoc-Kommission in Solingen angesprochen, aber nicht umgesetzt worden war. In den 1970er-Jahren kamen diese Reisen in die „alte Heimat“ langsam in Mode, der sogenannte „Heimwehtourismus“ wurde geboren. Auch die ehemaligen Goldberger unternahm zunehmend Reisen in ihre

216 Schreiben des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (im Auftrag Friedhelm Farthmann) an die Stadtverwaltung Solingen vom 04.04.1977. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31188. Auch in einem Aufsatz vom Matthias Lask von 1994 wurde betont, dass Heimatstuben, also ein Teil der Patenschaften, durchaus zur Integration der Aussiedler beitragen konnten: Matthias Lask: Der Heimat ein Heim. Kulturarbeit mit Aussiedlern in ostdeutschen Heimatstuben. In: Der gemeinsame Weg, Heft 73, Januar 1994, S. 29-31.

217 Auszug aus der Niederschrift über die Verwaltungskonferenz der Stadt Solingen am 30.03.1976. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31191.

218 Schreiben des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (im Auftrag Friedhelm Farthmann) an die Stadtverwaltung Solingen vom 03.05.1976. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31191.

219 Zur Problematik rund um Sprache und Identität von Aussiedlern aus Polen sowie zur Ausgangssituation der Aussiedler in Polen vgl. beispielsweise Verena Wecker: Sprache und Identität im Kontext der Migration schlesischer Aussiedler nach Deutschland. In: Studentische Arbeitspapiere zu Sprache und Interaktion, 2009 Heft 15. Auf: [http://noam.uni-muenster.de/sasi/Wecker\\_SASI.pdf](http://noam.uni-muenster.de/sasi/Wecker_SASI.pdf), zuletzt abgerufen am 09.10.2012.

220 Das beklagte 1977 das Presse- und Werbeamt laut einer Notiz auf dem Fragebogen der Stiftung „Haus des Deutschen Ostens“ anlässlich der Aktion Patenschaften/Heimatstuben vom 24.09.1977. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31188.

221 Jochen Walter: Zwischen Identitätsbewahrung und Völkerverständigung, S. 335. Vgl. auch Ute Flögel: Paradebeispiel einer Patenschaft, S. 4.

Heimatorte. Ein Bericht einer solchen Fahrt gelangte auch nach Solingen. Eine ehemalige Goldbergerin schildert darin, wie sie mit ihrer Reisegruppe die Gegend um Goldberg/Złotoryja besuchte und wie liebenswürdig die Reisetilnehmer dort von den polnischen Bewohnern ihrer früheren Häuser aufgenommen wurden, was nachhaltig ihre Meinung von den Polen geändert habe.<sup>222</sup> Der Mitarbeiter des 1976/1977 umbenannten Presse- und Werbeamts Jürgen Nieswand, den der Bericht ausdrücklich begeistert hatte, schlug der Dame daraufhin vor, ihren Reisebericht auch einmal einem größeren Publikum vorzustellen.<sup>223</sup> Was aus diesen Plänen wurde, ist leider nicht überliefert.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Engagement für die Patenschaft in Solingen und deren Wertschätzung, vergleichbar mit der Entwicklung des gesamten „west-ostdeutschen Patenschaftswerks“, deutlich nachgelassen hatte. Die Patenschaftsarbeit stagnierte. Hierin zeigt sich eine Parallele zum Umgang mit dem Thema Flucht und Vertreibung in der westdeutschen Gesellschaft insgesamt. Man mied die Konfrontation mit diesem erinnerungspolitisch schwierigen Thema und so schwand auch die Bedeutung, die diesem Teil der deutschen Geschichte beigemessen wurde. In Solingen wurde die Patenschaft über Goldberg gegen Ende des Jahrzehnts gar mit der Patenschaft über die Fernsehlotterie „Ein Platz an der Sonne“ verglichen. Beide, so ein städtischer Redner, würden schließlich nach einem „Platz an der Sonne“ streben.<sup>224</sup> Deshalb wurden die vertriebenen Goldberger auf ihrem Heimattreffen dazu aufgerufen, für diese zweite Patenschaft Solingens zu spenden. Die Patenschaft über Goldberg konnte sich dennoch halten, was wohl zu großen Teilen daran lag, dass sie sich, wie auch andere „erfolgreiche“ Patenschaften, „von tagespolitischen Meinungsschwankungen“ fernhielt.<sup>225</sup> Zudem waren Patenschaften in den 1970ern noch immer ein hoch emotionales Thema für die Vertriebenen, wie ein Beitrag des Literaten Georg Hermanowski in der Zeitschrift „Der gemeinsame Weg“ zeigt. Darin meint Hermanowski:

„Die Frage, ob eine Patenschaft ‚noch einen Sinn hat‘, ist daher eine müßige Frage, sie ist gleichbedeutend – für den Christen – mit der Frage, ob Nächstenliebe noch einen Sinn hat [...]. Sie entspricht letztendlich der Frage, ob Menschlichkeit noch einen Sinn hat.“<sup>226</sup>

Hier deutet sich an, dass Patenschaften noch nicht allein auf die kulturelle Ebene beschränkt sein konnten, sondern auch die soziale Komponente weiterhin von Bedeutung war.

222 Schreiben der Schlesienreisenden Johanna Theisen an das „Amt für Information und Wirtschaftsförderung“ vom 19.05.1976. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31188.

223 Schreiben des Presse- und Werbeamts (Jürgen Nieswand) an Johanna Theisen vom 25.05.1976. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31188.

224 Die Goldberger erhielten in Solingen einen „Platz an der Sonne“. In: Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten, 29. Jahrgang, 15.06.1978, S. 61f.

225 Kurt Schebesch: Auf die Zukunft, S. 7.

226 Georg Hermanowski: Vom Sinn der Patenschaft in unserer Zeit. In: Der gemeinsame Weg, Heft 1, 1975, S. 9-11, hier S. 9.

### 3.2 Die 1980er-Jahre – Wendepunkt oder Stagnation?

Nach Heinrich von zur Mühlen befand sich das „west-ostdeutsche Patenschaftswerk“ Ende der 1970er-Jahre „an einem Wendepunkt, an dem sich die Spreu vom Weizen scheidet“.<sup>227</sup> Je nachdem konnte der Schwund der Erlebnisgeneration überwunden werden oder nicht. Ließ sich diese Annahme für das „west-ostdeutsche Patenschaftswerk“ erhärten? Gab es einen solchen Wendepunkt auch in Solingen und wenn ja, wie äußerte sich dies? Zählte die Patenschaft Solingen-Goldberg in den folgenden zehn Jahren mehr zur „Spreu“ oder zum „Weizen“ des „west-ostdeutschen Patenschaftswerks“?

Am Ende des Jahrzehnts lässt sich für das „west-ostdeutsche Patenschaftswerk“ insgesamt die Annahme von zur Mühlens bestätigen. Ute Reichert-Flögel stellte 1988 fest, dass sich viele Patenschaften durchaus unterschiedlich entwickelt hätten. Manche seien „lebendig und fruchtbar“, andere „verschlafen und halb vergessen“, wieder andere seien sogar aufgelöst worden, wie die Patenschaft des Landkreises Aachen über den Landkreis Breslau.<sup>228</sup> Auch Edgar Hobinka, mitverantwortlich für die Patenschaft Wetzlars über das ostdeutsche Lied, machte unter den Patenschaften gegen Ende der 1980er-Jahre viel „Spreu“ aus und gab gleichzeitig Anregungen zu ihrer Verbesserung: „Die Träger der regionalen Patenschaften sehen in einem Treffen, in einer Heimatstube und einem Archiv ihre Aufgabe als erfüllt an. Das ist in Wirklichkeit erst der Anfang. Die Patenschaft muß in das gemeindliche Leben integriert werden“.<sup>229</sup> Zu diesem Zweck, meinte Hobinka, solle mehr Sorge für die kulturellen Besonderheiten der Deutschen aus dem historischen Osten getragen werden. Eine Anregung, die in Zeiten, in denen der Rechtfertigungsdruck auf Patenschaften weiter anhielt, kaum auf offene Ohren stoßen konnte.<sup>230</sup> Mitunter wurden die Budgets der Patenschaftsarbeit gar gekürzt. 1980 plante dies die Stadt Warendorf mit den Patenschaften über Reichenbach und Grottkau (Schlesien), da diese in der Kritik standen, zu häufig für Reden gegen die Entspannungs- und Versöhnungspolitik missbraucht zu werden.<sup>231</sup> Ähnliche Vorwürfe gab es auch in Recklinghausen und so überlegte man dort, die Patenschaft über Beuthen zugunsten einer Partnerschaft mit einem Verwaltungsbezirk der Volksrepublik Polen aufzugeben.<sup>232</sup> In beiden Fällen stießen die Bestrebungen jedoch auf Gegenkritik und wurden nicht realisiert. Es zeigt sich dennoch, dass die Patenschaften immer weniger als selbstverständlich angesehen wurden. Vielmehr wurde das System der West-Ost-Partnerschaften weiter ausgebaut, zum Teil im wahrsten Sinne des Wortes „auf Kosten“ der Patenschaften.

Die Möglichkeit einer Partnerschaft mit Kommunen des Warschauer Paktes wurde 1985, auf Anregung der SPD-Fraktion, in Solingen erstmals ernsthaft diskutiert.<sup>233</sup> Man erarbeitete einen Bericht über die bisherige Paten- und Partnerschaftsarbeit und darin wurde auch die Möglichkeit weiterer Partnerschaften angesprochen.<sup>234</sup> Eine naheliegende Überlegung war, mit der Verwaltung der Stadt Złotyja eine Verbindung einzu-

227 Heinrich von zur Mühlen: Die Förderung der Kulturarbeit, S. 306.

228 Vgl. Ute Flögel: Im Bewußtsein, S. 4.

229 Edgar Hobinka: Werben, S. 5.

230 Kritik an der Förderung der Patenschaften durch Land und Bund äußerte beispielsweise der bereits häufiger genannte Georg Herde; s. Georg Herde: Unverändert auf Revisionskurs, S. 56.

231 Paul Leidinger: Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene. Einführung, S. 29f.

232 Christoph Thüer: Die Patenschaft Recklinghausen-Beuthen O.S., S. 93.

233 Antrag der SPD-Fraktion Solingens vom 10.01.1985 an den Oberbürgermeister Gerd Kaimer, die Partnerschaft mit Städten im Ostblock auf die Tagesordnung der nächsten Hauptausschusssitzung zu setzen. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. ZZ Abl. Sta 13, Nr. 588.

234 Bericht des Büros des Rates (Dezernent ObStD Peter Hölz) über die bisherige Entwicklung von Partner- und Patenschaften aus dem Jahr 1985 (das genaue Datum wird nicht genannt, erarbeitet wohl zwischen Februar und April 1985). Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 1128. Auch die im Folgenden geschilderten Verhandlungen um eine Partnerschaft mit Złotyja lassen sich anhand dieses Berichts nachvollziehen.

gehen. Erste Versuche der Kontaktaufnahme sollen in den Jahren 1981 und 1984 von einer Solinger Delegation unternommen worden sein. Sie war im Rahmen von Studienfahrten einiger ehemaliger Goldberger nach Niederschlesien gereist. Die Teilnahme von Repräsentanten der Patenstädte bei privaten Gruppenreisen von Vertriebenen in ihre „alte Heimat“ scheint keine Seltenheit gewesen zu sein. Zumindest schildert auch Ute Flögel ähnliche Begebenheiten bei der Patenschaft Fulda-Leitmeritz. Hier hätten die Reisen seit 1980 sogar alljährlich stattgefunden und aufseiten der Patenschaftsträger zu einem besseren Verständnis der Patenschaftsnehmer geführt.<sup>235</sup> Die Reisebewegung von Vertriebenen in ihre frühere Heimat hatte sich seit ihren Anfängen in den 1970er-Jahren weiter intensiviert, da sich das Verhältnis zum Warschauer Pakt infolge der erfolgreichen Entspannungspolitik deutlich entkrampft hatte. Bei der Reise nach Złotoryja gelang es der Solinger Delegation dennoch nicht, eine engere Verbindung zwischen den beiden Städten aufzunehmen, da dies vonseiten der polnischen Verwaltung abgelehnt wurde. Es erfolgten daraufhin keine weiteren Vorstöße mehr in Richtung Partnerschaft mit dieser Stadt. Dazu wird beigetragen haben, dass die Heimatkreisbeauftragte Goldbergs eine solche Verbindung ablehnte. Anlässlich eines Gesprächs mit dem Solinger Oberbürgermeister nahm Renate Boomgarden folgendermaßen Stellung:

„Ich persönlich bin der Ansicht, daß sich dies kaum realisieren lässt, es wird immer eine einseitige Angelegenheit bleiben. Einerseits schon wegen der Sprachbarrieren, weil alle heute im Kreis Goldberg lebenden Bürger nur noch Polnisch sprechen, zum anderen, weil sie nie zum Gegenbesuch in die Bundesrepublik starten können.“<sup>236</sup>

Man musste also mit einem doppelten Widerstand, sowohl von polnischer Seite als auch vonseiten der Vertriebenen, rechnen. Das Scheitern der Partnerschaftsbestrebungen Solingens gegenüber Złotoryja ist jedoch nicht nur deshalb wenig verwunderlich. Bis 1987 gelang es keiner westdeutschen Stadt mit einer Kommune in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, wohlgemerkt nicht in ganz Polen, eine Partnerschaft einzugehen.<sup>237</sup> Selbst als dies mit der Partnerschaft Wiesbaden-Wrocław (früher: Breslau) gelang, geschah das nicht ohne Kritik seitens der Vertriebenen.<sup>238</sup> Insgesamt gesehen wurden die bundesdeutschen Partnerschaften mit Orten im Warschauer Pakt jedoch immer zahlreicher. In Solingen gelang es weder die Partnerschaft mit Złotoryja zu verwirklichen noch kam eine andere partnerschaftliche Verbindung mit dem Ostblock zustande. So scheiterten auch die Bemühungen um eine Partnerschaft mit der ungarischen Stadt Pécs (früher: Fünfkirchen).<sup>239</sup> Zu dieser Stadt hatte zunächst ein Solinger Bürger über längere Zeit hin private Beziehungen unterhalten. Als die Stadt Solingen sich dann ernsthaft um eine Partnerschaft bemühte, misslangen diese Bestrebungen, weil eine andere deutsche Stadt (Fellbach in Baden-Württemberg) Solingen zuvorgekommen war.<sup>240</sup>

Was die Beziehung zwischen Partnerschaften und Patenschaften in Solingen insgesamt angeht, lässt sich in den 1980er-Jahren eine Veränderung feststellen. Über die Partnerschaften Solingens und das Partnerschaftssystem insgesamt wurde in dieser

235 Vgl. Ute Flögel: Patenschaft über das „böhmische Paradies“. Stadt und Landkreis Fulda – Leitmeritz/Sudetenland und Oberglogau/Oberschlesien. In: Der gemeinsame Weg, Heft 53, Januar 1989, S. 31-35, hier S. 35.

236 Goldberger Heimattreffen im Konzertsaal. Vorfriede auf die Schlesien-Reise. Aus: Solinger Morgenpost vom 12.06.1984. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 9131.

237 Hans-Werner Retterath: Von der Ablehnung zum Engagement?, S. 66.

238 Ebenda.

239 Niederschrift über die 6. ordentliche Sitzung des Ältestenrats der Stadt Solingen am 30.10.1985. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 1128.

240 Aktennotiz des Büros des Rates (ohne Autor) vom 16.09.1986. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. ZZ Abl. Sta. 13, Nr. 588.

Arbeit bisher kaum berichtet. Vor allem liegt das daran, dass eine Gegenüberstellung von Paten- und Partnerschaften zwar ein ergiebiges Forschungsthema ist, sich aber im Rahmen dieser Arbeit nicht leisten lässt. Partnerschaften haben zudem eine grundlegend andere Zielsetzung als Patenschaften. Sie dienen unter anderem der Völkerverständigung, der West-Anbindung oder der Aussöhnung mit den Staaten des Ostblocks. Patenschaften dienen, wie gezeigt, dem Leitziel der Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge, sind also viel mehr der Innen- als der Außenpolitik zuzuordnen. Die beiden Modelle sind demnach grundlegend verschieden. Auch in Solingen selbst unterschied man lange zwischen den Partnerschaften und der Patenschaft über Goldberg. Das zeigt sich beispielsweise an den Haushaltspunkten, bei denen die Budgets von Paten- und Partnerschaft angesiedelt wurden. So lässt sich der Etat für die Patenschaft bis 1998, als er zum Punkt Partnerschaften wechselte, unter der Haushaltsstelle Kultur (Heimatspflege) finden. Hier befanden sich auch die Zuschüsse für den Bergischen Geschichtsverein und örtliche Naturschutzbehörden. Der Etat der Partnerschaft hingegen wurde von Anfang an als eigenständiger Posten unter der zentralen Haushaltsstelle für die obersten Verwaltungsorgane eingerichtet.<sup>241</sup> Die finanzielle Anbindung der Patenschaft an die lokale Kulturpflege, die sich hier andeutet, weist darauf hin, dass man die Verbindung zu Goldberg und damit die Goldberger Kulturleistungen tatsächlich ein Stück weit in die eigene Heimatspflege einzugliedern gedachte. Die Partnerschaften standen buchstäblich auf einem anderen Blatt. Es soll jedoch nicht der Eindruck entstehen, dass es in Solingen keine Wechselwirkung zwischen diesen beiden Modellen gegeben hätte. Das zeigen allein schon die geschilderten Überlegungen zur Umwandlung von Paten- in Partnerschaften.

Eine weitere Verbindung wurde bislang allgemein kaum beachtet. So schildert Ingo Bautz, dass Partnerschaften Elemente der Patenschaften, die sozusagen ihren „nationalen Zwilling“ darstellten, in die eigene Ausgestaltung übernahmen.<sup>242</sup> Schließlich hätten sich Patenschaften bereits einige Zeit vor dem Partnerschaftsboom etabliert und so seien sie als Vorbild für Partnerschaften herangezogen worden. Nach Bautz soll die neue Bewegung etwa die Benennung von Straßen von den Patenschaften übernommen haben und auch das Abhalten von Heimattreffen soll Vorbild für gegenseitige Begegnungen und Besuchsreisen gewesen sein. Ferner sollen die Patenschaften auch für Hinweise auf Partnerschaften im Stadtbild „Pate“ gestanden haben. So habe man häufig die Insignien der Partnerstädte, beispielsweise auf Fahnen und Ortseingangsschildern, neben denen der Patenstädte angebracht. Eine genaue Prüfung von Parallelen zwischen der Paten- und Partnerschaftsarbeit in Solingen muss einer späteren, eigenständigen Untersuchung vorbehalten bleiben. Hinweise auf solche gibt es jedenfalls. Beispielsweise wurden zu gegebenen Anlässen neben der Goldberger Fahne auch die Fahnen von hinzugekommenen Partnerstädten gehisst.

Welche kommunalen Beziehungen unterhielt die Stadt nun neben der Patenschaft über Goldberg? Bis 1985 wurden drei Partnerschaftsverhältnisse aufgenommen: 1957 eines zum niederländischen Gouda und im Jahr 1962 sogar zwei: nämlich zum englischen Blyth ebenso wie zur französischen Stadt Chalon-sur-Saône. Bis Mitte der 1980er-Jahre hatte die Patenschaft über Goldberg im Verhältnis zu den Partnerschaften immer einen natürlichen Sonderstatus innegehabt, der nie infrage gestellt worden war. Nun versuchte man jedoch die Verbindung zwischen Partner- und Patenschaften enger zu knüpfen. Zu diesem Zweck beabsichtigte man, das Goldberger Heimatkreistreffen zu einem Gesamttreffen aller Partner- und Patenschaften, einer Art Partnerschaftsfest, umzufunktionieren. Damit sollten die Partner- und Patenschaften auch untereinander

241 Siehe Haushaltssatzungen und Haushaltspläne der Stadt Solingen für die Rechnungs-/Haushaltsjahre 1955 bis 2000. Einsehbar unter: Stadtarchiv Solingen, Sign. IV A 7.

242 Zur im Folgenden geschilderten Gegenüberstellung von Patenschaften und Partnerschaften vgl. Ingo Bautz: Die Auslandsbeziehungen, S. 40.

vernetzt werden und der Europagedanke im Kleinen gestärkt werden.<sup>243</sup> Bevor eine Entscheidung in dieser Angelegenheit gefällt wurde, sollte, da es auch kritische Stimmen gegenüber diesem Vorhaben gab, zunächst die Meinung der Heimatkreisvertrauensfrau Renate Boomgarden eingeholt werden. Deren Antwort war eindeutig: Die „gut gemeinte“ Idee lasse sich nicht realisieren, weil 1. Goldberg eine Patenstadt und keine Partnerstadt sei, 2. die Goldberger nach Solingen kämen, um ihre Freunde wiederzusehen und Erinnerungen zu teilen, und deswegen kaum das Bedürfnis bestehe, Beziehungen zu Partnerschaftsvertretern zu knüpfen, und 3. die Goldberger Heimattreffen unpolitisch bleiben sollten, was unmöglich wäre, wenn es zu „einer Begegnung mit der Deutschen Geschichte und ihren Folgen“, wie der Oberbürgermeister Gerd Kaimer es vorschläge, kommen würde.<sup>244</sup> Der Gedanke wurde daraufhin fallengelassen. Eine engere Verbindung von Paten- und Partnerschaften konnte nicht umgesetzt werden. Dennoch zeigt dieser Vorgang, dass die Patenschaft nicht mehr den gleichen Stellenwert wie noch vor 20 Jahren haben konnte, stellte man doch mit dem Heimatkreistreffen den zentralen Nerv der gesamten Verbindung infrage.

Es gab in den 1980er-Jahren aber auch Tendenzen zur Belebung der Patenschaft. Zu nennen ist hier das Abhalten eines Schülerwettbewerbs aus Anlass des dreißigjährigen Bestehens der Patenschaft im Jahr 1984. Man wollte dadurch die Jugend für die Patenschaft gewinnen und die Patenschaft über Goldberg allgemein bekannter machen.<sup>245</sup> Die Idee dazu kam von Goldberger Heimatortsvertrauensleuten<sup>246</sup> und als Vorbild diente ein Schülerwettbewerb der Stadt Minden zu ihrer Patenstadt Köslin (Pommern), der dort großen Erfolg gezeigt hatte.<sup>247</sup> Als Preisgeld wurden insgesamt 5.000 DM angesetzt. Die einzige Vorgabe des „Schülerwettbewerbs Goldberg“, so der offizielle Titel der Aktion, war der Bezug zu Goldberg. Man öffnete den Wettbewerb für alle Schultypen, ließ sogar Einzelbeiträge zu<sup>248</sup> und schaltete Anzeigen in lokalen Zeitungen.<sup>249</sup> Die Resonanz auf den Wettbewerb war ernüchternd. 10.000 Prospekte wurden verteilt, aber lediglich vier von 64 Solinger Schulen beteiligten sich mit insgesamt neun Beiträgen.<sup>250</sup> Man zog daraus den Schluss, die Darstellungsart der Patenschaft in der Stadt zu überdenken.<sup>251</sup> Eine praktische Umsetzung dieses Axioms lässt sich in der Folgezeit jedoch nicht erkennen.

Fasst man die in diesem Kapitel bisher gewonnenen Erkenntnisse zusammen, so lässt sich sagen, dass es in den 1980er-Jahren in der Solinger Patenschaftsarbeit Bestre-

243 Zur Planung des Partnerschaftsfests vgl. Protokoll über die 8. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Solingen am 31.01.1986. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. ZZ Abl. Sta. 10, Nr. 869.

244 Vgl. Schreiben der Heimatkreisbeauftragten Renate Boomgarden an den Oberbürgermeister Solingens Gerd Kaimer am 27.03.1986. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. ZZ Abl. Sta. 10, Nr. 869.

245 Vgl. Redemanuskript des Solinger Oberbürgermeisters Georg Schlößer anlässlich des 15. Goldberger Treffens am 09./10.06.1984. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 9131. Interessanterweise beschäftigte sich auch ein zum Wettbewerb eingereichter Beitrag mit dem Bekanntheitsgrad der Patenschaft. Dazu machte ein Schüler eine Umfrage im Goldberger Weg und stellte fest, dass etwa die Hälfte der Passanten noch nie von Goldberg oder einer Patenschaft Solingens über Goldberg gehört hatte. Vgl. Beitrag des Schülers Gunnar Lorenz zur Goldberg-Umfrage 1984 mit dem Titel „Umfrage über Goldberg unter Solinger Bürgern“. Stadtarchiv Solingen, Sign. Gold A 89.

246 Schreiben des Solinger Oberbürgermeisters Georg Schlößer an alle Schulleiter Solingens vom 16.07.1984. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 1020.

247 Gesprächsnotiz des Büros des Rates (ohne Angabe des Autors) vom 14.05.1984 über ein Vorbereitungsgespräch zum Schülerwettbewerb Goldberg. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 1020.

248 Zu den Vorgaben des Schülerwettbewerbs siehe Prospekt „Schülerwettbewerb Goldberg“. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 1020.

249 Geschichtliches aus Solingen und Goldberg. Aus: Solinger Tageblatt, 03.07.1984; Wettbewerb zum Patenkreis Goldberg. Aus: Solinger Morgenpost, 04.07.1984. Zeitungsausschnitte. Beide Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 1020.

250 Aufstellung zur Beteiligung am Schülerwettbewerb Goldberg beim Büro des Rates (ohne Angabe des Autors) vom 09.01.1985. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 1020.

251 Bericht des Büros des Rates (Dezernent ObStD Peter Hölz) über die bisherige Entwicklung von Partner- und Patenschaften aus dem Jahr 1985 (das genaue Datum wird nicht genannt, erarbeitet wohl zwischen Februar und April 1985). Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 1128.

bungen gab, die teils positive, teils negative Auswirkungen auf die Patenschaft haben konnten. Daneben gibt es aber auch noch die Elemente der Patenschaft, die gleich blieben. Das betrifft alle grundlegenden Bereiche der Patenschaft. Das Programm der Patenschaftstreffen und die Beteiligung daran veränderten sich kaum, denn noch immer kamen im Durchschnitt etwa 1.000 Besucher.<sup>252</sup> Die Leistungen der Patenschaft rund um Weihnachten, wie die Weihnachtspaketaktionen und der Weihnachts-/Neujahrsgruß, wurden beibehalten. Einzig bei der Goldbergstube gab es eine, wenn auch geringfügige, Veränderung, da das Stadtarchiv 1987 in neue Gebäude umzog und dadurch der Goldberger Gedenkstätte ein eigener Raum zugestanden wurde. Im Großen und Ganzen blieben auch die Mittel, die für die Patenschaft veranschlagt wurden, gleich und das, obwohl 1980 ein Zuschuss für die Heimattreffen im Sinne des § 96 BVFG vonseiten der Landesregierung abgelehnt wurde.<sup>253</sup> Eine kleinere Einschränkung im finanziellen Bereich gab es allerdings bei der Bezuschussung von Veröffentlichungen mit Bezug zu Goldberg. 1982 wurde ein Publikationsvorhaben eines ehemaligen Goldbergers nicht, wie bisher üblich, unterstützt. Die offizielle Begründung, die dem Autor mitgeteilt wurde, war, dass eine solche Subvention in Zeiten knapper Kassen nicht mehr möglich sei.<sup>254</sup> Inoffiziell hatte ein Gutachten der Stadtarchivarin Solingens, Aline Poensgen, ergeben, dass das Werk nicht zur Veröffentlichung geeignet sei.<sup>255</sup> Ob man mit dem Hinweis auf unzureichende Etatmittel den Urheber des neuesten Beitrags zur Geschichte Goldbergs schonen wollte oder ob dies den Tatsachen entsprach und man Mittel für die Patenschaft einsparen wollte, lässt sich im Nachhinein nicht mehr klären. Die Wahrheit wird wohl irgendwo dazwischen liegen.

Die Leistungen der Patenschaft Solingen-Goldberg in den 1980er-Jahren stagnierten, was positiv und negativ gesehen werden kann. Einerseits weist es natürlich darauf hin, dass man, wie auch schon in den 1970ern, keine Energie mehr in die Patenschaftsarbeit investierte. Andererseits kann man es wohl auch als eine Art Wertschätzung der Patenschaft deuten, dass man, obwohl andernorts vielfach Patenschaften eingestellt wurden, dennoch an der Patenschaft über Goldberg festhielt und die durchaus vorhandenen gegenteiligen Tendenzen also nicht umsetzte. Das lässt sich auch aus der Niederschrift einer Sitzung des Ältestenrates von 1981 herauslesen.<sup>256</sup> Darin geht es um die Frage, ob man Klebeetiketten mit Stadtwappen, die man im Rahmen der Partnerschaftsarbeit hatte drucken lassen, auch für die Patenstadt anfertigen lassen solle. Mit dem Argument, dass man zwischen Paten- und Partnerschaften keinen Unterschied machen solle, wurde die Herstellung der Sticker beschlossen. Die ehemaligen Goldberger jedenfalls schienen nach wie vor mit der Patenschaftsarbeit zufrieden zu sein, so zitiert die „Solinger Morgenpost“ die Heimatkreisbeauftragte Renate Boomgarden 1982: „Wir fühlen uns einbezogen in das Solinger Leben“.<sup>257</sup> Eine andere ehemalige Goldbergerin, Jutta Graeve-Wölbing, die sich ebenfalls für die Patenschaft stark machte, meinte sogar: „Das nächste Solinger Treffen kommt bestimmt

---

252 Konzept einer Antwort des Büros des Rates (ohne Angabe des Autors) auf einem Fragebogen des Hauses des Deutschen Ostens (Düsseldorf) anlässlich einer Bestandsaufnahme von Patenschaften und Heimatstuben vom 21.09.1987. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. ZZ Abl. Sta. 10, Nr. 869.

253 Schreiben des Regierungspräsidiums (gez. Unger) an das Büro des Rates vom 07.02.1980. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 29828.

254 Schreiben des Büros des Rates (Klaus Bergter) an den Autor Erich Tschirwitz vom 12.07.1982. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 9130.

255 Stellungnahme der Solinger Stadtarchivarin Aline Poensgen zum Manuskript „Goldberg – Historie, Chronik, Kommende“ von Erich Tschirwitz vom 02.07.1982. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 9130.

256 Zum Vorgang rund um die Klebeetiketten mit Stadtwappen vgl. Vorabauszug aus dem Protokoll über die 4. ordentliche Sitzung des Ältestenrats der Stadt Solingen am 15.09.1981. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 9130.

257 14. Goldberger Heimattreffen im Konzertsaal: Patenschaft als Dach der Erinnerungen. Aus: Solinger Morgenpost, 14.06.1982. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 9130.

und ich bin selbstverständlich dabei, wenn ich gesund bleibe. Aber da müsste ich schon halbtot sein, um darauf zu verzichten.“<sup>258</sup>

Die Frage nach der Qualität der Patenschaft Solingen-Goldberg in den 1980er-Jahren, die am Anfang des Kapitels aufgeworfen wurde, lässt sich nicht leicht klären. Einerseits wurden die finanziellen Mittel kaum gekürzt und einige Versuche zur Belebung der Patenschaft wurden angegangen, andererseits hatten die genannten Bestrebungen wenig Erfolg und der Bedeutungsverlust der Patenschaft schien immer konkretere Formen anzunehmen. Hierin zeigt sich eine deutliche Parallele zur Patenschaftsarbeit der 1970er-Jahre, sodass zumindest für Solingen nicht von einem Wendepunkt oder Bruch die Rede sein kann. Fest steht jedenfalls, dass vonseiten der Stadt an der Patenschaft festgehalten wurde. Das lässt die Patenschaft Solingen-Goldberg eher zum „Weizen“ werden, vergleicht man sie mit anderen Patenschaften in der Bundesrepublik, die nur noch auf dem Papier bestanden. In der Stagnation der Patenschaft spiegelt sich auch die Entwicklung der „ostdeutschen Kulturarbeit“ im Großen wider. Wie Bernd Faulenbach zeigt, lässt sich in ihr kein regelrechter Bruch feststellen. Vielmehr sei in den 1980er-Jahren eine Entwicklung abgeschlossen worden, die die Erinnerung an den „deutschen Osten“ und an Flucht und Vertreibung einzig den Betroffenen überließ und nicht, wie es der Bedeutung dieses Teils deutscher Vergangenheit eigentlich zugestanden hätte, allen Deutschen.<sup>259</sup> Bedingt worden sei das durch die Entwicklungen der 1960er- und 1970er-Jahre, mit 1. der „Neuen Ostpolitik“, an der auch die realpolitisch agierende Regierung Kohl keine grundsätzlichen Änderungen vornahm, 2. dem im gleichen Zeitraum geführten Täter-Opfer-Diskurs und 3. der von den Landsmannschaften mitgeprägten Verbindung von Erinnerung und politischen Forderungen im Zusammenhang mit den ehemaligen deutschen Ostgebieten.<sup>260</sup>

---

258 Schreiben der Redakteurin der Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten Jutta Graeve-Wölbing an das Büro des Rates (Wolfgang Görke und Erwin Kohnke) vom 26.01.1989. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. ZZ Abl. Sta. 10, Nr. 869.

259 Vgl. Bernd Faulenbach: Flucht und Vertreibung, S. 228.

260 Ebenda.

### 3.3 Die 1990er-Jahre– Patenschaft und Völkerverständigung?

Mit dem politischen Umbruch in Osteuropa, der Auflösung der Sowjetunion und der Wiedervereinigung Deutschlands standen am Anfang des neuen Jahrzehnts Entwicklungen weltpolitischen Ausmaßes, die auch die ostdeutsche Kulturarbeit beeinflussen mussten. Im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen im Jahr 1990 etwa wurde, nachdem Helmut Kohl anfänglich gezögert hatte, die Grenzregelung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen ein letztes Mal verhandelt. In diesen Verhandlungen folgenden „Deutsch-Polnischen Grenzvertrag“ vom 14. November 1990 wurde die Oder-Neiße-Linie als Staatsgrenze endgültig festgeschrieben. In diesem Vertrag wurde auch die Vertreibung beider Völker erwähnt.<sup>261</sup> Die Existenz einer deutschen Minderheit wurde in Polen nun nicht länger offiziell geleugnet und so wurde ein kultureller Austausch mit der Bundesrepublik auf Grundlage der gemeinsamen Vergangenheit ermöglicht. Auch in Deutschland kam es durch die Anerkennung der polnischen Westgrenze zu Veränderungen, hier sei besonders der Umgang mit der historisch-ostdeutschen Kultur genannt. So begannen sich auch Personen, die keinen unmittelbaren Bezug zum Thema hatten, langsam für die Kultur des ehemaligen Ostdeutschland zu interessieren.<sup>262</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt wurde der Komplex Flucht und Vertreibung, häufig aus politischen Gründen, mit Zurückhaltung behandelt. Einer Instrumentalisierung fehlte nun, nach Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, jede Grundlage und so wurde die Thematik zunehmend von politischen Stolperfallen befreit.<sup>263</sup> Gefördert wurde die zunehmende Beschäftigung mit Flucht und Vertreibung auch dadurch, dass durch das Leid der Bevölkerung auf dem Balkan während der Jugoslawienkriege, wie zu Anfang erwähnt, das Thema wieder in das Blickfeld der öffentlichen Wahrnehmung rückte. Man begann Flucht und Vertreibung als Teil der deutschen Erinnerungskultur zu begreifen, was laut Mathias Beer zuvor aufgrund der politischen Polarisierung des Themas durch den Täter-Opfer-Diskurs nicht erfolgt sei.<sup>264</sup> Auch wenn der Umgang mit dem Komplex Flucht und Vertreibung nach wie vor schwierig gewesen sei, seien beispielsweise laut Bernd Faulenbach aufgrund der neuen Entwicklungen mehrere historisch-ostdeutsche Landesmuseen ausgebaut worden.<sup>265</sup> Die Voraussetzung für eine Renaissance der Patenschaften war also nach den Entwicklungen um den Jahrzehntwechsel grundsätzlich gegeben, denn es schien wieder Interesse an der Kultur der Heimatvertriebenen aufzukommen. Zudem konnten erstmals Besucher aus der ehemaligen DDR und Polen ohne Komplikationen anreisen. Zuvor konnten zwar DDR-Bürger auch an den Heimattreffen ihres jeweiligen Bezugsorts teilnehmen, doch das war immer nur im Rahmen der Besuchsregelung für Rentner unter Auflagen möglich gewesen. Es kam auch zu einer vermehrten Zuwanderung von Spätaussiedlern. Insgesamt kamen zwischen 1991 und 2006 etwa 1,9 Millionen Menschen, von denen viele allerdings nicht mehr über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügten und im Allgemeinen nicht als Deutsche angesehen wurden, obwohl sie deutschstämmig waren.<sup>266</sup> Eine weitere Chance zur Wiederbelebung der Patenschaften bestand darin, mittels der historisch-ostdeutschen Kultur eine Brücke zu den Nachbarländern in Ost-

261 Zur Thematik rund um die Grenzregelung mit Polen im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen vgl. Alexander von Plato: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. 2., durchges. Aufl. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2003 (Schriftenreihe 381), S. 362-371, besonders S. 371.

262 Vgl. Bernd Faulenbach: Flucht und Vertreibung, S. 230.

263 Vgl. ebenda, S. 231.

264 Vgl. Mathias Beer: Verschlussache, S. 401.

265 Vgl. Bernd Faulenbach: Flucht und Vertreibung, S. 230f.

266 Lilli Sippel: Spätaussiedler und Arbeitsmigranten aus Ost- und Mitteleuropa in der Bundesrepublik Deutschland. 2009. Auf: [http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user\\_upload/handbuch\\_texte/pdf\\_Sippel\\_Spaetaussiedler.pdf](http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Sippel_Spaetaussiedler.pdf), zuletzt abgerufen am 15.10.2012. Vgl. auch: Verena Wecker: Sprache, passim.

europa zu bauen und dadurch gemeinsam mit den Flüchtlingen und Vertriebenen zur Völkerverständigung und Einigung Europas beizutragen.<sup>267</sup>

Ansätze der Möglichkeiten, die der Fall des Eisernen Vorhangs bot, zeigten sich auch im Rahmen der Patenschaft Solingen-Goldberg. Im Jahr 1990 etwa gingen in Solingen Schreiben von ehemaligen Goldbergern ein, die nach der Vertreibung in der DDR wohnhaft waren und nun erstmals ohne Einschränkungen die Möglichkeit hatten, an den Heimattreffen teilzunehmen.<sup>268</sup> Auf die Besucherzahlen der Heimattreffen insgesamt wirkten sich die offenen Grenzen jedoch nicht aus. Waren im Jahr 1988 noch etwa 1.200 Besucher, einige sogar aus Kanada und Dänemark, angereist,<sup>269</sup> so verzeichnete man 1990 gerade einmal 800 Teilnehmer.<sup>270</sup> 1992 stieg die Besucherzahl dann zwar wieder auf 1.000, was in Solingen auf die Besucher aus den neuen Bundesländern zurückgeführt wurde,<sup>271</sup> aber langfristig änderte das nichts an den sinkenden Besucherzahlen. 1996 kamen noch etwa 550 ehemalige Goldberger,<sup>272</sup> 1998 waren es sogar nur noch circa 450.<sup>273</sup> Diese Entwicklung lässt sich, fast 50 Jahre nach Kriegsende, auf den Schwund der Erlebnisgeneration zurückführen, aber auch darauf, dass, wie gezeigt, über Jahrzehnte hinweg keine Außenstehenden für die Patenschaft gewonnen wurden. In den 1990er-Jahren gab es, wie anfangs erwähnt, eine hervorragende Gelegenheit, das Versäumnis nachzuholen.

In Polen begann man damit, die deutsche Vergangenheit von Teilen des Landes aufzuarbeiten, hier konnten die Vertriebenen mit ihrem Wissen als Experten dienen. Tatsächlich hatten sich auch zwischen polnischen Institutionen rund um Złotoryja und einigen ehemaligen Goldbergern konkrete Verbindungen ergeben. So wurde in Goldberg ein bilinguales Lyzeum eingerichtet, auf dem man das Abitur mit Sprachdiplom II erwerben konnte, das zum Studium im deutschsprachigen Raum berechtigt. An diesem Projekt waren vertriebene Goldberger, von denen die meisten vor Kriegsende Schüler in demselben Schulgebäude gewesen waren, maßgeblich beteiligt.<sup>274</sup> Ein Zeitungsbericht spricht auch von offiziellen Kontakten zwischen ehemaligen Haynauern und Chojnow, wie die Stadt nun hieß, die durch regelmäßige Reisen Ersterer zustande gekommen seien.<sup>275</sup> Die Verbindung zwischen Solingen und Złotoryja gestaltete sich schwieriger. Eine erste Kontaktaufnahme unter veränderten Voraussetzungen erfolgte Ende 1992. Von polnischer Seite wurde ein Schüleraustausch mit einer Solinger Schule angedacht, für den sogar schon ein Konzept erarbeitet worden war.<sup>276</sup> Man hatte es der Stadtarchivarin Aline Poensgen geschickt, da diese in Złotoryja bekannt geworden war, nachdem sie bei der Übersetzung eines durch Solingen geförderten Stadtführers

267 Vgl. Georg Simnacher, Ortfried Kotzian: Ostdeutsche Kulturarbeit, S. 4. Vgl. auch Hans-Werner Retterath: Von der Ablehnung zum Engagement?, S. 60.

268 Beispielhaft sei genannt: Schreiben des ehemaligen Goldbergers Horst Walter aus Parchim, gerichtet an den „Bürgermeister Solingens“. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 13647. In dieser Akte finden sich noch einige wenige weitere Schreiben ähnlichen Inhalts.

269 Solinger Treffen 1988. In: Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten, 39. Jahrgang, 15.06.1988, S. 82f.

270 Jutta Graeve: 18. Heimattreffen der Goldberger in der Klingenstein. Ein Bericht. In: Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten, 41. Jahrgang, 15.06.1990, S. 82f.

271 Jutta Graeve: Heimatkreistreffen in Solingen. Über eintausend Besucher kamen in die Patenstadt. Ein Bericht. In: Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten, 43. Jahrgang, 15.06.1992, S. 84f.

272 21. Heimatkreistreffen in Solingen 1996. In: Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten, 47. Jahrgang, 15.06.1996, S. 82f.

273 Jutta Graeve: 22. Goldberger Heimattreffen in Solingen. Patenschaft Solingen-Goldberg mit Leben erfüllt. Ein Bericht. In: Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten, 49. Jahrgang, 15.06.1998, S. 83ff.

274 Bericht über die Entwicklung des bilingualen Lyzeums Złotoryja von Alfred Michler per Fax (ohne Datumsangabe, aber nach 1999 und vor 2001). Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 7803.

275 Kraj lat dziecinnych! On zawsze zostanie święty i czysty, jak pierwsze kochanie [Das Land der Kinderjahre! Es wird immer heilig und rein bleiben, wie die erste Liebe]. Aus: Gazeta Chojnowska, Heft 6, Lipiec [Juli] 1992, S. 15. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 526.

276 Schreiben von Alfred Michler aus Złotoryja an das Stadtarchiv Solingen (Aline Poensgen) von Ende 1992 (genaue Datumsangabe fehlt). Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 526.

von Złotoryja mitgewirkt hatte.<sup>277</sup> Laut einer im Büro des Rates angefertigten Aktennotiz sollte die Verbindung zwischen den Schulen vorläufig ohne die Mitwirkung von offiziellen Stellen der Stadt angegangen werden, da nach Rücksprache mit dem Oberbürgermeister und mit Rücksicht auf die Patenschaft eine solche Beteiligung nicht infrage käme.<sup>278</sup>

In den folgenden Jahren kamen noch weitere Anfragen aus Złotoryja. So wurde der Oberbürgermeister Solingens beispielsweise zur Einweihung eines Denkmals zu Ehren Valentin Trotzendorfs eingeladen.<sup>279</sup> In Solingen reagierte man zwar weiterhin ablehnend, man hielt es aber für angezeigt, die Leitlinien des kommunalen Kontakts zum polnischen Złotoryja eindeutig festzulegen. Zu diesem Zweck wurde auf dem Goldberger Heimattreffen am 18. und 19. Mai 1996 eine Umfrage durchgeführt, mit der man die Meinung der Besucher zu einer Verbindung zwischen Solingen und Goldberg erkunden wollte. Bei der Befragung enthielten sich die ehemaligen Bewohner Haynaus freiwillig, da der heutige Kreis Złotoryja diese Stadt nicht mehr mit einschloss und so die Haynauer nicht direkt betroffen gewesen wären.<sup>280</sup> Das Resultat der Umfrage wurde in einer Sitzung des Ältestenrats am 9. Oktober 1996 besprochen. Von 563 Personen, die am Heimatkreistreffen teilgenommen hatten, hatten sich 240 an der Umfrage beteiligt und davon hatten 191 für die Aufnahme von offiziellen Kontakten votiert.<sup>281</sup> Ein Ergebnis, das durchaus gegen die vorhandene Befürchtung sprach, die Patenschaftsnehmer würden sich gegen eine Versöhnung mit Polen und damit gegen einen Austausch zwischen Solingen und Złotoryja aussprechen. Obwohl sich also eine große Mehrheit von 80 Prozent positiv geäußert hatte, lehnte die Heimatkreisvertrauensfrau Goldbergs nach einer Besprechung mit allen Heimatortsvertrauensleuten eine engere Verbindung zwischen Solingen und Goldberg entschieden ab. Sie meinte, ohne dies näher zu erläutern, die Stadt könne nicht gleichzeitig eine Patenschaft über die vertriebenen Goldberger und eine Partnerschaft zu Złotoryja unterhalten.<sup>282</sup> Eine offizielle Verbindung hielt sie zwar für nicht angemessen, aber gegen einen „persönlichen und menschlichen Austausch“, wie ihn ja auch die vertriebenen Goldberger seit langen Jahren mit Polen pflegen würden, sperre sie sich nicht. Nicht alle der bekannteren Repräsentanten des ehemaligen Kreises Goldberg teilten hierbei die Meinung der offiziellen Vertreter, wie sie Renate Boomgarden ausgesprochen hatte. So sandte die Redakteurin der Goldberger Heimatzeitung, Jutta Graeve-Wölbing, ebenfalls einen Brief an den Oberbürgermeister Solingens, in dem sie sich für eine engere Verbindung zwischen Złotoryja und Solingen stark machte, da sie selbst auch Verbindungen zu den dortigen offiziellen Stellen habe.<sup>283</sup> Die Meinungen innerhalb der Gemeinschaft des Heimatkreises Goldbergs waren offensichtlich geteilt. Der Ältestenrat Solingens richtete sich in seiner Entscheidung für oder gegen eine engere Verbindung mit Złotoryja dennoch grundsätzlich nach der Empfehlung Renate Boomgardens und beschloss,

277 Schreiben des Stadtarchivs Solingen (Aline Poensgen) an einen Herrn Borys in Złotoryja bezüglich der Übersetzung des Stadtführers vom 24.11.1992. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 526.

278 Aktennotiz auf dem Schreiben von Alfred Michler aus Złotoryja an das Stadtarchiv Solingen (Aline Poensgen) von Ende 1992 (genaue Datumsangabe fehlt). Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 526.

279 Schreiben des Bürgermeisters von Złotoryja Kazimierz Zwierzyński an den Solinger Oberbürgermeister Gerd Kaimer vom 25.04.1995. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 526. Das Denkmal geht auf ein gemeinsames Projekt der Stadt Złotoryja und der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaft des Bezirks Liegnitz zurück und wurde vom deutschen Generalkonsul in Breslau mitfinanziert. Valentin Trotzendorf gründete das erste humanistische Gymnasium in Goldberg.

280 21. Heimatkreistreffen in Solingen 1996. In: Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten, 47. Jahrgang, 15.06.1996, S. 82f.

281 Sitzungsprotokoll des Ältestenrats der Stadt Solingen vom 09.10.1996. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 526.

282 Schreiben der Heimatkreisbeauftragten Renate Boomgarden an den Oberbürgermeister Solingens Gerd Kaimer vom 29.05.1996. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 526. Dieses Schreiben diente auch als Vorlage zur oben genannten Sitzung des Ältestenrates am 09.10.1996.

283 Schreiben der Redakteurin der „Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten“ Jutta Graeve-Wölbing an den Solinger Oberbürgermeister Gerd Kaimer vom 18.07.1996. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 526.

zunächst die Entwicklung der Schulkontakte abzuwarten.<sup>284</sup> Eine endgültige Entscheidung wurde demnach auf unbestimmte Zeit vertagt, obwohl weiterhin Einladungen zu Feierlichkeiten in Złotoryja an Solinger Honoratioren ausgesprochen wurden.<sup>285</sup> In der Folgezeit blieb man der einmal eingeschlagenen Linie treu. Als 1998 ein Solinger Bürger in einem veröffentlichten Leserbrief die Umwandlung der Patenschaft über Goldberg in eine Partnerschaft offiziell guthieß, beschwichtigte der Solinger Bürgermeister Bernd Krebs die darüber empörte Heimatkreisbeauftragte mit der seit etwa 1978<sup>286</sup> immer wieder bemühten Phrase, dass die Patenschaft so lange bestehen bliebe, wie die Goldberger selbst das wünschten.<sup>287</sup> So wurde bis heute eine Chance nicht genutzt, die nicht nur Solingens Nachbarstadt Wuppertal schon 1993 ergriffen hatte,<sup>288</sup> sondern die sogar vom Landesbeirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen für wegweisend und zukunftsorientiert angesehen wurde.<sup>289</sup> In den Empfehlungen des Ministeriums heißt es, dass sich der Patenschaftsgedanke laut einer Umfrage von 1994 bewährt habe, dass dieser aber stark von Einzelpersonen abhängig sei und eine Patenschaft, um bestehen zu bleiben, auch die nachfolgenden Generationen einbinden müsse. Außerdem seien für Partnerschaften Städte mit Patenschaften besonders geeignet und Patenschaftsnehmer müssten in solche Verbindungen miteinbezogen werden, da die Deutschen mit Wurzeln in der Partnergemeinde bei solchen Beziehungen eine Brückenfunktion innehaben. Auch Jochen Walter sieht die Vertriebenen als Verbindungsglied zwischen alter und neuer Heimat und meint, dass das „west-ostdeutsche Patenschaftswerk“ in den 1990er-Jahren von einem Trend der Erweiterung zu Partnerschaften geprägt gewesen sei.<sup>290</sup> Wohlgermerkt spricht Walter hier von Erweiterung und nicht von Umwandlung, denn eine Entwicklung hin zur Partnerschaft bedeutete nicht zwangsläufig eine Aufgabe der Patenschaft. Walter geht in seinen Ausführungen sogar so weit zu prophezeien, dass Patenschaften, die diesem Trend nicht folgten, ein auslaufendes Modell seien.<sup>291</sup> In der Tat folgten auch einige Patenschaften dem Trend hin zur Partnerschaft. So unterstützte der Patenkreis Bremervörde/Rotenburg (Wümme) nicht nur seit 1990 Reisen in die Region Sztum (früher: Stuhm), sondern es hatte sich 1995 auch eine Partnerschaft zwischen der Samtgemeinde Sittensen und der Stadtgemeinde Dzierzgoń (früher: Christburg) entwickelt, bei deren Zustandekommen die Vertriebenen und Flüchtlinge miteinbezogen worden waren.<sup>292</sup> Als ein weiteres Beispiel

284 Sitzungsprotokoll des Ältestenrats der Stadt Solingen vom 09.10.1996. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 526.

285 Schreiben des Oberbürgermeisters Solingens Ulrich Uibel an den Bürgermeister von Złotoryja (ungeannt) mit einer Nichtannahme der Einladung zur Teilnahme an den Goldwaschmeisterschaften in Złotoryja vom 19.05.1998. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 7802. Schreiben des Bürgermeisters von Złotoryja (Jerzy Kluz) an den Oberbürgermeister Solingens Franz Haug mit einer Einladung zur 790-Jahr-Feier der Stadt Złotoryja. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 9091.

286 Vgl.: Die Stadt Solingen war wieder ein großartiger Gastgeber. 12. Goldberg-Haynauer Heimattreffen brachte ein frohes Wiedersehen und viele neue Impulse. In: Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten, 29. Jahrgang, 15.06.1978, S. 63f. Nach Erkenntnissen dieser Untersuchung wurde dieser Satz auf dem Heimattreffen 1978 von Oberbürgermeister Georg Schlösser zum ersten Mal geäußert und seitdem in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen auf Heimattreffen wieder aufgegriffen.

287 Stellungnahme des Solinger Bürgermeisters Bernd Krebs vom 20.04.1998 auf ein Schreiben der Heimatkreisvertrauensfrau Renate Boomgarden vom 24.03.1998 bezüglich eines Leserbriefes von Hans Mewes, dem Vorsitzenden der Bürger- und Schützengilde Wald, vom 19.03.1998 im Solinger Tageblatt. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 7802.

288 Die Stadt hatte 1993, unter Einbezug der Patenschaft über die ehemaligen Bewohner von Liegnitz, eine Partnerschaft mit Legnica begründet; siehe <http://www.wuppertal.de/tourismus-freizeit/stadtportrait/partnerstaedte/10201010000011004.php>, zuletzt abgerufen am 10.09.2012.

289 Empfehlungen zum Thema kommunale Patenschaften und Partnerschaften des Landesbeirats für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein-Westfalen vom 20.03.1995. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 7802; die Empfehlungen wurden auch abgedruckt in: Der gemeinsame Weg, Heft 79, 1995, S. 21-22. Alle im Folgenden genannten Inhalte der Empfehlungen lassen sich dort nachlesen.

290 Jochen Walter: Zwischen Identitätsbewahrung und Völkerverständigung, S. 342.

291 Ebenda, S. 335.

292 Heimatkreis Stuhm in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Rotenburg (Hg.): Heimat, S. 38.

sei die Umwandlung der Patenschaft von Beckum über Grottkau in eine Partnerschaft mit Grodków genannt.<sup>293</sup> Insgesamt haben sich bis 2009 aus etwa 70 Patenschaften kommunale Partnerschaften entwickelt, wobei bei dieser Zahl leider nicht zwischen Umwandlungen und Erweiterungen unterschieden und keine Information über den Grad der Einbindung der Patenschaftsnehmer gegeben wurde.<sup>294</sup>

Wie entwickelte sich die Patenschaftsarbeit in Solingen nun weiter, sieht man von dem Patenschafts-Partnerschafts-Diskurs ab? Die immer weiter zurückgehenden Besucherzahlen bei den Heimattreffen führten mit dazu, dass man die Finanzierung der Patenschaft überdachte. Es wurden Einsparungen vorgenommen, so plante man beim Heimattreffen 1996 statt wie bisher 15.500 DM nur noch 11.500 DM ein. Um die neuen Vorgaben zu erfüllen, wurde unter anderem die Dauer der Veranstaltung gekürzt und der Blumenschmuck reduziert.<sup>295</sup> Auch an den insgesamt für die Patenschaftsarbeit veranschlagten finanziellen Mitteln lässt sich eine Einsparung ablesen, auch wenn der Etat nach einer einmaligen drastischen Kürzung relativ stabil blieb. So wurden 1990 noch 13.380 DM für die Patenschaft Solingen-Goldberg veranschlagt, 1992 waren es hingegen nur noch 12.000 DM. Bis zur Jahrtausendwende blieb es bei dieser Summe. In den Jahren ohne Heimattreffen war der Rückgang der Mittel noch stärker. Im Jahr 1991 wurden 2.000 DM veranschlagt, 1993 nur noch 500 DM und bei diesem Stand verharren die Haushaltsgelder bis 2000. Das entspricht einer Kürzung um 75 Prozent. Dass damit keine großen Leistungen mehr verbunden sein konnten, liegt auf der Hand. Als sich 1995 zum 40. Mal die Übernahme der Patenschaft jährte, wurden erstmals keine besonderen Maßnahmen zur Feier dieses Jahrestags unternommen. Im Jahr 1998 wurde zudem nicht mehr das Theater- und Konzerthaus für das Goldberger Heimattreffen gebucht, sondern man mietete Räumlichkeiten innerhalb einer Gaststätte in Solingen-Widdert an. Das Theater- und Konzerthaus mit seinen weitläufigen Räumlichkeiten schien für die geringen Besucherzahlen nicht mehr geeignet. Vonseiten des Heimatkreises wurde die Veränderung im Grunde positiv aufgenommen, im früheren Gebäude habe es schon lange Beschwerden wegen der teuren und qualitativ minderwertigen Verpflegung gegeben und der neue Veranstaltungsort sei zudem sehr gemütlich.<sup>296</sup> Im Vergleich zum repräsentativen Theater- und Konzerthaus im Zentrum der Stadt büßten die Heimattreffen mit dem Wechsel in ein weiter abgelegenes Restaurant einen Teil ihres öffentlichen Charakters ein. Für Außenstehende machte diese Veränderung die Goldberger Heimatkreistreffen nicht eben attraktiver, betonte sie doch auch räumlich die „Geschlossenheit“ der Gemeinschaft der Goldberger, die auch zuvor schon inhaltlich in hohem Maß gegeben war. Nach wie vor veränderte sich das Programm der Heimattreffen aber kaum. Seit 1994 wurde zwar die Gelegenheit zu einer Stadtrundfahrt durch Solingen angeboten und die ehemaligen Goldberger wurden zum Mitsingen bei schlesischen Liedern eingeladen, um sie mehr an den Heimattreffen zu beteiligen, aber hierbei kann von keiner bedeutenden Veränderung die Rede sein.<sup>297</sup> Diesem Kriterium entsprach ein Vorschlag aus dem Stadtarchiv Solingen eher. Aline

293 Johannes Hoffmann: Von Patenschaften zu Partnerschaften, S. 320; Hoffmann nennt an anderer Stelle beispielsweise noch die Erweiterung der Patenschaft über Bad Altheide-Albendorf um eine Partnerschaft mit Polanica-Zdrój und die Umwandlung der Patenschaft Lüdenscheids (Kreis) über Ratibor (Kreis) in eine Partnerschaft mit Racibórz 2001. Ebenda, S. 325.

294 Harald Lwowski: Zur Entwicklung der Kommunalpartnerschaften mit Polen. In: Hans-Werner Retterath (Hg.): Kommunale Partnerschaften zwischen West und Ost. Referate der Tagung des Johannes-Künzig-Instituts für ostdeutsche Volkskunde vom 7. bis 9. November 2007. Freiburg i. Br.: Johannes-Künzig-Institut für ostdeutsche Volkskunde 2009 (Schriftenreihe des Johannes-Künzig-Instituts 11), S. 171-185, hier S. 181.

295 Vergleich zwischen einem bisherigen und einem neueren Angebot zur Ausrichtung des Goldberger Heimattreffens für das Jahr 1996, vorgestellt in einem Diavortrag von Wolfgang Görke beim Büro des Rates am 22.01.1996. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 526.

296 Schreiben der Redakteurin der „Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten“ Jutta Graeve-Wölbling an das Büro des Rates (Wolfgang Görke) vom 10.06.1998. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 7802.

297 Jutta Graeve: Solingen rüstet zum 20. Heimattreffen. In: Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten, 45. Jahrgang, 15. März 1994, S. 34-35.

Poensgen gab in einem Brief an Erwin Kohnke beim Büro des Rates die Anregung, die Zusammenarbeit mit Polen in Bezug auf Goldberg weiter auszubauen. Dazu solle man dortigen deutschen Heimatvereinen Material aus der Heimatstube überlassen, die Heimattreffen in Solingen aufgeben und mit den dadurch freigesetzten Mitteln die Arbeit eines polnischen Dokumentationszentrums zu Goldberg unterstützen.<sup>298</sup> Damit sei laut Aline Poensgen den Goldbergern und ihrer Kultur mehr gedient, da sich ohnehin viele Goldberger in Złotoryja engagieren würden. In seiner Antwort bleibt das Büro des Rates den bisherigen Leitlinien treu.<sup>299</sup> Eine Partnerschaft mit Złotoryja sei nicht geplant und man könne auch kein Material an das Dokumentationszentrum abgeben. Ebenso könne man nicht auf die Heimattreffen verzichten, da dies zu den Verpflichtungen der Patenschaft gehöre, und außerdem habe schon die Verlegung der Treffen in die Gaststätte in Widdert zu Protesten geführt.<sup>300</sup> Tatsächlich hätte eine Aufgabe der Goldberger Heimatkreistreffen und der Heimatstube einerseits vermutlich zu starken Protesten geführt, denn erstens hatten sich die ehemaligen Goldberger auch gegen Ende des 20. Jahrhunderts noch so viel mitzuteilen, dass die Darbietenden auf der Bühne Mühe hatten, sich Gehör zu verschaffen, und zweitens trugen die Heimattreffen, so Martin Schubert, sogar noch in den 1990er-Jahren dazu bei, selten gewordene Zeugen in Rentenangelegenheiten zu finden.<sup>301</sup> Andererseits sahen sich vor allem die Heimatstuben in den 1990er-Jahren angesichts des Schwunds des einzigen Nutzerkreises mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Sie standen zwischen dem Anspruch der Besucher auf „Heimatlichkeit“ auf der einen Seite und „notwendigen Professionalisierungstendenzen“ zum Gewinn neuer Besuchergruppen auf der anderen Seite und hätten sich neu definieren müssen.<sup>302</sup> Ob der Materialtransfer von Kulturgegenständen aus der Goldberger Stube nach Polen und die dafür notwendige Aufgabe der Goldberger Heimattreffen hierfür das geeignete Mittel gewesen wäre, soll hier dahingestellt bleiben. Immerhin war es ein diskussionswürdiger Ansatz, der auch zur Erarbeitung weiterer Alternativen hätte führen können.

Ein Punkt, der bei der „west-ostdeutschen“ Patenschaftsarbeit in den 1990er-Jahren allgemein übersehen wurde, war, dass die meisten Patenschaftsurkunden dringend einer Überarbeitung bedurft hätten.<sup>303</sup> Die politischen Inhalte vieler Urkunden, die oben in dieser Arbeit angesprochen wurden, waren spätestens seit 1990 überholt und in Zeiten eines zusammenwachsenden Europas völlig deplatziert. Auch in Solingen dachte wohl niemand an diese Problematik, zumindest gibt es dafür keinerlei Hinweise in den Akten. So will Solingen den Goldbergern auch heute noch dabei helfen, ihr „Volkstum“ zu wahren, bis „eine glückliche Fügung“ ihre „Heimkehr möglich macht“.<sup>304</sup>

Die politischen Veränderungen hatten auch auf eine der konkreteren Patenschaftsverpflichtungen Auswirkungen. So verlor nun eine Aufgabe, die noch in den 1970er- und 1980er-Jahren ein wichtiger Bestandteil der Patenschaftsarbeit gewesen war, nach und nach an Bedeutung. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der

298 Vgl. Schreiben der Stadtarchivarin Solingens Aline Poensgen an das Büro des Rates (Erwin Kohnke) vom 26.02.1998. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 7802.

299 Zu den Einzelheiten der Antwort von Wolfgang Görke vgl. Schreiben des Büros des Rates (Wolfgang Görke) an das Stadtarchiv Solingen (Aline Poensgen) vom 02.03.1998. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 7802.

300 Vielleicht hatte es vor dem Wechsel in das Restaurant kritische Stimmen gegeben, die nicht überliefert wurden, aber insgesamt kann, wie auch der oben angeführte Brief von Jutta Graeve-Wölbing an Wolfgang Görke beim Büro des Rates am 10.06.1998 (Fußnote 296) zeigt, die Kritik nicht allzu groß gewesen sein.

301 Bunter Abend im Konzertsaal. Aus: Solinger Morgenpost, 20.05.1996. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 526. Darin wird auch erwähnt, dass der Solinger Oberbürgermeister Gerd Kaimer seine Rede immer wieder unterbrechen musste, weil die Lautstärke der Gespräche im Saal zu groß war.

302 Vgl. Manuela Schütze: Zur musealen Aneignung, S. 111.

303 Jochen Walter: Zwischen Identitätsbewahrung und Völkerverständigung, S. 343.

304 Urkunde über die Patenschaft Solingen-Goldberg (Schlesien). Stadtarchiv Solingen, Sign. U 39.

politischen Wende änderte sich die Situation der ehemaligen Goldberger in Polen und in der ehemaligen DDR erheblich. Der Aufschwung kam und vor allem die alten Goldberger in den neuen Bundesländern waren nicht mehr auf die Hilfssendungen mit „Raritäten“ aus dem Westen angewiesen. Dennoch wurden die Hilfssendungen von Solingen lange beibehalten, im Jahr 2000 wurden sie schließlich in Geldsendungen im Wert von 50 DM umgewandelt.<sup>305</sup> Man hatte eingesehen, dass mit diesem Geld den Menschen im Jahr 2001 wohl mehr geholfen sei, als mit Kaffee, Tee und Schokolade.

Was die ehemaligen Goldberger betrifft, so scheint es, dass diese mit der Patenschaftsarbeit auch in den 1990er-Jahren noch zufrieden waren. Das zeigte sich, als die Heimatkreisbeauftragte Renate Boomgarden 1992 die Stadt Solingen lobte, dass diese im Gegensatz zu anderen Patenschaftsträgern nach wie vor eine enge Verbundenheit mit Goldberg zeige. Als negatives Beispiel nannte sie die Patenschaft Niedersachsens für die Landsmannschaft Schlesien. Das Bundesland habe das Budget der Patenschaft so weit gekürzt, dass infolgedessen keine Schlesier-Treffen mehr veranstaltet werden konnten. Solingen stehe mehr zu seiner Patenschaft und sei so für die Goldberger zu einer zweiten Heimat geworden.<sup>306</sup> Die Verbundenheit der vertriebenen Goldberger mit ihrer Patenstadt zeigte sich aber auch durch ganz konkrete Handlungen einiger weniger exponierter Goldberger. Ein Beispiel hierfür lieferte der Evangelische Krankenhausverein Goldberg.<sup>307</sup> Er hatte sich im Jahr 2000 aufgelöst, nachdem er die Feststellung traf, in Złotoryja gebe es nun zu wenige bedürftige und kranke ursprüngliche Goldberger, denen er noch helfen könne. Das Vereinsvermögen von 9.000 DM spendete man zu gleichen Teilen an drei gemeinnützige Vereine aus Solingen.

Insgesamt gesehen kann man bei der Patenschaft Solingen-Goldberg in den 1990er-Jahren deutliche Auflösungserscheinungen konstatieren. So wurden Mittel und Maßnahmen eingeschränkt, die Besucherzahlen gingen konstant zurück und neue Impulse im „west-ostdeutschen Patenschaftswerk“ wurden nicht aufgegriffen. So standen die Zeichen der Zeit auch beim „west-ostdeutschen Patenschaftswerk“ insgesamt auf Völkerverständigung und viele Patenschaften wurden um einen grenzüberschreitenden Austausch mit den Herkunftsländern der betroffenen Vertriebenen erweitert. Besonders durch das Versäumnis, die Patenschaft Solingen-Goldberg um eine Partnerschaft mit Złotoryja zu bereichern und sie so dem Zeitgeist anzupassen, wurde die Patenschaft auf ein kulturelles Abstellgleis geschoben. An dieser Politik hat sich bis heute nichts geändert, und so wird die Patenschaft aller Wahrscheinlichkeit nach früher oder später enden.

---

305 Schreiben des Stadtdiensts Presse und Partnerschaften (Wolfgang Görke) an den ehemaligen Goldberger Jan Majka in Polen vom 26.01.2001. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 9091.

306 Jutta Graeve: Heimatkreistreffen in Solingen. Über eintausend Besucher kamen in die Patenstadt. Ein Bericht. In: Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten, 43. Jahrgang, 15.06.1992, S. 84-85.

307 Zur Spende des Evangelischen Krankenhausvereins Goldberg an Solingen vgl. Entwurf des Weihnachtsgrußes für das Jahr 2000 (ohne genaues Datum und Autor). Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 9091.

### 3.4 Patenschaft und Integration – Was wurde aus dem Leitziel?

Im Kapitel 2.4 dieser Arbeit wurde geschildert, welche Ziele mit dem „west-ostdeutschen Patenschaftswerk“ verfolgt wurden. Demnach sollte eine spezielle Betreuung der Vertriebenen und Flüchtlinge im Rahmen dieser Patenschaften zu deren Integration beitragen. Diesem Leitziel dienten verschiedene Zielkomponenten, wobei von Beginn an neben der sozialen und der politischen Ebene vor allem die kulturelle Komponente betont wurde. Die beiden ersten Punkte verloren in der Folgezeit mehr und mehr an Bedeutung und so wurde der kulturelle Aspekt der Patenschaft, vor allem seit den 1970er-Jahren, zur zentralen Funktion des Patenschaftswerks. Damit erklärt sich der enge Bezug zur kulturellen Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge. Aus diesem Grund und um den Rahmen dieser Arbeit nicht zu sprengen, wird im Folgenden weniger detailliert auf andere Dimensionen von Integrationsprozessen, etwa struktureller, sozialer und identifikatorischer Natur, eingegangen werden.<sup>308</sup> Vielmehr sollen die Fragen aufgegriffen werden, wie groß der Beitrag der Patenschaften zur kulturellen Integration der Vertriebenen tatsächlich war oder sein konnte und inwiefern man darüber überhaupt eine Aussage machen kann.

Das Patenschaftswerk entstand, wie beschrieben, in den 1950er-Jahren, einer Zeit, in der sich das Leben der Vertriebenen in der Bundesrepublik in der Regel normalisiert hatte. Immer mehr Vertriebene hatten infolge des Wirtschaftsbooms Arbeit gefunden, wengleich hier ein Unterschichtungsphänomen und häufig der Verlust des früheren Status verzeichnet werden musste und der Anteil von Vertriebenen unter den Arbeitslosen aufgrund der Bevorzugung von Einheimischen bzw. der Benachteiligung von Vertriebenen noch 1955 höher war als der der Alteingesessenen.<sup>309</sup> Durch das Bundesvertriebenengesetz und die finanziellen Starthilfen des Lastenausgleichs wurde die soziale und strukturelle Integration dieses Personenkreises vorangebracht, wengleich diese je nach Aufnahmeort stark variierte und sich erst in der zweiten und dritten Generation bemerkbar machen konnte. Nachdem die größte Not überwunden war, wurden sich viele Heimatvertriebene, zum Teil erstmals, ihrer kulturellen Wurzeln bewusst. Nach Auflösung des Versammlungsverbots begannen sie damit, diese Wurzeln als virtuelle, da nicht mehr real existierende, Gemeinschaft zu pflegen. Hier lässt sich ein Bezug zu einer Theorie des Ethnologen Ulrich Tolksdorf finden, in der er die kulturelle Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in einem Sechsstufenmodell beschrieb.<sup>310</sup> Auf eine 1. Phase des Kulturschocks direkt nach der Ankunft, in der die Vertriebenen die Erfahrung von Fremdheit, Isolation und Desorientierung gemacht hätten, sei die 2. Phase des Kulturkontakts gefolgt, in der sie die Rückkehrhoffnungen langsam aufgegeben und damit begonnen hätten, sich mit der Ankunftsgesellschaft auseinanderzusetzen. In einer 3. Phase sei es, laut Tolksdorf, zum Kulturkonflikt gekommen, der erst durch den Kulturkontakt ermöglicht worden sei und durch „Überfremdungsangst“ zu ethnischen Vorurteilen und Verurteilungen geführt habe. In dieser Phase habe auch ein erster Rückgriff auf die teilweise längst vergessene Kultur der Ausgangsregion stattgefunden, um im kleinen, vor allem innerfamiliären Kreis der Aufnahmegesellschaft die eigene Kultur entgegenzustellen. Dadurch sollte dem Vorwurf der Vergangenheits- und Traditionslosigkeit begegnet werden. An diese 3. Phase soll sich

308 Zu den Dimensionen und Inhalten von Integrationsprozessen vgl. etwa Wolfgang Bosswick: Integration. In: Detlef Brandes, Holm Sundhaussen, Stefan Troebst in Verbindung mit Kristina Kaiserová und Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts. Wien: Böhlau 2010, S. 295-298.

309 Der Prozentsatz der Vertriebenen unter den Arbeitslosen lag bei 58,5 Prozent, siehe Andreas Kossert: Kalte Heimat, S. 93. Zu den Arbeits- und Lebensbedingungen der Vertriebenen in der frühen Bundesrepublik vgl. im Folgenden: Kapitel „Deutschlands Problem Nr. 1“. Eingliederungsbemühungen und Lastenausgleich. Ebenda, S. 87-138 (passim).

310 Zum Sechsstufenmodell von Tolksdorf vgl. Ulrich Tolksdorf: Phasen der kulturellen Integration bei Flüchtlingen und Aussiedlern. In: Klaus J. Bade (Hg.): Neue Heimat im Westen. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler. Münster: Westfälischer Heimatbund 1990, S. 106-127.

die 4. Phase der sekundären Minderheitenbildung angeschlossen haben. Hier sei der Rückgriff auf die eigene Kultur, der in der dritten Phase der kulturellen Integration begonnen habe, auf überregionale Zusammenschlüsse, also Vertriebenenverbände und andere Formen der ostdeutschen Kulturarbeit, ausgeweitet worden. Die Verbindung zur Ursprungsgesellschaft, unter Bezug auf einen „restaurativen Heimat- und Kulturbegriff“, sollte laut Tolksdorf der Kompensation und Wiederherstellung der verlorenen Identität dienen und hätte sich vor allem in den 1950er-Jahren abgespielt. Die 5. Phase sei durch die Akkulturation der Heimatvertriebenen charakterisiert worden. Hier seien Elemente sowohl der Eigen- als auch der Fremdkultur miteinander verschmolzen, wodurch den Vertriebenen, vor allem der zweiten und dritten Generation, in den 1960er- und 1970er-Jahren ein verbessertes Selbstbewusstsein im Alltag ermöglicht worden sei. Die letzte Phase der kulturellen Integration, die der punktuellen Bewahrung, ordnete Tolksdorf zeitlich dem Heute, der postmodernen Gesellschaft, zu. Auch scheinbar wertlose, aus der „alten Heimat“ mitgebrachte Gegenstände erhielten, so der Autor, in dieser Phase einen hohen symbolischen Wert. Die Suche nach den kulturellen Wurzeln, zum Teil unabhängig von den landsmannschaftlichen Organisationen, sei es in Form von kulinarischen Rückbezügen oder auch Reisen,<sup>311</sup> habe aber die emotionale Integration der Vertriebenen verzögert. Insgesamt, meinte Tolksdorf, sei die kulturelle Integration der Heimatvertriebenen auch noch nicht abgeschlossen. Die deutsche Gesellschaft müsse mehr als „Salatschüssel“ denn als „Schmelztiegel“ verstanden werden, in der die kulturellen Erfahrungen nicht verschmelzen, sondern eher nebeneinander, als grobe Einheit bestehen. Wenn die Heimatvertriebenen sich also in Heimatgemeinschaften zusammenschlossen und ihre Heimatkultur pflegten, lässt sich das der von Tolksdorf beschriebenen 4. Phase, der sekundären Minderheitenbildung, zuordnen. Die Patenschaften waren eine Form, in der sich der Zusammenschluss zu einzelnen Heimatkreisgemeinschaften äußerte. Hier wurde die Begegnung der virtuellen Gemeinschaft von ehemaligen Bewohnern einzelner Orte im Vertreibungsgebiet auf institutionellem Weg gefördert. Das konnte auch zur Linderung von Heimweh beitragen, das sich beispielsweise in der Rückkehrabsicht äußerte, die laut Umfrageergebnissen 1949 82 Prozent und 1962 immerhin noch 52 Prozent der Vertriebenen hatten.<sup>312</sup> Schließlich wurde auf den Heimatkreistreffen die Heimat zumindest eine kurze Zeit lang wieder lebendig, denn man konnte in der Heimatstube nicht nur die Kulturgüter aus den Herkunftsregionen besichtigen, sondern auch die Bekannten von einst treffen und so Erinnerungen wieder wach werden lassen. Die Historikerin Marita Krauss beurteilte die Verbindung von Erinnerung und Integration folgendermaßen: „Die Erinnerung an die Herkunftsregion, ihre Tradition und Kultur ist wichtig, denn die Zukunft lässt sich nur gewinnen, wenn man die Vergangenheit und ihre Erfahrungen annimmt.“<sup>313</sup> Auch Elisabeth Fendl, tätig beim Johannes-Künzig-Institut für ostdeutsche Volkskunde, meinte, dass der Integrationsprozess der Vertriebenen eng mit dem Rückgriff auf Kulturmuster und Lebensstrategien aus der alten Heimat verbunden sei.<sup>314</sup> Besondere Bedeutung kam den Heimattreffen auch dadurch zu, dass sich die Menschen wieder als Teil einer intakten sozialen Gemeinschaft empfinden konnten und hier die Anerkennung fanden, die ihrem früheren sozialen Status entsprach.<sup>315</sup> Durch die Heimattreffen wurde also, entsprechend Tolksdorfs Beschreibung der sekundären Minderheitenbildung, die kollektive Identität der virtuellen Heimatkreisgemeinschaften kontinuierlich gepflegt und aufrechterhalten, wodurch auch auf die individuelle Identität der Ver-

311 Vgl. Andreas Kossert: *Kalte Heimat*, S. 128.

312 Vgl. ebenda, S. 88f.

313 Marita Krauss: *Integration. Fragen, Thesen, Perspektiven zu einer vergleichenden Vertriebenenforschung*. In: Dieselbe (Hg.): *Integrationen. Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008, S. 13.

314 Vgl. Elisabeth Fendl: *Der Rückgriff auf die alte Heimat als Maßstab der Integration*. In: *Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg* (Hg.): *Angekommen! – Angenommen? Flucht und Vertreibung 1945 bis 1995*. Filderstadt: Weinmann 1996, S. 83-93, hier S. 92.

315 Alfred Karasek-Langer: *Volkskundliche Erkenntnisse aus der Vertreibung und Eingliederung der Ostdeutschen*. In: *Jahrbuch für Volkskunde der Heimatvertriebenen 1* (1955), S. 11-65, hier S. 33.

triebenen Einfluss genommen wurde.<sup>316</sup> Die identifikative Integration der Vertriebenen konnte dadurch jedoch negativ beeinflusst werden, dass sich einige Vertriebene zwischen der Identität als Angehöriger ihrer Herkunftskultur und der Identität als Bürger der Bundesrepublik aufrieben.<sup>317</sup> Das würde auch zu der Feststellung passen, dass die jüngeren Generationen der Vertriebenen selten für die Patenschaftsarbeit gewonnen werden konnten, denn diese hatten andere Identitätsmuster als ihre Eltern und Großeltern und die kollektive Identität der Heimatgemeinschaften stellte für sie nicht mehr die entscheidende Bezugsgröße der eigenen Identität dar.<sup>318</sup> Sie konnten in die Tolksdorf'sche fünfte und sechste Phase der kulturellen Integration weitaus leichter eintreten als ihre direkten Vorfahren. Für die Erlebnisgeneration stellte sich das anders dar, vor allem die psychologische Verarbeitung des Heimatverlusts dauerte lange und so wurde auch die emotionale Verbindung zur Aufnahmegesellschaft erschwert und der Bezug zur Ursprungsgesellschaft weiterhin häufig als Quelle der eigenen Identität herangezogen.

Zumindest für die Patenschaft Solingen-Goldberg gibt es Anhaltspunkte dafür, dass den ostdeutschen Vertriebenen durch das Wiederbeleben der Heimatkultur und den Austausch mit der eigenen Schicksalsgemeinschaft, vor allem in den ersten Jahren des Bestehens der Patenschaft, durchaus die Eingliederung in die neue Heimat erleichtert wurde. Man sammelte durch die Begegnung mit den Schicksalsgenossen auf den Heimattreffen Kraft für den Alltag.<sup>319</sup> So wurde in den „Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten“ über das erste Goldberger Heimatkreistreffen 1956 folgendermaßen berichtet: „Es war der schönste Tag im Westen, aufregend, anstrengend, aber es gab ein Wiedersehen.“<sup>320</sup> Und von der Patenstadt wurde anfangs auch konkrete Hilfestellung bei Eingliederungsfragen gegeben. Hierfür kann der auf einem Goldberger Heimattreffen im Jahr 1964 gehaltene Vortrag eines Stadtbediensteten zum Thema „Schadensfeststellung – Hauptentschädigung – Möglichkeiten der Erfüllung“ als Beispiel dienen.<sup>321</sup> Letztendlich können auch die Besucherzahlen, zu Höchstzeiten 3.000 Personen, als Beleg dafür angesehen werden, dass die Patenschaftsarbeit in Solingen für das Selbstverständnis der vertriebenen Goldberger in der Bundesrepublik eine durchaus hohe Bedeutung hatte. Sonst ließe sich nur schwer erklären, warum manche ehemaligen Goldberger teilweise noch in den 1990er-Jahren aus Kanada anreisen oder auf Feldbetten in Turnhallen übernachteten, nur um ein Wochenende in der Klingensteinadt zu verbringen. Zur Integration leistete die Patenschaft Solingen-Goldberg laut dem Publizisten und Heimatkreisvertrauensmann Goldbergs Hanns-Ulrich Pusch auch in den 1970er-Jahren noch einen Beitrag. Er erklärte in einem Radiobeitrag des NDR, dass durch die Patenschaft das Recht auf Heimat, welches er als Recht auf eine geistige und kulturelle Heimat begreife, erhalten werde. Außerdem würden junge Leute auf den Heimattreffen lernen, die Kultur der Eltern besser zu verstehen.<sup>322</sup> Auch heute

316 Ähnlich schildert es Walter Tonța für die vertriebenen Heimatortsgemeinschaften der Banater Schwaben; vgl. Walter Tonța: *Bewahrung der kollektiven Identität und der Brücke zum Banat. Zur Rolle der Heimatortsgemeinschaften.* In: (Ders.), Walter Engel (Hg.): *Identität und Integration. Die Banater Schwaben in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur 45. Kulturtagung in Sindelfingen – 14./15. November 2009.* Stuttgart: Landsmannschaft der Banater Schwaben, Landesverband Baden-Württemberg [Eigendruck] 2010, S. 33-60.

317 Ähnlich stellt es auch K. Erik Franzen für die Sudetendeutsche Volksgruppe fest: vgl. K. Erik Franzen: *Der vierte Stamm*, S. 58 oder auch S. 444.

318 Dies könnte den Effekt der anderen Faktoren, die zum Schwund der Besucherzahlen von Patenschaftstreffen geführt haben (mangelnde Innovationsbereitschaft und gesamtdeutsche Meidung der Themenbereiche Flucht und Vertreibung), zusätzlich verstärkt haben.

319 So stellt es auch Georg Hermanowski für das Patenschaftswerk allgemein fest: vgl. Georg Hermanowski: *Vom Sinn der Patenschaft*, S. 11.

320 *Nachlese vom Solinger Treffen.* In: *Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten*, 7. Jahrgang, 15.07.1956, S. 1.

321 *Nachklänge zum Patenschaftstreffen.* In: *Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten*, 15. Jahrgang, 15.07.1964, S. 79f.

322 *Textform eines Radiobeitrags von Hanns-Ulrich Pusch in der Sendung „Alte und neue Heimat“*, ausgestrahlt am 23.09.1972 um 13.45 Uhr beim Sender NDR. Aus: *Stadtarchiv Solingen*, Sign. SG

noch berühren die Heimattreffen ihre immer weniger werdenden Besucher stark. Für einzelne vertriebene Goldberger scheint die Patenschaft demnach wichtig für ihr Selbstverständnis in der Bundesrepublik gewesen zu sein. Allerdings muss beachtet werden, dass die Patenschaft nur einen kleinen Teil der ehemaligen Goldberger aktiv erreichte. 70.000 Goldberger hatten Schlesien infolge des Krieges verlassen müssen;<sup>323</sup> wenn also 1961 und 1963 mit 3.000 Besuchern der höchste Besucherstand der gesamten Patenschaftsgeschichte erreicht wurde, repräsentierten diese 3.000 doch nur 4 Prozent der vertriebenen Goldberger. Die Patenschaft Solingens konnte so, wie bereits an anderer Stelle gezeigt, nur ein symbolischer Solidaritätsakt sein, der für einige wenige ehemalige Goldberger den Alltag in der Aufnahmegesellschaft erleichterte. Einen bedeutenden Beitrag zur Integration aller ehemaligen Goldberger stellte sie jedoch nicht dar.

Bisher wurde ausschließlich die Auswirkung von Patenschaften auf den unmittelbaren Bezugskreis derselben betrachtet. Integration ist jedoch keine Einbahnstraße, denn auch die aufnehmende Gesellschaft ist an ihr, nicht nur von institutioneller Seite, beteiligt. Inwiefern hatten die Patenschaften auch Folgen auf die Außenwirkung und Akzeptanz der Vertriebenen unter den Alteingesessenen? Konnten sie zum Abbau von Vorurteilen und Überfremdungsangst beitragen? Hierzu lässt sich ein abschließendes Urteil nur schlecht bilden. Die Quellenlage bietet, zumindest im Fall der Patenschaft Solingen-Goldberg, hierzu kein ausreichendes Material und auch in der einschlägigen Literatur wurde darüber bisher kaum berichtet. Indes gibt es hinreichende Indizien für die Vermutung, dass die Patenschaft Solingen-Goldberg diese Punkte nicht erfüllen konnte. Wie gezeigt, war die Beteiligung von Außenstehenden an der Patenschaft stets gering. Abgesehen von der Teilnahme einiger Stadtvertreter, der bergischen Funkengarde auf der Bühne und den Organisatoren der Patenschaft Solingen-Goldberg, wurde kaum über den Besuch von Einheimischen berichtet. Allein eine Patenschaft eines Solinger Turnverbands über einen Goldberger Sportverein wurde gelegentlich auch in den „Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten“ erwähnt und auch dieser nahm wohl spätestens seit den 1970er-Jahren nicht mehr an den Heimattreffen teil. Andere Berührungspunkte gab es kaum, da auch die Privatquartiere meist von Mitgliedern der örtlichen Vertretungen der Landsmannschaften gestellt wurden. Die Heimattreffen dienten vielmehr der Selbstbestätigung der Heimatkreisgemeinschaft Goldberg. Das starke Bedürfnis sich auszutauschen überwog noch bis in die 1990er-Jahre, sodass die Darbietungen auf der Bühne teilweise nicht einmal wahrgenommen wurden. Zur Aufklärung der Einheimischen über Kultur und Sitten der Herkunftsregion konnte so vermutlich kein Beitrag geleistet werden. In den Unterlagen der Stadt sowie in Artikeln in lokalen Zeitungen sind weder positive noch negative Reaktionen von Alteingesessenen überliefert. Ein abschließendes Urteil kann aus diesem Grund nicht gebildet werden. In der wissenschaftlichen Literatur lassen sich ähnlich wenige Hinweise auf die Wahrnehmung von Patenschaften in der Öffentlichkeit ermitteln. Bei Manfred Kittel findet sich jedoch ein solcher. Einer persönlichen Bilanz zu Patenschaften eines Experten des Vertriebenenministeriums zufolge hätten die Einheimischen den Patenschaften indifferent gegenübergestanden oder sie hätten diese abgelehnt, wenn sie zu viel Pathos hatten.<sup>324</sup>

„Man kann die Menschen aus ihrer Heimat vertreiben, aber nicht die Heimat aus den Menschen.“ Dieses Erich Kästner zugeschriebene Zitat wird nicht selten auch heute noch von Vertriebenen bemüht, um ihrem Heimweh Ausdruck zu verleihen.<sup>325</sup> Und so

---

12928. Die Beteiligung junger Vertriebener erfolgte jedoch, wie gezeigt, immer weniger, je länger die Patenschaft bestand.

323 Vgl. etwa Werner Müller: Solingen, S. 14.

324 Vgl. Manfred Kittel: Vertreibung, S. 99.

325 Vgl. <http://www.deutschbentschek.de/treffen2011.htm>, zuletzt abgerufen am 24.09.2012; <http://www.predigtpreis.de/predigt Datenbank/newsletter/article/predigt-ueber-matthaeus-2535-40.html>, zuletzt ab-

könnte man auch die Funktion zusammenfassen, die der Bezug zur „alten Heimat“ für die kulturelle Integration von Vertriebenen und Flüchtlingen haben konnte. Eine völlige Aufgabe der früheren kollektiv-kulturellen Identität zum Zweck einer vollständigen Assimilation in neuer Umgebung war kaum erfolgversprechend. Vielmehr trug es zur Eingliederung bei, wenn Elemente der Ursprungskultur zur Entwicklung der neuen Identität genutzt wurden, und die Patenschaften konnten theoretisch mit der Verbindung von alter und neuer Heimat vor allem für die Erlebnisgeneration durchaus einen Beitrag leisten. Allerdings wurde wohl nur ein geringer Teil der Vertriebenen tatsächlich durch die Patenschaftsarbeit erreicht und die Hochphase der Patenschaften und damit auch die Hochphase der integrativen Funktion derselben lag in den 1950er- und 1960er-Jahren. Danach wurde der Schwerpunkt der Patenschaft mehr auf ihren kulturellen Aspekt gelegt und die Bemühungen um eine Eingliederung gingen zurück, weil häufig angenommen wurde, dass die Assimilation der Vertriebenen bereits enorm fortgeschritten war. Eine genauere Untersuchung der Wahrnehmung der Patenschaftsarbeit sowohl von Einheimischen als auch von Vertriebenen, beispielsweise durch Zeitzeugenbefragungen (Stichwort: oral history), scheint notwendig, um die hier vorgebrachten Thesen belegen zu können. Die Interviews mit Zeitzeugen für die 1950er- und 1960er-Jahre sollten sich aufgrund des natürlichen Schwunds der Erlebnisgeneration mittlerweile jedoch schwierig gestalten.

## 4. Fazit

„Und so darf der gute Wille der einheimischen Bevölkerung, die mittellosen Flüchtlinge als gleichberechtigt aufzunehmen, der in der Übernahme der Tradition ostdeutscher Städte und Kreise einen besonders sichtbaren Ausdruck findet, für sich in Anspruch nehmen, einen Beitrag zur Konsolidierung der Bundesrepublik geleistet zu haben.“<sup>326</sup>

Haben die Patenschaften tatsächlich „einen Beitrag zur Konsolidierung der Bundesrepublik geleistet“? Kann also diese Aussage eines Mitarbeiters der Stadtverwaltung Solingen letztendlich bestätigt werden? Dazu sollen zunächst die Erkenntnisse dieser Arbeit rekapituliert werden.

Patenschaften über Vertriebene aus Ortschaften, die bis 1945 deutsch geprägt waren, entstanden vor allem in der Hochphase des Kalten Krieges in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren, wobei ihnen als Vorbilder zum Teil Patenschaften über im Ersten Weltkrieg umkämpfte Regionen in Ostpreußen dienten. Sie waren als Solidaritätsbekundungen gegenüber den Vertriebenen und Flüchtlingen gedacht und trugen dem sich in dieser Zeit immer stärker ausprägenden kulturellen Selbstbewusstsein der Vertriebenen Rechnung. Inhaltlich umfassten die Patenschaften mehrere Dimensionen. Eine kulturelle, eine politische, eine informative, eine soziale und eine strukturelle Ebene sollten laut Jochen Walter das „west-ostdeutsche Patenschaftswerk“ kennzeichnen. Für den Fall Solingen lässt sich sagen, dass die Patenschaft sich bereits in den ersten Jahren ihres Bestehens als Gratwanderung zwischen politischer und sozialer Komponente über das Medium Kultur unter dem Leitziel der Integration darstellte.

Das „west-ostdeutsche Patenschaftswerk“ prägte sich, entsprechend den oben mehrfach erwähnten Richtlinien der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände und des Verbunds der Landsmannschaften, in den folgenden Leistungen der Patenschaftsträger aus: Einrichtung einer Heimatstube, Abhaltung von regelmäßigen Heimattreffen, Hinweis auf die Patenschaft im Stadtbild, kleinere soziale Maßnahmen wie Paketsendungen an bedürftige Patenkinder in der DDR und Polen, Unterstützung von Publikationen zur Patenkommune sowie Leistungen, die häufig nicht lange aufrechterhalten wurden, wie Heimatortskarteien und Erholungsaufenthalte für Kinder von Vertriebenen. In dieser Zeit konnte die Patenschaft Solingen-Goldberg geradezu als Musterbeispiel einer „west-ostdeutschen Patenschaft“ angesehen werden, erfüllte sie doch nicht nur die empfohlenen Leistungen vorbildlich, sondern war sie zudem vom starken Engagement des Patenschaftsbetreuers der Stadtverwaltung Solingen geprägt. Währenddessen schritt die Integration der Vertriebenen im Privaten weiter voran, sodass allgemein davon ausgegangen wurde, sie sei spätestens in den 1960er-Jahren abgeschlossen. Es bildete sich der Mythos einer schnellen Integration der ehemaligen Ostdeutschen, von dem auch das Zitat am Kapitelanfang zeugt. Das Interesse an der Vertriebenenthematik nahm seit Mitte der 1960er-Jahre immer weiter ab, da zwischen internationalen Entspannungsbemühungen und „friedlicher Koexistenz“ vor allem für die politische Instrumentalisierung aller Bereiche der Vertriebenenkultur vonseiten der Vertriebenenverbände kein Platz mehr war. Zudem hatte sich der Täter-Opfer-Diskurs seit den 1960er-Jahren zu Ungunsten der Vertriebenen entwickelt, sie verschwanden aus der öffentlichen Wahrnehmung und die Pflege ostdeutscher Kultur wurde mehr und mehr zur Aufgabe allein der direkt Betroffenen. Der oben zitierte „gute Wille“ der Bevölkerung zur Aufnahme der Vertriebenen und Pflege ihrer Kultur schien

---

<sup>326</sup> Konzept des Presse- und Werbeamts (ohne Angabe des Autors) für einen Bericht über die Patenschaft Solingen-Goldberg, Titel: „Solingen und sein Patenkreis Goldberg in Schlesien“ vom 12.10.1964. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31218.

sich in der Bereitschaft, die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, zu erschöpfen.

Eine umfassende Beteiligung der Einheimischen erfolgte zumindest im Falle der Patenschaft Solingen-Goldberg, abgesehen von jener auf administrativer Ebene, nicht. Für viele ehemalige Goldberger waren dennoch die durch die Patenschaft ermöglichten Heimatkreistreffen von großer Bedeutung, konnte doch hier das Selbstverständnis und das „Wir-Gefühl“ ihrer virtuellen Gemeinschaft aus Goldbergern gepflegt und aufrechterhalten werden. Die Angehörigen dieser Gemeinschaft, die meist der ersten Vertriebenengeneration entstammten, nahmen sich selbst noch lange als Goldberger wahr, wohingegen die jüngeren Generationen andere Identitätsbezüge entwickelten und sich so auch für die Patenschaft nur selten begeistern ließen. Ferner wurden von Solinger Seite ab den 1970er-Jahren auch keine vertieften Anstrengungen unternommen, um die Jugend, die wenigen Aussiedler aus der Region um Goldberg oder gar nicht direkt Betroffene für die Patenschaft zu gewinnen. Anderen – wenn auch nur wenigen – „west-ostdeutschen Patenschaften“ gelang das eher und während diese lebendig und fruchtbar waren, stagnierte die Patenschaftsarbeit in Solingen und drohte dem Schwund der Erlebnisgeneration zum Opfer zu fallen. Dennoch muss auch gesagt werden, dass dies im Vergleich mit den Patenschaften insgesamt keine Besonderheit darstellt, geriet das „west-ostdeutsche Patenschaftswerk“ doch spätestens seit der „Neuen Ostpolitik“ unter den Verdacht, revisionistisch zu sein, und der dadurch entstandene Rechtfertigungsdruck führte häufig zu Mitteleinschränkungen, wenn nicht gar zur Aufhebung von Patenschaften. Viele Patenschaften waren jedoch nicht vordringlich politischen, sondern kulturellen Charakters.

Seit den 1980er-Jahren wurden Patenschaften zusätzlich durch die Konkurrenz von Partnerschaften mit Orten in den Staaten des Warschauer Pakts bedroht, wurden doch die Etats der anachronistisch anmutenden Patenschaften nicht selten zugunsten der neuen Bewegung gekürzt oder gestrichen. Der politische Umbruch in Osteuropa um 1990, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, stellte noch einmal einen Umbruch für das Patenschaftswerk dar, denn durch ihn konnte ein völlig neuer Austausch mit osteuropäischen Staaten erfolgen, bei dem die Patenschaften mit den Vertriebenen als Brücke dienen konnten. Auf Basis der gemeinsamen Vergangenheit bestand die Möglichkeit in der Gegenwart auf Völkerverständigung hinzuarbeiten und so wurden einige Patenschaften um Partnerschaften mit der kongruierenden osteuropäischen Stadt erweitert oder zu solchen umgewandelt. Da auf deutscher Seite das Interesse an der Vertriebenenthematik neu zu erwachen begann, als die politischen Motive zur Meidung des Themas mit der endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze wegfielen und die Konflikte auf dem Balkan an die eigene Geschichte erinnerten, war auch die Gelegenheit für eine Renaissance des Patenschaftswerks gekommen. In Solingen wurde sie nicht genutzt: Die vorhandene Möglichkeit zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem polnischen Złotyja wurde außer Acht gelassen. Im Grunde wurde das Solinger Modell der Patenschaft in der gesamten Zeit ihres immerhin beinahe 60-jährigen Bestehens nicht verändert. Das Ende der Patenschaft Solingen-Goldberg wird nun langsam absehbar. Beim Heimattreffen im Mai 2012 war die Beteiligung der immer älter werdenden ehemaligen Goldberger so gering, dass man das Treffen von zwei auf einen Veranstaltungstag herunterfuhr. Anderen Patenschaften, denen der Brückenschlag zur Partnerschaft genauso wenig gelang und die auch keine anderen Überlebensstrategien entwickelt haben, wird es ähnlich ergehen. Für die Heimatstuben, die mit den Patenschaften verschwinden werden, muss noch eine Lösung gefunden werden, soll das gesammelte Kulturgut, unter dem sich auch Schätze befinden können, nicht in Vergessenheit geraten und stattdessen dazu beitragen, das Erbe des histori-

schen Ostdeutschlands in das kulturelle Gedächtnis der deutschen Gesellschaft einzubinden.<sup>327</sup>

Der „gute Wille“ der einheimischen Bevölkerung erschöpfte sich in Bezug auf die Patenschaft Solingen-Goldberg also meist auf einen symbolischen Akt der Solidarität, der nur einen kleinen Kreis Vertriebener, meist der Erlebnisgeneration, überhaupt erreichte. Wenn die Patenschaftsarbeit in den 1950er- und 1960er-Jahren noch durch großes Engagement aller Beteiligten geprägt war und den Vertriebenen Kraft für den Alltag gab, so änderte sich das spätestens seit den 1970er-Jahren, was langfristig zum Ende des „west-ostdeutschen Patenschaftswerks“ führen wird. Ein „Beitrag zur Konsolidierung der Bundesrepublik“ konnte somit nur für kurze Zeit und nur in einem sehr kleinen Rahmen geleistet werden. Die Patenschaft Solingen-Goldberg stellt hierbei ein typisches Beispiel einer Patenschaft im Rahmen des „west-ostdeutschen Patenschaftswerks“ dar.

---

327 Eine Initiative hin zur Dokumentation der Heimatstuben bietet das Projekt „Dokumentation der Heimatsammlungen in Deutschland“ am Seminar für Europäische Ethnologie/Volkskunde der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg. Einsehbar unter: <http://www.bkge.de/heimatsammlungen/index.html>, zuletzt aufgerufen am 24.11.2013.

## 5. Quellen-, Internetquellen- und Literaturverzeichnis

### 5.1 Quellenverzeichnis

- Stadtarchiv Solingen, Sign. U 39.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. Gold A 89.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. S 5868.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. IV A 7.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. VA 152 1 vom 31.08.1971 – 07.06.1993.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4878.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4879.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4880.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4883.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4884.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4886.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4887.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4888.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4889.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4890.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4891.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4892.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4893.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4894.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4895.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4896.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4898.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4899.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4900.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4901.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 12927.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 12928.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 29828.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31186.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31187.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31188.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31189.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31191.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31192.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31194.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31218.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31220.
- Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 31221.
- Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 526.
- Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 1020.
- Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 1128.
- Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 1936.
- Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 7802.
- Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 7803.
- Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 9091.
- Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 9130.
- Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 9131.

- Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 13647.
- Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. ZZ Abl. Sta. 13, Nr. 588.
- Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. ZZ Abl. Sta. 10, Nr. 869.

## 5.2 Internetquellenverzeichnis

- Beer, Mathias: Rezension zu: Kossert, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. Berlin 2008. In: H-Soz-u-Kult, 20.02.2009. Auf: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2009-1-148>, zuletzt abgerufen am 10.10.2012.
- Sippel, Lilli: Spätaussiedler und Arbeitsmigranten aus Ost- und Mitteleuropa in der Bundesrepublik Deutschland. 2009. Auf: [http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user\\_upload/handbuch\\_texte/pdf\\_Sippel\\_Spaetaussiedler.pdf](http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Sippel_Spaetaussiedler.pdf), zuletzt abgerufen am 15.10.2012.
- Wecker, Verena: Sprache und Identität im Kontext der Migration schlesischer Aussiedler nach Deutschland. 2009. In: Studentische Arbeitspapiere zu Sprache und Interaktion, Heft 15. Auf: [http://noam.uni-muenster.de/sasi/Wecker\\_SASI.pdf](http://noam.uni-muenster.de/sasi/Wecker_SASI.pdf), zuletzt abgerufen am 09.10.2012.
- <http://www.bkge.de/heimatsammlungen/index.html>, zuletzt abgerufen am 24.11.2013.
- <http://www.deutschbentschek.de/treffen2011.htm>, zuletzt abgerufen am 24.09.2012.
- <http://www.landesbeirat.nrw.de/geschichte/02-Neuanfang/index.php>, zuletzt abgerufen am 09.12.2013.
- <http://www.ostpreussen-nrw.de/Gedenkschrift/rezension.htm>, zuletzt abgerufen am 24.09.2012.
- <http://www.predigtpreis.de/predigt Datenbank/newsletter/article/predigt-ueber-matthaeus-2535-40.html>, zuletzt abgerufen am 24.09.2012.
- <http://www.wuppertal.de/tourismus-freizeit/stadtportrait/partnerstaedte/102010100000011004.php>, zuletzt abgerufen am 10.09.2012.

## 5.3 Literaturverzeichnis

### Wissenschaftliche Literatur und graue Literatur:

- Bautz, Ingo: Die Auslandsbeziehungen der deutschen Kommunen im Rahmen der europäischen Kommunalbewegung in den 1950er und 60er Jahren. Städtepartnerschaften – Integration – Ost-West-Konflikt. Universität Siegen 2002.
- Beer, Mathias: Flüchtlinge – Ausgewiesene – Neubürger – Heimatvertriebene. Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsintegration im Deutschland nach 1945, begriffsgeschichtlich betrachtet. In: Beer, Mathias; Kintzinger, Martin; Krauss, Marita (Hg.): Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel. Stuttgart: Steiner 1997 (Stuttgarter Beiträge zur historischen Migrationsforschung 3), S. 145-167.
- Beer, Mathias: Verschlussache, Raubdruck, autorisierte Fassung. Aspekte der politischen Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik Deutschland (1949–1989). In: Pěsek, Jří; Holec, Roman; Cornelißen, Christoph

- (Hg.): Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945. Essen: Klartext 2005 (Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission 13, Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa 13), S. 369-401.
- Bellmann, Geerd: Die Patenschaft. 50 gemeinsame Jahre. Festansprache anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Patenschaft Kreis Gerdauen – Kreis Rendsburg-Eckernförde am 12. Oktober 2003 in Rendsburg. In: Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen e. V. (Hg.) (2004): 50 Jahre Patenschaft. Sonderband des Heimatbriefes Kreis Gerdauen; Nr. 34, Dezember 2004. Husum: Husum Druck- und Verlagsgesellschaft 2003, S.131-144.
  - Berting, Gerhard: Die Leistungen der Stadt Solingen für den Patenkreis Goldberg/Schlesien. In: Fiedler, Fritz; Wiedner, Johannes [Red.]: Festschrift zur 750-Jahr-Feier der Stadt Goldberg in Schlesien am 24. und 25. Juni 1961 in der Patenstadt Solingen. Recklinghausen: Der Schlesier 1961, S. 9-14.
  - Böke, Karin: Flüchtlinge und Vertriebene zwischen dem Recht auf die alte Heimat und der Eingliederung in die neue Heimat. Leitvokabeln der Flüchtlingspolitik. In: Böke, Karin; Liedtke, Frank; Wengeler, Martin: Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Berlin, New York: de Gruyter 1966 (Sprache, Politik, Öffentlichkeit 8), S. 131-210.
  - Bosswick, Wolfgang: Integration. In: Brandes, Detlef; Sundhausen, Holm; Troebst, Stefan in Verbindung mit Kristina Kaiserová und Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts. Wien: Böhlau 2010, S. 295-298.
  - Drost, Willi; Loup, Kurt: Danzig Düsseldorf. Eine Gabe zum zehnjährigen Bestehen der Patenschaft. Hg. v. Vertretung der Freien Stadt Danzig. Düsseldorf: Rheinisch-Bergische Druck- und Verlagsgesellschaft 1963.
  - Faulenbach, Bernd: Flucht und Vertreibung in der individuellen und kollektiven Erinnerung und als Gegenstand von Erinnerungspolitik. In: Flucht und Vertreibung. Europa zwischen 1939 und 1948. Mit einer Einleitung von Arno Surminski. Hamburg: Ellert & Richter 2004, S. 224-231.
  - Faulenbach, Bernd: Deutsche Erinnerungsgesellschaft in Ost und West seit 1989/90. In: Pěšek, Jirí; Holec, Roman; Cornelißen, Christoph (Hg.): Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945. Essen: Klartext 2005 (Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission 13, Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa 13), S. 453-471.
  - Fendl, Elisabeth: Der Rückgriff auf die alte Heimat als Maßstab der Integration. In: Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg (Hg.): Angekommen! – Angenommen? Flucht und Vertreibung 1945 bis 1995. Filderstadt: Weinmann 1996, S. 83-93.
  - Fiedler, Fritz; Wiedner, Johannes [Red.]: Festschrift zur 750-Jahr-Feier der Stadt Goldberg in Schlesien am 24. und 25. Juni 1961 in der Patenstadt Solingen. Recklinghausen: Verlag Der Schlesier 1961.
  - Flögel, Ute: Paradebeispiel einer Patenschaft. Rotenburg/Wümme-Angerburg/Ostpommern. In: Der gemeinsame Weg, Heft 46, April 1987, S. 1-4.
  - Flögel, Ute: Im Bewußtsein der Zusammengehörigkeit. Die ostdeutschen Patenschaften sind nicht eine Sache von gestern. In: Der gemeinsame Weg, Heft 52, Oktober 1988, S. 4-7.

- Flögel, Ute: Patenschaft über das „böhmische Paradies“. Stadt und Landkreis Fulda – Leitmeritz/Sudetenland und Oberglogau/Oberschlesien. In: Der gemeinsame Weg, Heft 53, Januar 1989, S. 31-35.
- Franzen, K. Erik : Der vierte Stamm Bayerns. Die Schirmherrschaft über die Sudentendeutschen 1954–1974. München: Oldenbourg 2010 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 120).
- Gussone, Nikolaus: Die Pflege der Kultur der deutschen Ostflüchtlinge und Ostvertriebenen in Nordrhein-Westfalen. In: Leidinger, Paul (Hg.): Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene in Westfalen und Lippe nach 1945. Beiträge zu ihrer Geschichte und zur deutsch-polnischen Verständigung. Münster: Aschendorff 2011 (Quellen und Forschungen zur Geschichte des Kreises Warendorf 46), S. 361-390.
- Hahn, Eva; Hahn, Hans Henning: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte. Paderborn, München, Wien, Zürich: Schöningh 2010.
- Hamperl, Wolf-Dieter: Vertreibung und Flucht aus dem Bezirk Tachau im südlichen Egerland. Bd. 4: Was bleibt. Dokumentation. 50 Jahre Patenschaft der Stadt Weiden in der Oberpfalz über Stadt und Kreis Tachau. 50 Jahre Heimatkreistreffen in Weiden. Altenmarkt: Mediform-GmbH 2006.
- Heimatkreis Stuhm in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Rotenburg (Hg.): Heimat bleibt Heimat. 40 Jahre Patenschaft Stuhm – Bremervörde – Rotenburg (Wümme) 1957–1997. Plön: Selbstverlag Heimatkreis Stuhm 1997.
- Herde, Georg: Unverändert auf Revisionskurs. „Ostdeutsche Kulturarbeit“ der Vertriebenenverbände und Patenschaftspolitik von Ländern, Städten und Gemeinden der Bundesrepublik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Monatszeitschrift. 26. Jahrgang, Heft 1, 1981, S. 48-56.
- Hermanowski, Georg: Vom Sinn der Patenschaft in unserer Zeit. In: Der gemeinsame Weg, Heft 1, 1975, S. 9-11.
- Hobinka, Edgar: Werben und wieder werben. 25 Jahre Patenschaft der Stadt Wetzlar für das ostdeutsche Lied. In: Der gemeinsame Weg, Heft 46, April 1986, S. 5-6.
- Hoffmann, Johannes: Von Patenschaften zu Partnerschaften. Ostdeutsche kommunale Patenschaften nach 1945 in Westfalen und ihre Wandlung zu deutsch-polnischen Städte- und Gemeindepартnerschaften in der Gegenwart. In: Leidinger, Paul (Hg.): Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene in Westfalen und Lippe nach 1945. Beiträge zu ihrer Geschichte und zur deutsch-polnischen Verständigung. Münster: Aschendorff 2011 (Quellen und Forschungen zur Geschichte des Kreises Warendorf 46), S. 315-328.
- Jeggel, Utz: Kaldaunen und Elche. Kulturelle Sicherungssysteme bei Heimatvertriebenen. In: Hoffmann, Dierk (Hg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. München: Oldenbourg 2000 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), S. 395-407.
- Karasek-Langer, Alfred: Volkskundliche Erkenntnisse aus der Vertreibung und Eingliederung der Ostdeutschen. In: Jahrbuch für Volkskunde der Heimatvertriebenen 1 (1955), S. 11-65.
- Kittel, Manfred: Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961–1982). München: Oldenbourg 2007 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer).
- Kossert, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. Berlin: Siedler 2008.

- Krauss, Marita: Integration. Fragen, Thesen, Perspektiven zu einer vergleichenden Vertriebenenforschung. In: Dieselbe (Hg.): Integrationen. Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008, S. 9-21.
- Kreisgemeinschaft Lyck e. V. (Hg.): 1955–2005. 50 Jahre Patenschaft Stadt Hagen Westfalen Kreis Lyck Ostpreußen. o. O.: [Selbstverlag] 2005.
- Küsters, Hanns Jürgen: Von der beschränkten zur vollen Souveränität Deutschlands. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 17/2005, 25. April 2005, S. 3-9.
- Landesbeirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein Westfalen (Hg.): Empfehlungen zum Thema kommunale Patenschaften und Partnerschaften. In: Der gemeinsame Weg, Heft 79, 1995, S. 21-22.
- Landsberg, Ludwig: Patenschaft oder Partnerschaft? Patenschaft und Partnerschaft. Die „Patenkinder“ des Landes Nordrhein-Westfalen. In: Der gemeinsame Weg, Heft 1, 1975, S. 7-8.
- Lask, Mattias: Der Heimat ein Heim. Kulturarbeit mit Aussiedlern in ostdeutschen Heimatstuben. In: Der gemeinsame Weg, Heft 73, Januar 1994, S. 29-31.
- Leidinger, Paul: Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene in Westfalen und Lippe nach 1945. Eine Einführung. In: Ders. (Hg.): Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene in Westfalen und Lippe nach 1945. Beiträge zu ihrer Geschichte und zur deutsch-polnischen Verständigung. Münster: Aschendorff 2011 (Quellen und Forschungen zur Geschichte des Kreises Warendorf 46), S. 9-40.
- Leidinger, Paul (Hg.): Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene in Westfalen und Lippe nach 1945. Beiträge zu ihrer Geschichte und zur deutsch-polnischen Verständigung. Münster: Aschendorff 2011 (Quellen und Forschungen zur Geschichte des Kreises Warendorf 46).
- Leitreiter, Herbert: Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge. Bundesvertriebenengesetz vom 19. Mai 1953 (BGBl. I S. 201) und Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Einkommensteuergesetzes vom 19. Mai 1953 (BGBl. I S. 222). Köln: Heymann 1953.
- Leonhart, Leonore: Das unsichtbare Fluchtgepäck. Kulturarbeit ostdeutscher Menschen in der Bundesrepublik. Köln, Berlin: Grote 1970.
- Lotz, Christian: Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948–1972). Köln: Böhlau 2007 (Neue Forschungen zur schlesischen Geschichte 15).
- Lwowski, Harald: Zur Entwicklung der Kommunalpartnerschaften mit Polen. In: Retterath, Hans-Werner (Hg.): Kommunale Partnerschaften zwischen West und Ost. Referate der Tagung des Johannes-Künzig-Instituts für ostdeutsche Volkskunde vom 7. bis 9. November 2007. Freiburg i. Br.: Johannes-Künzig-Institut für ostdeutsche Volkskunde 2009 (Schriftenreihe des Johannes-Künzig-Instituts 11), S. 171-185.
- Lynton, Nandani [Bearb.]: Vertriebene, Fremde, Nachbarn. Kultur und Geschichte der Ostvertriebenen im Kreis Neuss. [Neuss]: Oberkreisdirektor des Kreises Neuss 1992 (Schriftenreihe des Kreises Neuss 17).
- Ministerium für Arbeit, Soziales und Vertriebene des Landes Schleswig-Holstein (Hg.): Richtlinien und Empfehlungen für die ostdeutsche Kulturarbeit. Mit einem Veranstaltungsplan des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Vertriebene sowie des Landesverbandes der Vertriebenen Deutschen / Vereinigte Landsmannschaften Schleswig-Holstein für das Jahr 1961. Kiel: [Eigendruck] 1961.

- Mühlen, Heinrich von zur: Die Förderung der Kulturarbeit durch die öffentliche Hand. In: Merkatz, Hans Joachim von (Hg.): Aus Trümmern wurden Fundamente. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler: 3 Jahrzehnte Integration. Düsseldorf: Rau 1979, S. 304-308.
- Mühlen, Heinrich von zur: Leistung und Förderung im Wechselspiel. Drei Jahrzehnte Patenschaften in der Bundesrepublik Deutschland. In: Der gemeinsame Weg, Heft 17, März 1980, S. 7-9.
- Müller, Werner: Die Goldberger Gedenkstätte im Solinger Stadtarchiv. In: Fiedler, Fritz; Wiedner, Johannes [Red.]: Festschrift zur 750-Jahr-Feier der Stadt Goldberg in Schlesien am 24. und 25. Juni 1961 in der Patenstadt Solingen. [1211–1961]. Recklinghausen: Verlag Der Schlesier 1961, S. 87-96.
- Müller, Werner (1963): Solingen und sein Patenkreis Goldberg in Schlesien. Duisburg: Verlag für Wirtschaft und Kultur Renckhoff (Anker und Schwert, Sonderreihe 1).
- Perlick, Alfons (im Auftrag des Arbeits- und Sozialministers des Landes Nordrhein-Westfalen) (Hg.): Das west-ostdeutsche Patenschaftswerk in Nordrhein-Westfalen. Geschichte, Berichte und kulturelle Aufgaben. Mit einem Verzeichnis der west-ostdeutschen Patenschaften in der Bundesrepublik. Troisdorf/Rhld.: Wegweiserverlag 1961 (Der Wegweiser. Zeitschrift für das Vertriebenen- und Flüchtlingswesen / Schriftenreihe für die Ost-West-Begegnung 38).
- Plato, Alexander von: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. 2., durchges. Aufl. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2003 (Schriftenreihe 381).
- Reichert-Flögel, Ute: Ostdeutsche Patenschaften heute. Hg. v. Bundesminister des Innern. o. O.: [Eigenverlag], o. J. [um 1987].
- Retterath, Hans-Werner: Von der Ablehnung zum Engagement? Einstellungen von Vertriebenen und Aussiedlern zu kommunalen Partnerschaften mit dem östlichen Europa vor und nach der politischen Wende. In: Ders. (Hg.): Kommunale Partnerschaften zwischen West und Ost. Referate der Tagung des Johannes-Künzig-Instituts für ostdeutsche Volkskunde vom 7. bis 9. November 2007. Freiburg i. Br.: Johannes-Künzig-Institut für ostdeutsche Volkskunde 2009 (Schriftenreihe des Johannes-Künzig-Instituts 11), S. 55-103.
- Röger, Maren: Flucht, Vertreibung und Umsiedlung. Mediale Erinnerungen und Debatten in Deutschland und Polen seit 1989. Marburg: Verlag Herder-Institut 2011 (Studien zur Ostmitteleuropaforschung 23).
- Schebesch, Kurt: Auf die Zukunft ausgerichtet. Patenschaften und Partnerschaften – zwei aktuelle Themen. In: Der gemeinsame Weg, Heft 12 IV, 1978, S. 5-9.
- Schuch, Hans-Jürgen: Ostdeutsche Heimatstuben: Wem gehören sie? Wer kennt sie? In: Der gemeinsame Weg, Heft 53, Januar 1989, S. 10.
- Schütze, Manuela: Zur musealen Aneignung verlorener Heimat in ostdeutschen Heimatstuben. In: Dröge, Kurt (Hg.): Alltagskulturen zwischen Erinnerung und Geschichte: Beiträge zur Volkskunde der Deutschen im und aus dem östlichen Europa. München: Oldenbourg 1995 (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte 6), S. 96-111.
- Schultze-Rhonhof, Friedrich-Carl: Neuanfang in Münster. Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Münster von 1945 bis heute. Münster: Die Gesellschaft 1996.

- Schwartz, Michael: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961. München: Oldenbourg 2004 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 61).
- Schwarz, Henning: Die Patenschaften gehen uns alle an. Aus der Sicht des Landes Schleswig-Holstein. In: Der gemeinsame Weg, Heft 7 III, 1977, S. 28-29.
- Simnacher, Georg; Kotzian, Ortfried: Ostdeutsche Kulturarbeit im vereinten Deutschland. Möglichkeiten und Perspektiven. In: Der gemeinsame Weg, Heft 67, Juli 1992, S. 1-5.
- Sommerfeld, Aloys: Patenschaft mit dem ehemaligen ostpreußischen Kreis Rössel. In: Lynton, Nandani [Bearb.]: Vertriebene, Fremde, Nachbarn. Kultur und Geschichte der Ostvertriebenen im Kreis Neuss. [Neuss]: Oberkreisdirektor des Kreises Neuss 1999 (Schriftenreihe des Kreises Neuss 17), S. 181-183.
- Stadt Goslar (Hg.): Goslar machte den Anfang. Die Entstehung einer Patenschaft. Goslar: [Eigendruck] 1954.
- Statistisches Amt der Stadt Solingen (Hg.): Verwaltungsbericht der Stadt Solingen vom 01. April 1949 bis 31. Dezember 1966. Solingen: [Eigendruck] o. D.
- Stickler, Matthias: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972. Düsseldorf: Droste 2004 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 46).
- Stokłosa, Katarzyna: Polen und die deutsche Ostpolitik 1945–1990. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011.
- Ther, Philipp: Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1998 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 127).
- Thüer, Christoph: Die Patenschaft Recklinghausen-Beuthen O.S. im gesellschaftlichen Wandel 1952 bis heute. Recklinghausen: Bitter 2002.
- Tolksdorf, Ulrich: Phasen der kulturellen Integration bei Flüchtlingen und Aussiedlern. In: Bade, Klaus J. (Hg.): Neue Heimat im Westen. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler. Münster: Westfälischer Heimatbund 1990, S. 106-127.
- Tonța, Walter: Bewahrung der kollektiven Identität und der Brücke zum Banat. Zur Rolle der Heimatortsgemeinschaften. In: Engel, Walter (Hg.): Identität und Integration. Die Banater Schwaben in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur 45. Kulturtagung in Sindelfingen – 14./15. November 2009. Stuttgart: Landsmannschaft der Banater Schwaben, Landesverband Baden-Württemberg [Eigendruck] 2010, S. 33-60.
- Völkerling, Tim: Flucht und Vertreibung im Museum. Zwei aktuelle Ausstellungen und ihre geschichtskulturellen Hintergründe im Vergleich. Berlin: LIT Verlag 2008 (Zeitgeschichte, Zeitverständnis 17).
- Völkerling, Tim: Flucht und Vertreibung im kollektiven Gedächtnis und im aktuellen Ausstellungswesen. In: Leidinger, Paul (Hg.): Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene in Westfalen und Lippe nach 1945. Beiträge zu ihrer Geschichte und zur deutsch-polnischen Verständigung. Münster: Aschendorff 2011 (Quellen und Forschungen zur Geschichte des Kreises Warendorf 46), S. 392-413.
- Walter, Jochen: Zwischen Identitätsbewahrung und Völkerverständigung. Patenschaften von Kommunen in Westfalen und Lippe über ehemals ostdeutsche und ihr

Verhältnis zu Patenschaften mit osteuropäischen Kommunen (mit einem Verzeichnis der Patenschaften mit Polen). In: Leidinger, Paul (Hg.): Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene in Westfalen und Lippe nach 1945. Beiträge zu ihrer Geschichte und zur deutsch-polnischen Verständigung. Münster: Aschendorff 2011 (Quellen und Forschungen zur Geschichte des Kreises Warendorf 46), S. 329-360.

Zeitungsausschnitte und -artikel (sortiert nach Datum):

- Sind die Solinger weniger gastfreundlich? Aus: Rheinische Post, 28.05.1956. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4901.
- Gruß des Oberbürgermeisters und des Oberstadtdirektors: Ein herzliches Willkommen in der Patenstadt. Aus: Solinger Tageblatt, 02.06.1956. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4896.
- Menschen wie du und ich. Die Goldberger trafen sich in ihrer Patenstadt – Bekenntnis zu Frieden und Einheit. Aus: Freies Volk, 05.06.1956. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4896.
- Nachlese vom Solinger Treffen. In: Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten, 7. Jahrgang, 15.07.1956, S. 1.
- Nur für Afrika und Asien? Oberbürgermeister Otto Voos über die Aufgaben der Patenstädte. Aus: Rheinische Post, 26.06.1961. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4898.
- Es ist schön, ein Patenkind zu haben! Aber eine Reihe von Solingern konnte über Goldberg keine Auskunft geben. Aus: Solinger Tageblatt, 14.09.1963. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4899.
- Nachklänge zum Patenschaftstreffen. In: Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten, 15. Jahrgang, 15.07.1964, S. 79-80.
- 2000 „Patenkinder“ feierten in Solingen ein Wiedersehen. Ausgezeichnete städtische Organisation für Goldberg-Treffen. Aus: Rheinische Post, 13.06.1966. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4896.
- Guten Willens zur Versöhnung sein!. Aus: Solinger Tageblatt, 13.06.1966. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 4896.
- Diese Herzlichkeit gibt es wirklich nur in Solingen. Zum achten Mal Goldberger Heimattreffen. Aus: Solinger Tageblatt, 01.06.1970. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, Sign. SG 12927.
- Die Goldberger erhielten in Solingen einen „Platz an der Sonne“. In: Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten, 29. Jahrgang, 15.06.1978, S. 61-62.
- Die Stadt Solingen war wieder ein großartiger Gastgeber. 12. Goldberg-Haynauer Heimattreffen brachte ein frohes Wiedersehen und viele neue Impulse. In: Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten, 29. Jahrgang, 15.06.1978, S. 63-64.
- 14. Goldberger Heimattreffen im Konzertsaal: Patenschaft als Dach der Erinnerungen. Aus: Solinger Morgenpost, 14.06.1982. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 9130.
- Goldberger Heimattreffen im Konzertsaal. Vorfreude auf die Schlesien-Reise. Aus: Solinger Morgenpost, 12.06.1984. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 9131.
- Geschichtliches aus Solingen und Goldberg. Aus: Solinger Tageblatt, 03.07.1984. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 1020.

- Wettbewerb zum Patenkreis Goldberg. Aus: Solinger Morgenpost, 04.07.1984. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 1020.
- Solinger Treffen 1988. In: Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten, 39. Jahrgang, 15.06.1988, S. 82-83.
- Graeve, Jutta: 18. Heimattreffen der Goldberger in der Klingenstadt. Ein Bericht. In: Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten, 41. Jahrgang, 15.06.1990, S. 82-83.
- Graeve, Jutta: Heimatkreistreffen in Solingen. Über eintausend Besucher kamen in die Patenstadt. Ein Bericht. In: Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten, 43. Jahrgang, 15.06.1992, S. 84-85.
- Kraj lat dziecinnych! On zawsze zostanie święty i czysty, jak pierwsze kochanie [Das Land der Kinderjahre! Es wird immer heilig und rein bleiben, wie die erste Liebe]. Aus: Gazeta Chojnowska [Haynauer Zeitung], Heft 6, Lipiec [Juli] 1992, S. 15. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 526.
- Graeve, Jutta: Solingen rüstet zum 20. Heimattreffen. Ein Bericht. In: Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten, 45. Jahrgang, 15.07.1994, S. 34-35.
- Bunter Abend im Konzertsaal. Aus: Solinger Morgenpost, 20.05.1996. Zeitungsausschnitt. Stadtarchiv Solingen, vorl. Sign. Z 526.
- 21. Heimatkreistreffen in Solingen 1996. In: Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten, 47. Jahrgang, 15.06.1996, S. 82-83.
- Ammon, Herbert: Stiefkind der Zunft. Die deutsche Zeitgeschichtsforschung hat sich für das Thema Vertreibung wenig interessiert. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.09.1997, S. 10.
- Graeve, Jutta: 22. Goldberger Heimattreffen in Solingen. Patenschaft Solingen-Goldberg mit Leben erfüllt. Ein Bericht. In: Goldberg-Haynauer Heimatnachrichten, 49. Jahrgang, 15.06.1998, S. 83-84.